



universität
wien

MAGISTERARBEIT

Titel der Magisterarbeit

„Die Berichterstattung zum EU-Beitritt Kroatiens in
österreichischen und kroatischen Tageszeitungen“

Verfasserin

Nikol Stefanie Filipović, Bakk.phil.

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 066 841

Studienrichtung lt. Studienblatt: Magisterstudium Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Duchkowitsch

Mojim roditeljima

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei meinen Eltern dafür bedanken, dass sie mir das Studium in Wien ermöglicht haben und mich bei meinen Entscheidungen immer unterstützt haben.

Außerdem möchte ich mich bei meinen lieben Freunden bedanken, die mich durch das Studium begleitet haben und es dadurch zu einer besonderen Zeit gemacht haben.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	9
2. Einordnung der Arbeit	13
2.1 Forschungsinteresse und Forschungsfragen.....	13
2.2 Stand der empirischen Forschung	15
3. Theoretischer Hintergrund	21
3.1 Agenda-Setting-Hypothese	21
3.1.1 Entwicklung der Agenda-Setting-Hypothese	22
3.1.2 Die Pionierstudie: Die Chapel-Hill-Studie	22
3.1.3 Wirkungsmodelle der Agenda-Setting-Hypothese.....	23
3.1.4 Konzeptionelle Weiterentwicklungen	25
3.1.4.1 Zentrale Grundbegriffe	25
3.1.4.2 Agenda-Building.....	28
3.1.4.3 Second-Level Agenda-Setting	29
3.2 Euroskeptizismus	30
3.2.1 Begriffsbestimmung	30
3.2.2 Theoretische Erklärung.....	31
3.2.3 Euroskeptizismus in Kroatien.....	35
4. Das Beitrittsland Kroatien.....	39
4.1 Allgemeine Informationen	39
4.2 Kroatiens Weg in die EU	42
4.3 Die Medienlandschaft in Kroatien	47
4.3.1 Historischer Abriss von 1991 bis heute	47
4.3.2 Gesetzliche Grundlagen.....	50
4.3.3 Printmedien.....	54
4.3.4 Fernsehen und Hörfunk	56
4.3.5 Nachrichtenagenturen	58
4.3.6 Das Journalistische Selbstverständnis	58
5. Medienlandschaft in Österreich	61
5.1 Printmedien	62
5.2 Fernsehen und Hörfunk.....	64
5.3 Nachrichtenagenturen Österreich.....	66
6. Die empirische Untersuchung.....	69

6.1 Untersuchungsgegenstand.....	69
6.1.1 Boulevardzeitung.....	69
6.1.2 Qualitätszeitung.....	70
6.1.3 Kronen Zeitung.....	71
6.1.4 Der Standard	73
6.1.5 24sata	74
6.1.6 Večernji List	76
6.2 Untersuchungszeitraum.....	77
6.3 Untersuchungseinheit	78
6.4 Methode.....	79
6.4.1 Grundzüge der qualitativen Inhaltsanalyse.....	80
6.4.2 Die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring	81
7. Auswertung und Interpretation der Ergebnisse.....	87
7.1 Euroskeptizismus	87
7.2 Bezug zu Österreich	91
7.3 Darstellung der Konflikte.....	96
7.4 Darstellung der Beitrittsreife Kroatiens	103
8. Resümee.....	111
9. Quellenverzeichnis.....	115
9.1 Literaturverzeichnis.....	115
9.2 Internetquellen.....	119
Tabellenverzeichnis	128
Abkürzungsverzeichnis.....	129
Anhang.....	131
Untersuchungsmaterial.....	131
Abstract	133
Abstract English	134
Curriculum Vitae	135

1. Einleitung

Kroatien ist am 1. Juli der Europäischen Union beigetreten und ist nun das 28. Mitglied in dieser großen Familie. Dieser Beitritt war ein bedeutendes Ereignis für die kroatischen Menschen, die in Kroatien leben aber auch für jene Kroaten die außerhalb der Grenzen Kroatiens leben.

Zu letzteren zähle ich - geboren und aufgewachsen in Deutschland, aber dennoch kroatische Staatsbürgerin – und war demnach ebenso davon betroffen. Die Motivation die Magisterarbeit zu diesem Thema zu schreiben ergibt sich also aus der persönlichen Betroffenheit und dem daraus resultierenden Interesse.

Informationen zum Beitrittsprozess durch politische Parteien und Institutionen Kroatiens sind für die im Ausland lebenden Kroaten¹ gering bis nicht vorhanden. Eine weitere wichtige Quelle, nämlich der Informationsaustausch mit anderen Menschen, gestaltet sich für viele ebenso schwierig. Dadurch wird deutlich, dass die Berichterstattung in den Medien eine zentrale Bedeutung übernahm, da dies einer der wenigen Möglichkeiten war um sich diesbezüglich zu informieren.

Kroatien wird von seiner Bevölkerung „*Lijepa naša*“ genannt. Dies bedeutet ins Deutsche übersetzt „*unsere Schöne*“ und drückt gleichzeitig die Liebe der Bevölkerung zu ihrem Land aus. Kroatien hat seit Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1991 viel erlebt. Der Loslösung von Jugoslawien folgte ein jahrelanger Bürgerkrieg. In vielen Städten sind die Spuren des Krieges noch immer zu sehen. Nach dem Krieg konnte sich Kroatien dann endlich dem Transformationsprozess unterziehen, um sich zu einer funktionierenden Demokratie zu entwickeln. Dasselbe galt auch für die Medien, die sich vom sozialistischen Staatsapparat lösten und sich zu einem eigenständigen System entwickelten. Diese Entwicklungen verliefen jedoch sehr schleppend, da das Land in den 1990er Jahren eine isolationistische Politik betrieb. Erst nach dem Tod des ersten kroatischen Präsidenten Franjo Tuđman schlug das Land einen pro-europäischen Kurs

¹ Hinweis:

Aufgrund der einfacheren Lesbarkeit wird auf eine geschlechtsspezifische Formulierung der Sprache verzichtet. Es sei jedoch an dieser Stelle angemerkt, dass mit allen männlichen Bezeichnungen auch die weibliche Person gemeint ist.

ein. Im Zuge dieses Transformationsprozesses hat sich schnell ein großes außenpolitisches Ziel definiert: der Beitritt zur Europäischen Union.

Als das Land am 21. Februar 2003 in Athen den Antrag auf eine Mitgliedschaft stellte, konnte sich von den damals anwesenden kroatischen Politikern sicher niemand ausmalen, wie schwer und langwierig die Verhandlungen sein würden. Insgesamt 10 Jahre dauerten diese. Ein Jahrzehnt in denen das Land seine Gesetze an die EU-Richtlinien anpassen musste und zahlreiche Reformen umsetzte. In den Jahren bis zum erfolgreichen Beitritt mussten außerdem viele Hürden gemeistert werden. Dieser wurde schließlich am 1. Juli 2013 in der kroatischen Hauptstadt Zagreb von kroatischen und ausländischen Staatsmächten feierlich erwartet.

In der vorliegenden Arbeit soll nun die Berichterstattung zum EU-Beitritt anhand von österreichischen und kroatischen Tageszeitungen untersucht werden.

Nachfolgend wird der Aufbau dieser Arbeit in Kürze beschrieben:

Kapitel 2 beschreibt das Forschungsinteresse, dies wird durch die Formulierung der Forschungsfragen präzisiert. Der empirische Forschungsstand soll zeigen, welche Untersuchungen zum Forschungsthema bereits durchgeführt wurden.

In Kapitel 3 wird der theoretische Hintergrund der Arbeit beschrieben. Dafür wurde hierbei der Agenda-Setting-Ansatz verwendet. In weiterer Folge wird ebenso der Begriff Euroskeptizismus erläutert. Dadurch sollen Missverständnisse vermieden werden. Zudem ist der Begriff für die Beantwortung der Forschungsfrage relevant.

Darauf folgt in Kapitel 4 eine Darstellung über Kroatien. Es werden die wichtigsten Stationen bis zum EU-Beitritt beschrieben. Diese Veranschaulichung dient zum besseren Verständnis bei der Auswertung. Außerdem wird ein Überblick über die kroatische Medienlandschaft gegeben. In Kapitel 5 erfolgt dies nach gleichem Aufbau ebenso für die Medienlandschaft in Österreich.

Der empirische Teil dieser Arbeit beginnt mit Kapitel 6. Es werden die für diese Untersuchung gewählten Zeitungen sowie die Rahmenbedingungen näher erläutert. Die

Artikel werden mithilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring ausgewertet. Diese wissenschaftliche Methode wird in diesem Kapitel ebenfalls näher erläutert.

Anschließend folgt in Kapitel 7 die Auswertung und Interpretation der Ergebnisse. Es werden die Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse präsentiert und die eingangs gestellten Forschungsfragen beantwortet. In Kapitel 8 folgt das Resümee dieser Arbeit.

2. Einordnung der Arbeit

In diesem Kapitel wird zu Beginn das Forschungsinteresse dieser Arbeit beschrieben.

Dazu werden die Forschungsfragen formuliert, die gleichzeitig auch als Leitfaden dieser Arbeit dienen.

Daraufhin wird der empirische Forschungsstand abgebildet, wodurch gezeigt werden soll welche bisherigen Untersuchungen zum Forschungsthema durchgeführt wurden.

2.1 Forschungsinteresse und Forschungsfragen

Im Mittelpunkt dieser Arbeit soll die Berichterstattung zum EU-Beitritt von Kroatien erforscht werden. Dazu sollen Beiträge aus kroatischen und österreichischen Tageszeitungen erhoben und mithilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring, analysiert werden. Die kroatischen Artikel werden in den Tageszeitungen *Večernji List* und *24sata* gesammelt. Die österreichischen Beiträge hingegen werden aus *Der Standard* und der *Kronen Zeitung* erhoben. Bei dieser Forschungsstudie werden jedoch nur Artikel bis zum EU-Beitritt des Landes am 1. Juli 2013, berücksichtigt. Der Untersuchungszeitraum beschränkt sich hierbei auf die Berichterstattung aus dem Zeitraum vom 1. Januar 2013 bis zum 1. Juli 2013.

Als nächstes soll das Forschungsinteresse sowie die Erkenntnisziele dieser Arbeit beschrieben werden. Die Berichterstattung soll hierbei unter verschiedenen Aspekten und Gesichtspunkten analysiert werden. Grundsätzlich geht es dabei um die Frage: Wie wurde in den österreichischen und kroatischen Tageszeitungen über den EU-Beitritt berichtet? Den theoretischen Hintergrund dieser Arbeit bildet die Agenda-Setting-Hypothese. Diese besagt, dass Journalisten bestimmen, welche Themen und Probleme es auf die Medienagenda schaffen und welche nicht. Dies würde bedeuten, dass sie dafür verantwortlich sind worüber und in welchem Ausmaß zum EU-Beitritt berichtet wird.

Das erste Forschungsziel dieser Arbeit wird sein, das Datenmaterial auf einen Euroskeptizismus zu untersuchen. Dieser Aspekt soll untersucht werden, da Recherchen zum Beitrittsprozess Kroatiens gezeigt haben, dass es im Vorfeld Stimmen gab, die dem

Beitritt mit einer gewissen Skepsis entgegenblickten bzw. sich gar ganz dagegen aussprachen. Demnach gilt es herauszufinden, inwiefern sich dieser in den kroatischen und österreichischen Beiträgen geäußert hat. Wer vertritt in den Medien eine euroskeptische Haltung? Ist es die kroatische Bevölkerung, sind es Institutionen oder vielleicht politische Parteien? Dabei soll auch analysiert werden auf welchen Ängsten diese euroskeptische Haltung beruht.

Demnach lautet die erste Forschungsfrage folgendermaßen:

Forschungsfrage 1:

Wie wird in den kroatischen und österreichischen Tageszeitungen eine euroskeptische Haltung veranschaulicht?

Das zweite Erkenntnisinteresse dieser Untersuchung ist herauszufinden, wie die österreichischen Tageszeitungen einen Bezug zum Thema herstellen. Folglich werden für diese Forschungsfrage nur österreichische Artikel analysiert. Für die österreichischen Medien hatte dieses Ereignis einen anderen Stellenwert, als für die kroatischen Medien. Für die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung ist Kroatien ein beliebtes Urlaubsland. In wirtschaftlicher Hinsicht, ist Kroatien ein wichtiger Markt für Investoren und Unternehmer. Es soll erforscht werden wie in der *Kronen Zeitung* und im *Standard* eine Verbindung geschaffen wird. Dabei wird es auch um die Frage gehen, welche Auswirkungen der EU-Beitritt für Österreich hat.

Daraus ergibt sich folgende Forschungsfrage:

Forschungsfrage 2:

Wie wird in der österreichischen Berichterstattung ein Bezug zum Thema hergestellt?

Während des gesamten Verhandlungsprozesses gab es immer wieder Konflikte und Probleme, die Kroatien überwinden musste, um die Verhandlungen erfolgreich abzuschließen. Mit der folgenden Forschungsfrage sollen die Konflikte aus dem Erhebungszeitraum dargestellt werden. Wie wurden sie bewertet?

Die dritte Forschungsfrage lautet demnach:

Forschungsfrage 3:

Welche Konflikte werden dargestellt und wie werden sie bewertet?

Mit der letzten Forschungsfrage soll im Rahmen dieser Arbeit gezeigt werden, wie in den österreichischen und kroatischen Artikeln die Beitrittsreife Kroatiens bewertet wurde. Es soll gezeigt werden welche Punkte kritisiert und welche hingegen gelobt werden. Darüber hinaus soll festgestellt werden welche Akteure Kritik äußern und welche Lob aussprechen.

Die letzte Forschungsfrage lautet demzufolge:

Forschungsfrage 4:

Wie wird die Beitrittsreife Kroatiens dargestellt?

2.2 Stand der empirischen Forschung

Recherchen haben gezeigt, dass bisher keine Untersuchung durchgeführt wurde, bei der die Berichterstattung zum EU-Beitritt Kroatiens in Tageszeitungen untersucht wurde.

Demnach wurde hierbei ein Forschungsdefizit ersichtlich.

Es wurden jedoch in der Vergangenheit zahlreiche Untersuchungen zur Berichterstattung in Bezug zur Europäischen Union oder europapolitischen Themen durchgeführt. Diese sollen dann im Nachfolgenden veranschaulicht werden.

Bevor jedoch näher darauf eingegangen wird, soll zunächst die Frage geklärt werden, welche Rolle die Massenmedien in Bezug zur Politik einnehmen. Denn Massenmedien, wie Fernsehen, Hörfunk und Printmedien, erfüllen für die Gesellschaft eine Reihe von wichtigen Funktionen. Niklas Luhmann trifft in diesem Zusammenhang folgende Aussage über die Medien: „*Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien*“ (Luhmann, 2004: S. 9). Diese Betrachtungsweise über die Medien lässt sich ebenso auf das politische Geschehen

übertragen, da dies von den wenigsten unmittelbar wahrgenommen wird (vgl. Sarcinelli, 2011: S. 49). Massenmedien stellen Öffentlichkeit her und bieten auf diesem Wege ein Forum für eine funktionierende Demokratie. Dadurch übernehmen sie der Politik gegenüber die Funktion der Kritik und Kontrolle. Die Massenmedien nehmen also eine zentrale Stellung ein, wodurch ihnen ein großer Einfluss auf das politische Geschehen eingeräumt wird (vgl. Steinmaurer, 2012: S. 5).

Nach Luft (2010) sind Medien Verstärker, Kontrolleure sowie Vermittler, die außerdem als Gatekeeper an der politischen Meinungs- und Willensbildung bedeutsam mitwirken. Dabei besitzen sie eigene Strategien bei der Selektion von Themen. Die Medien bestimmen darüber, über welche Themen und Inhalte mit welcher Priorität und in welchem Ausmaß berichtet wird. Außerdem entscheiden sie auch darüber, wie bestimmte Entwicklungen oder Ereignisse zu bewerten sind (vgl. Luft, 2010: S. 48).

Bei der Erstellung der Medienagenda wählen Medien nicht nur aus Angeboten aus, sondern es werden ebenso eigene Themen gesetzt. Hierbei hat Luft folgendes festgestellt: *„Starke Medien betreiben ausgeprägtes Agenda-Setting², schwache Medien hingegen räumen den*

Agenda-Building-Bemühungen³ politischer Akteure weiteren Spielraum ein“ (Luft, 2010: S. 48). Demzufolge haben die Massenmedien nicht nur starken Einfluss darauf, welche Themen es in die Medienagenda schaffen, sondern sie bestimmen ebenso die Reihenfolge dieser Themen. In diesem Prozess konkurrieren politische Akteure um die Aufmerksamkeit der Medien, ebenso ist es ein Ziel der Medien das Interesse der Bürger als Rezipienten sowie Konsumenten zu gewinnen (vgl. Luft, 2010: S. 48).

Die Bedeutung des Journalismus in einer demokratisch organisierten Gesellschaft haben Burkart/Russmann/Grimm näher beleuchtet. Demnach erfüllt der Journalismus in unserer Gesellschaft eine demokratiepolitische Funktion.

Vor allem bei Wahlkämpfen wird der Journalist als „Anwalt des öffentlichen Diskurses“ positioniert, der in erster Linie die Debatte zu öffentlichen Streitfragen wiedergeben und dadurch auch gleichzeitig mitgestalten soll (vgl. Burkart/Russmann/Grimm, 2010: S. 256).

Da die meisten Menschen sich nicht selber politisch engagieren, beziehen sie ihr Wissen darüber aus den Medien. Aus diesem Grund ist ein zuverlässig informierender und

² Der Begriff wird in Kapitel 3.1 näher erläutert.

³ Der Begriff wird in Kapitel 3.1.4.2 näher erläutert.

sorgfältig kommentierender Journalismus von großer Bedeutung, da dieser „für die Meinungs- und Willensbildung der Bürger eine stimulierende und zugleich orientierende Kraft“ darstellt (Burkart/Russmann/Grimm, 2010: S. 257).

Doch wie informieren sich die Bürger eines Staates, wenn es um politische Themen geht? Welche Massenmedien werden rezipiert? Und welche Massenmedien werden dabei favorisiert? Diese Fragen beantwortet eine von der GfK Austria und IFES durchgeführte Untersuchung aus dem Jahre 2011. Bei dieser Studie wurden insgesamt 1000 Personen (repräsentativ ab 16 Jahren) aus Wien zu ihrer Nutzung von Medien zur Erlangung von politischer Information befragt. Dabei wurden die eine Hälfte des Samples mittels Telefoninterviews und die andere Hälfte mittels Internetinterviews befragt.

Darüber hinaus ist zu erwähnen, dass bei dieser Untersuchung Mehrfachnennungen seitens der Befragten möglich waren.

Bei dieser Studie gab die Mehrheit der Befragten (45 Prozent) an, politische Themen vorrangig über das öffentlich-rechtliche Fernsehen zu rezipieren. Gleich dahinter folgen die Tageszeitungen, diese werden von 43 Prozent der Befragten genutzt. Am wenigsten werden das private Fernsehen (11 Prozent) und der private Hörfunk (8 Prozent) als Informationsquelle bei politischen Themen herangezogen (vgl. GfK Austria/IFES, 2011: S. 7).

Wie bereits zu Beginn erwähnt, gibt es derzeit noch keine Untersuchungen, die sich mit dem EU-Beitritt Kroatiens auseinandersetzen. Aber in der Vergangenheit wurden bereits einige Untersuchungen zu bereits eingetroffenen EU-Beitritten durchgeführt. Nachfolgend soll eine interessante Studie von Ines Engelmann beschrieben werden, wobei Frames und Positionen zu EU-Osterweiterung untersucht wurden. Diese Untersuchung ist in Bezug zu dieser Arbeit auch von Interesse, da sie den Aspekt Euroskeptizismus mit einbezieht, der in dieser Arbeit ebenfalls untersucht werden soll.

Bei dieser Untersuchung ging Engelmann davon aus, dass Journalisten bzw. Zeitungen, die EU-Beitritten eher zustimmen, häufiger positive Argumente hervorbringen werden um die Beitritte zu unterstützen. Journalisten und Zeitungen, die hingegen die EU-Beitritte ablehnen, werden häufiger problematisierende und kritische Elemente in der Berichterstattung darlegen (vgl. Engelmann, 2009: S. 86). Die Hypothesen bei dieser Studie wurden am Beispiel der EU-Osterweiterung geprüft, die in zwei Beitragswellen

erfolgte, und zwar am 1. Mai 2004 und am 1. Januar 2007. Von den Ländern die zum ersten Zeitpunkt beigetreten sind, wurden Polen und Tschechien ausgewählt, vom zweiten Zeitpunkt Rumänien und Bulgarien, da über diese Länder vergleichbar viel berichtet wurde. Als Untersuchungszeitraum wählte man fünfeinhalb Monate vor und zwei Wochen nach den jeweiligen Beitritten. Analysiert wurden Beiträge aus der *Welt* und *Frankfurter Rundschau*.

Das Forschungsinteresse bei dieser Untersuchung bildete die Frage, ob die Medien tatsächlich zur gestiegenen EU-Skepsis zwischen 2004 und 2007 beigetragen haben. Bisherige Studien haben politisches Handeln von Journalisten bzw. von Medien unterschiedlicher redaktioneller Linie bereits anhand deutscher Themen belegen können. Ein vergleichbarer Nachweis für europäische Themen gab es jedoch noch nicht. Die theoretische Grundlage bei dieser Untersuchung bildete hierbei zwei Theorien der Nachrichtenstrukturierung, der News-Bias Ansatz und der Framing Ansatz, die miteinander verknüpft werden sollten.

Die empirische Analyse der Berichterstattung hat die Annahme bestätigt, dass Journalisten bzw. Zeitungen entsprechende Akteure hochspielen, die ihre eigene Sicht bzw. die redaktionelle Linie der Zeitung verstärken oder unterstützen. Darüber hinaus spielen Journalisten auch selber nützliche oder schädliche Argumentationen hoch, die mit ihrer favorisierten Konfliktlösung im Einklang sind (vgl. Engelmann, 2009: S. 99). Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Journalisten in ihren verfassten Beiträgen, abhängig von ihrer eigenen Sicht sowie der redaktionellen Linie der Zeitung, entweder eine pro-europäische Haltung oder eine euroskeptische Haltung unterstützen.

Eine weitere interessante Untersuchung, bei der der Aspekt Euroskeptizismus das zentrale Forschungsinteresse bildet, wurde von Vitouch und Mayer (2004) durchgeführt.

Hierzu wurden insgesamt 452 Beiträge der *Kronen Zeitung*, die EU-Skepsis vermitteln, erhoben und mittels einer quantitativen Inhaltsanalyse analysiert. Vitouch und Mayer gingen dabei von der Annahme aus, dass die Berichterstattung der *Kronen Zeitung* womöglich als Einflussfaktor für die Verbreitung einer euroskeptischen Haltung in der österreichischen Bevölkerung, zu sehen ist. Demnach sollte im Rahmen dieser Untersuchung erforscht werden, ob es einen Zusammenhang zwischen dem Grad der EU-Skepsis in der österreichischen Bevölkerung und der Berichterstattung zur EU der *Kronen Zeitung* gibt. Dazu wurden im Zeitraum von 1997 und 2002 Beiträge erhoben, die in Monaten publiziert wurden, nach denen sich eine überdurchschnittliche Anzahl von

Personen für einen Austritt aus der EU aussprach bzw. überdurchschnittlich viele Menschen für einen Verbleib in der EU eintrat (vgl. Vitouch/Mayer, 2004: S. 12). Die Betrachtung der Untersuchungsergebnisse zeigt, dass es klare korrelative Zusammenhänge zwischen der Berichterstattung der *Kronen Zeitung* und anschließenden Umfrageergebnisse gibt. Der Annahme entsprechend findet „*sich in Monaten vor Umfrageergebnisse, die einen hohen EU-Skeptizismus bescheinigen ein signifikant höherer Anteil explizit negativer Darstellungen in Beiträgen, die Anlassfall-Schlagwörter enthalten*“ (Vitouch/Mayer, 2004: S. 17).

Eilders und Voltmer (2003) haben im Rahmen ihrer Studie untersucht, wie führende deutsche Tageszeitungen europapolitische Themen und Inhalte kommunizieren und welche Positionen sie selbst bezüglich der EU-Politik vertreten. Es galt herauszufinden, ob die Massenmedien zu einem Demokratie- und Kommunikationsdefizit beitragen und in welchem Maße die Medien zu einer kritischen Debatte beitragen. Die empirische Untersuchung basiert hierbei auf einer Inhaltsanalyse von Leitartikeln und Kommentaren aus fünf überregionalen deutschen Qualitätszeitungen (*Frankfurter Allgemeine Zeitung, Die Welt, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau* und *tageszeitung*) die in den Jahren 1994 bis 1998 erschienen sind.

Die Ergebnisse der empirischen Analyse zeigen, dass europapolitische Themen nur einen kleinen Teil der Medienagenda ausmachen. Demnach haben die EU, Repräsentanten der EU und die Wahlen zum Europäischen Parlament keine große Bedeutung in der Berichterstattung.

Wenn über europolitische Themen berichtet wird, dann geschieht das in der Form einer Verknüpfung mit innenpolitischen Problemen. Daraus lässt sich schließen, dass Europa und europapolitische Themen überwiegend aus der nationalen Sicht betrachtet werden (vgl. Eilders/Voltmer, 2003: S. 267).

Einen Mangel an Berichterstattung bezüglich europolitischer Themen wurde ebenso von Wilke und Reinemann (2005) festgestellt. Eine Ausnahme bilden lediglich außergewöhnliche Ereignisse wie die Einführung des Euro. Dieses geringe Ausmaß an Berichterstattung wird von vielen Bürgerinnen und Bürgern auch als solches wahrgenommen, da in einer Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2003 40 Prozent der Deutschen die Ansicht äußerten, dass die Medien nicht ausreichend über die Europäische Union berichten würden.

Das wissenschaftliche Interesse für dieses Forschungsgebiet ist hingegen gestiegen. Dies lässt sich zum einen mit der Tatsache begründen, dass Medien die wichtigste Informationsquelle bezüglich europapolitischer Institutionen darstellen. Zum anderen hat der in einigen Ländern festgestellte Rückgang von Unterstützung in Bezug einer europäischen Integration, die Frage aufgeworfen, wie Medien über politische Akteure und Instanzen, sowie europolitische Inhalte berichten (vgl. Wilke/Reinemann, 2005: 155f.).

Wie sind nun diese Ergebnisse für die vorliegende Arbeit zu bewerten? Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass die Medien im politischen Prozess eine bedeutende Rolle einnehmen. Da die Mehrheit der Bürger nicht selbst aktiv Politik betreibt, haben die Massenmedien die Aufgabe diese politischen Prozesse, die sich nicht in lokaler und somit auch in nicht greifbarer Nähe abspielen, den Bürgern zu übermitteln. Sie bieten der Gesellschaft eine Möglichkeit um sich in politischer Hinsicht zu informieren und zu diskutieren. Demnach war die Berichterstattung zum EU-Beitritt Kroatiens für die kroatische Bevölkerung von großer Bedeutung, da sie dadurch unter anderem über wirtschaftliche und politische Veränderungen ihres Landes aufgeklärt wurden.

Die Untersuchung von GfK Austria und IFES hat hingegen gezeigt, dass Tageszeitungen im Vergleich mit anderen Medien als Informationsquelle für politische Themen und Inhalte von großer Bedeutung sind und von vielen genutzt werden. Die Tageszeitung spielt also bei der politischen Meinungsbildung der Bevölkerung eine große Rolle und dieses Ergebnis bekräftigt die Wahl des Untersuchungsmediums dieser Forschungsstudie. Ein wichtiges Forschungsziel dieser Arbeit wird es sein, herauszufinden inwiefern eine euroskeptische Haltung in der kroatischen und österreichischen Berichterstattung vorzufinden ist. Hierbei hat der Forschungsstand bestätigt, dass Journalisten sehr wohl eine bestimmte Haltung bezüglich europolitischer Themen einnehmen können. Werden sich die bisherigen Ergebnisse auch bei dieser Forschungsstudie bestätigen?

Mehrere Untersuchungen haben herausgefunden, dass nur im geringen Ausmaß über europolitische Themen berichtet wird. Viel interessanter ist dabei jedoch das Forschungsergebnis von Eilders und Voltmers, dass diese aus der nationalen Sicht betrachtet werden. In dieser Forschungsarbeit soll untersucht werden, wie in der österreichischen Berichterstattung aus der nationalen Sicht berichtet wurde. Dabei soll gezeigt werden welche Themen aus der Sicht von Österreich von zentraler Bedeutung sind.

3. Theoretischer Hintergrund

In diesem Kapitel wird der theoretische Hintergrund erläutert. Dazu werden die Agenda-Setting-Hypothese und ihre Weiterentwicklungen dargestellt. Im zweiten Abschnitt wird der Begriff Euroskeptizismus definiert, da dieser für die Beantwortung der Forschungsfrage von Relevanz ist.

3.1 Agenda-Setting-Hypothese

„The press (...) may not be successful much of the time in telling people what to think, but it is stunningly successful in telling its readers what to think about.” (Cohen, 1963: S. 13⁴, zit. nach Maurer, 2010: S.10)

Dieses Zitat von Bernard Cohen bildet die theoretische Grundlage für die Agenda-Setting-Hypothese und markiert auch gleichzeitig den Beginn eines Paradigmenwechsels der Kommunikationswissenschaft. Bis in die 1970er Jahre beherrschte das Persuasionsmodell die Massenkommunikationsforschung. Die Forschung konzentrierte sich auf die Untersuchung eher kurzfristiger Einstellungsänderungen durch Massenkommunikation (vgl. Schenk, 2007: S. 433). Aufgrund mangelnder Ergebnisse rückte das Forschungsinteresse von der Beeinflussung der Einstellungen und Verhaltensweisen der Rezipienten durch die Massenmedien hin zur medialen Beeinflussbarkeit von Themenprioritäten bei den Rezipienten (vgl. Maurer, 2010: S. 10). Dieser Paradigmenwechsel postuliert nun, dass die Massenmedien nicht so sehr bestimmen, *was* wir denken sollen, sondern vielmehr *worüber* wir nachdenken sollen.

Die Agenda-Setting-These wurde erstmals im Jahr 1972 von Maxwell E. McCombs und Donald L. Shaw formuliert und gilt als wichtigster theoretischer Ansatz der neueren Wirkungsforschung. Dieses Konzept thematisiert *„starke mittel- bis langfristige kognitive*

⁴ Cohen, B. C. (1963): *The Press, the Public and Foreign Policy*. Princeton University Press. Princeton.

Effekte“ und postuliert einen Transfer von Relevanz, bedeutsamer Medienthemen in der sozialen Wirklichkeit des Publikums (Bonfadelli/Friemel, 2011: S. 181).

Es handelt sich dabei um ein positiv bewertetes Medienwirkungsphänomen der Homogenisierung. Medien lenken hierbei die Aufmerksamkeit der Bürger auf ein Bündel gemeinsamer und öffentlich wichtiger Themen und dies wiederum wird für den politischen Prozess als funktional gesehen (vgl. Bonfadelli/Friemel, 2011: S. 181).

3.1.1 Entwicklung der Agenda-Setting-Hypothese

Die empirische Medienwirkungsforschung hatte sich seit Mitte der 1940er Jahre mit der Frage auseinandergesetzt, warum die Massenmedien einen so geringen Einfluss auf die Einstellungen der Rezipienten hatten.

Erklärungen dazu boten die Forschungen von Lazarsfeld/Berelson/Gaudet aus dem Jahr 1944: Zur damaligen Zeit hatten Gespräche mit anderen Menschen einen größeren Einfluss auf die Urteilsbildung als die Massenmedien. Dies war wiederum auf die Tatsache zurückzuführen, dass ein Großteil der Menschen noch keinen direkten Zugang zu Massenmedien hatte. Darüber hinaus neigten Menschen dazu, an einmal gebildeten Urteilen festzuhalten und folglich nur jene Medieninformationen aufnahmen, die ihrer bereits vorhandenen Einstellungen entsprachen. Demnach war man der Annahme, dass Massenmedien nur bereits bestehende Einstellungen verstärken, nicht jedoch verändern können (vgl. Maurer, 2010: S. 19).

3.1.2 Die Pionierstudie: Die Chapel-Hill-Studie

In den 1970er Jahren kam es in der Wirkungsforschung zu dem bereits erwähnten Paradigmenwechsel. Diese Zeit kann man als eine Renaissance der Medienwirkungsforschung bezeichnen, da mehrere Forscher fast gleichzeitig an einer Reihe von neuen Medienwirkungstheorien arbeiteten (vgl. Maurer, 2010: S. 19).

Die Agenda-Setting-These wurde erstmals von McCombs und Shaw in der sogenannten Chapel-Hill-Studie, einer empirischen Untersuchung zur amerikanischen Präsidentschaftswahl 1968, getestet und lautet in ihrer ursprünglichen Formulierung:

„While the mass media may have little influence on the direction or intensity of attitudes, it is hypothesized that the mass media set the agenda for each political campaign, influencing the salience of attitudes towards the political issues” (McCombs/Shaw, 1972: S. 177⁵, zit. nach Jäckel, 2012: S. 192)

In dieser Pionierstudie befragten McCombs und Shaw 100 noch unentschlossene Wähler der amerikanischen Kleinstadt Chapel Hill in North Carolina nach ihren aktuellen Themenprioritäten. Die Auskünfte der Befragten wurden dann mit den in den Medien behandelten Themen verglichen und dabei wurden hohe Korrelationen zwischen den behandelten Themen in den Medien (Medienagenda) und den genannten Themenprioritäten der Wähler (Publikumsagenda) festgestellt. Diese Übereinstimmung wurde als Einfluss der Medienagenda auf die Publikumsagenda interpretiert und der gefundene Effekt als Agenda-Setting benannt (vgl. Maurer, 2010: S. 20; vgl. Burkart, 2002: S. 250).

3.1.3 Wirkungsmodelle der Agenda-Setting-Hypothese

Shaw und McCombs (1977) konzentrierten sich auf den „klassischen“ Kausalzusammenhang, wobei die Medienagenda als Ursache für die Publikumsagenda gesehen wird und unterschieden drei Modellvarianten der Agenda-Setting-Forschung, die im Prinzip aufeinander aufbauen:

1. Awareness-Modell

Das Aufmerksamkeitsmodell ist das einfachste Modell im Rahmen der Agenda-Setting Hypothese und unterstellt, dass die Rezipienten auf bestimmte Themen aufmerksam werden, weil die Medien über sie berichten.

⁵ McCombs, Maxwell E. / Shaw, Donald L. (1972): The agenda-setting function of mass media. In: Public Opinion Quarterly 36; S. 176-187.

2. Salience-Modell

Das Thematisierungsmodell beschreibt, dass Themen, die in den Medien unterschiedlich häufig berichtet werden, die Ursache dafür sind, dass diese vom Publikum auch als unterschiedlich wichtig eingeschätzt werden.

3. Priorities-Modell

Das Themenstrukturierungsmodell radikalisiert die Wirkungsannahme des Salience-Modells. Es unterstellt, dass sich die Themenrangfolge der Medienagenda spiegelbildlich in der Themenrangfolge der Publikumsagenda niederschlägt (vgl. Burkart, 2002: S. 251).

Diese drei Modelle legen damit eine Reihenfolge von Medienwirkungen fest. Das Awareness-Modell charakterisiert zunächst die „Reichweite“ der Themen, jedoch wird hierbei die Frage nach der Prioritätensetzung und Gewichtung noch nicht beantwortet. Vielmehr geht es in diesem Modell um die Themenbereitstellung der Medien für die öffentliche Kommunikation.

Das Salience-Modell bezieht den Grad der Wichtigkeit eines Themas ein und verbindet diesen mit der Relevanz, die dieses Thema beim Rezipienten erhält. Dies wird auch als die Thematisierungsfunktion der Massenmedien bezeichnet (vgl. Schenk, 2007: S. 448).

Erst im Priorities-Modell wird das Verhältnis der Themen untereinander bestimmt, *„indem die Reihenfolge der Themen nach ihrer Wichtigkeit in den Medien auf die Priorität bezogen wird, die diese Themen im Publikum genießen.“* (Schenk, 2007: S. 448) Diesem Modell kommt eine Themenstrukturierungsfunktion zu Teil, da bei diesem Modell die Beziehungen zwischen den einzelnen Themen zentral sind.

Folglich lässt sich sagen, dass das Priorities-Modell der Agenda-Setting-Hypothese in vollem Maße gerecht wird, da ebenso der Wettbewerb der Themen untereinander mit einbezogen wird. Das Salience-Modell hingegen macht auf die Bedeutung aufmerksam, die gewisse Themen in der öffentlichen Kommunikation erreichen. Das Awareness-Modell beschreibt die einfachste Formulierung des Agenda-Setting-Effektes und gilt als trivial, da es naheliegend ist, dass jene Themen, die in den Medien betont werden, dann auch den Rezipienten bekannt sind. Außerdem sagt dieses Modell weder etwas über die

Wichtigkeit eines Themas noch über dessen Verhältnis zu anderen Themen oder die Richtung der Medienwirkung aus.

Das Salience-Modell und das Priorities-Modell stehen dabei in der empirischen Agenda-Setting-Forschung im Vordergrund, da diese die Thematisierungs- und Themenstrukturierungsfunktion enthalten, die den Kern des Agenda-Settings-Effektes bilden (vgl. Schenk, 2007: S. 448).

3.1.4 Konzeptionelle Weiterentwicklungen

Der Agenda-Setting-Ansatz wurde sowohl in konzeptioneller als auch in methodischer Hinsicht seit der Chapel Hill Studie weiterentwickelt. Dazu sollen zunächst die zentralen Grundbegriffe des Ansatzes nämlich *Thema*, *Wichtigkeit* und *Agenda* näher definiert werden. Anschließend werden zwei weiterführende Überlegungen thematisiert, die für die neuere Agenda-Setting-Forschung maßgeblich von Bedeutung sind. Zum einen das Agenda-Building, wobei es um die Fragestellung geht, wie die Medienagenda zustande kommt und welche Strategien von politischen Akteuren zur Beeinflussung der Medien- und Bevölkerungsagenda verfolgt werden und zum anderen fragt das Second-Level Agenda-Setting, nach Wirkungen des Agenda-Settings, die über die Thematisierungsfunktion hinausgehen (vgl. Maurer, 2010: S. 57).

3.1.4.1 Zentrale Grundbegriffe

Thema- Issue

Für den Agenda-Setting-Ansatz ist der englische Begriff „issue“ von großer Bedeutung. Dieser wird im Deutschen mit dem Begriff „Thema“ übersetzt, wobei diese Übersetzung nur unzureichend ist, da die Denotation des deutschen Begriffs „Thema“ viel umfangreicher ist, als jene des amerikanischen Pendantes (vgl. Eichhorn, 2005: S. 8). Es handelt sich nicht generell um Themen, sondern um „*gesellschaftlich kontroverse Fragen und Probleme wie Kriminalität, Arbeitslosigkeit, Ausländerfrage, Inflation, Drogenproblematik, Umweltschutz etc.*“ (Bonfadelli/Friemel, 2011: S. 185) Neben

Themen bzw. Problemen können im Sinne der Agenda-Setting-Forschung eben genannte abstrakte Politikfeldern sowie auch Einzelereignisse auf einer konkreteren Ebene gemeint sein, die die Bevölkerung interessieren, wie zum Beispiel die Terroranschläge vom 11. September (vgl. Maurer, 2010: S.11).

Da unterschiedliche Agenda-Setting-Effekte mit bestimmten Eigenschaften der Themen einhergehen, wurden diese nach dem Grad ihrer „Aufdringlichkeit“ (Obtrusiveness) kategorisiert. Demnach sind aufdringliche Themen solche, die den Rezipienten unmittelbar betreffen und die er direkt erfahren kann (lokale Politik, Kriminalität etc.) (vgl. Burkart, 2002: S. 252). Unaufdringliche (unobtrusive) Themen liegen hingegen weit außerhalb des persönlichen Erfahrungsbereiches des Rezipienten (nationale Politik, internationale Beziehungen etc.). Während der Rezipient bei aufdringlichen Themen für deren Erfahrung nicht unbedingt die Medien benötigt, ist er hingegen bei unaufdringlichen Themen auf Informationen aus zweiter Hand, den Medien, angewiesen. Folglich lassen sich Themenstrukturierungseffekte vor allem für unaufdringliche Themen nachweisen (vgl. Burkart, 2002: S. 252). Jedoch bleibt hierbei die Problematik bestehen, dass nicht jeder Rezipient dieselben Themen als aufdringlich bzw. nicht aufdringlich empfindet.

Wichtigkeit-Salience

Der zweite Kernbegriff der Agenda-Setting-Hypothese ist „*salience*“. Im Deutschen wird dafür die Bezeichnung „Wichtigkeit“ verwendet. Der Begriff wird zunächst als eine zugeschriebene Eigenschaft eines Themas verstanden. In Bezug auf das Agenda-Setting-Konzept ist die Wichtigkeit eines Themas auf zwei Seiten von Bedeutung. Es geht sowohl um die Wichtigkeit, die Massenmedien einem Thema zuschreiben als auch um die Bedeutsamkeit, die Rezipienten einem Thema beilegen (vgl. Bulkow/Schweiger, 2013: S. 173). In der Forschung hat sich folgende Einteilung von Atwater et al. für die verschiedenen Dimensionen der Themenwichtigkeit etabliert:

1. *Perceived media salience* beschreibt die Wahrnehmung der Wichtigkeit, die einem Thema in den Massenmedien zuteil kommt.
2. *Interpersonal issue salience* bezeichnet den Umfang, den ein Thema in der Alltagskommunikation einnimmt.
3. *Perceived issue salience* steht für die von einer Person wahrgenommene Wichtigkeit eines Themas in der Öffentlichkeit.

4. *Intrapersonal issue salience* bezieht sich auf die individuelle Wichtigkeit eines Themas für den einzelnen Rezipienten (vgl. Bulkow/Schweiger, 2013: S. 174).

Agenda

Eine Agenda konstituiert sich aus den Themen und ihrer Wichtigkeit: „*What is an agenda: it is a list of issues and events that are viewed at a point in time as ranked in a hierarchy of importance.*” (Rogers/Dearig, 1988: S. 565⁶, zit. nach Eichhorn, 2005: S. 12)

In der Forschung unterscheidet man drei verschiedene Agenden. Die Public Agenda (Publikums- oder Bevölkerungsagenda) umfasst alle Themen, die in der öffentlichen Meinung relevant sind. Diese wird traditionell mittels einer repräsentativen Befragung erfasst. Die Media Agenda (Medienagenda) hingegen ermittelt die Rangfolge, wie häufig die Massenmedien über bestimmte Themen berichten und wird in der Regel durch eine quantitative Inhaltsanalyse erhoben. In späteren Untersuchungen kam noch die Policy Agenda (Agenda der politischen Akteure) hinzu (vgl. Bulkow/Schweiger, 2013: S. 174). Hierbei geht es um jene Themen, die von politischen Akteuren in ihrer Agenda geführt und in den Mittelpunkt ihres politischen Handelns gerückt werden. Es geht also in erster Linie um die Frage, welchen Einfluss politische Entscheidungsträger auf die Medienagenda und die Publikumsagenda haben (vgl. Maurer, 2010: S. 11).

Die beschriebenen Agenden besitzen jedoch unterschiedliche Halbwertszeiten. Der größte Kontrast besteht zwischen der Medienagenda und der politischen Agenda aufgrund des zentralen Unterschieds der politischen Prozesslogik einerseits, und der medialen Selektions- und Darstellungslogik andererseits. Während auf der politischen Agenda die Themen über einen längeren Zeitraum stehen können, selektieren die Massenmedien ihre Themen und Inhalte tagesaktuell und sind in der heutigen Zeit in der Lage quasi in Echtzeit zu berichten (vgl. Bulkow/Schweiger, 2013: S. 175). Dadurch ist die Medienagenda vergleichsweise schnelllebig und sprunghafter. Darüber hinaus stehen die Themen im direkten Wettbewerb, da die Aufmerksamkeitskapazität der Massenmedien nur begrenzt ist. Eine limitierte Kapazität findet sich ebenso bei der Publikumsagenda, mit der Konsequenz, dass es hierbei zu einem Wettbewerb der

⁶ Rogers, Everett M. / Dearing, James W. (1988): Agenda-setting research: Where has it been, where is it going? In: Anderson, James H. (Hrsg.): Communication Yearbook 11. Beverly Hills: Sage; 1988; S. 555-594.

verschiedenen Themen um die Aufmerksamkeit der Rezipienten kommt (vgl. Bulkow/Schweiger, 2013: S. 175).

Die drei beschriebenen Agenden sind nicht nur in sich dynamisch, sondern sie interagieren auch untereinander.

3.1.4.2 Agenda-Building

„We start from the observation that the agenda-setting hypothesis – the bland and unqualified statement that the mass media set the agenda for political campaigns – attributes to the media at one and the same time too little and too much influence.“
(Lang/Lang, 1981: S. 448⁷, zit. nach Eichhorn, 2005: S. 39)

In ihrer Analyse der Watergate-Affäre kamen Lang und Lang im Jahr 1981 zu dem Ergebnis, dass die Annahme von Agenda-Setting als einem einfachen, direkten Medienwirkungsprozess nicht ausreichend ist. Sie formulierten deswegen die Hypothese, dass die öffentliche Zuschreibung der Themenrelevanz Ursache eines sehr viel komplexeren Prozesses ist und bezeichneten diesen als Agenda-Building (vgl. Eichhorn, 2005: S. 39; vgl. Maurer, 2010: S. 65). Demzufolge wirken neben den Medien und den Rezipienten ebenso die politischen Akteure auf die Medienagenda ein. Es handelt sich dabei um einen spezifischen Kommunikationsprozess, bei dem verschiedene gesellschaftliche Akteure, wie zum Beispiel Politiker, politische Parteien, Interessensgruppen aber auch Wirtschaftsunternehmen, versuchen ihre Themen in den Medien zu platzieren. Um die Themensetzung der Massenmedien in ihrem Sinne zu beeinflussen, nutzen diese gesellschaftlichen Akteure die Kenntnis journalistischer Selektionskriterien und inszenieren sogenannte „Pseudo-Ereignisse“, wie etwa Pressekonferenzen, Demonstrationen oder Feierlichkeiten (vgl. Burkart, 2002: S. 254). Maurer definierte Agenda-Building im engeren Sinne als den Einfluss politischer Entscheidungsträger auf die Medienagenda, und im weiteren Sinne das Zustandekommen der Medienagenda im Ganzen (vgl. Maurer, 2010: S. 65).

⁷ Lang, Gladys Engel/ Lang, Kurt (1981): Watergate – an exploration of the agenda-building process. In: Wilhoit, G.C. / DeBock, H. (Hrsg.): Mass Communication Review Yearbook Vol. 2. Sage. Beverly Hills. S. 447-468.

Aus dem Agenda-Building lassen sich wiederum drei Komponenten des Agenda-Setting-Prozesses herausbilden: Medien-Agenda-Setting, Publikums (Public)-Agenda-Setting und Policy-Agenda-Setting, das sogenannte „Dreieck der politischen Kommunikation“ (vgl. Schenk, 2007: S. 439).

Die Komponenten stehen nicht nur miteinander in einem komplexen Wechselverhältnis, sondern ebenso mit weiteren Elementen, wie beispielsweise den persönlichen Erfahrungen der Rezipienten, der Kommunikation zwischen Akteuren von politischen Eliten und einzelnen Individuen. Außerdem sind Indikatoren aus der Realität, aus denen sich ebenfalls die Bedeutung bestimmter Themen ergibt, ebenso von Relevanz. Bei den Medien ist hingegen in erster Linie mit Einflüssen von Leit- oder Meinungsführermedien auszugehen und darüber hinaus ist die vorhandene Ereignislage zu berücksichtigen (vgl. Schenk, 2007: S. 439f.).

Durch diese Aufgliederung wird die ursprünglich simple Agenda-Setting-Hypothese erweitert. Der allgemeine Begriff „Agenda-Setting“ wird daher schnell mehrdeutig, wenn nicht die unterschiedlichen Komponenten einbezogen bzw. dazugehörigen Agenden benannt werden (vgl. Schenk, 2007: S. 440).

3.1.4.3 Second-Level Agenda-Setting

Beim traditionellen Agenda-Setting (First Level) steht die Wichtigkeit von Themen und Objekten im Vordergrund. Auf der zweiten Ebene des Agenda-Setting-Prozesses, dem Second-Level Agenda-Setting, geht es hingegen um die Wichtigkeit von Attributen der berichteten Themen, Ereignisse und Personen. Hierbei wird die Einflussnahme von Medienwirkungen auf die Einstellungen des Publikums erforscht (vgl. Schenk, 2007: S. 437). Demnach werden in den Massenmedien nicht nur Themen von den Journalisten betont oder unterdrückt und nach Wichtigkeit sortiert, sondern ebenso positive oder negative Eigenschaften und Beurteilungskriterien von Personen (z.B. Politikern) oder Objekten. Diese sogenannten Attribute, die von den Medien in den Vordergrund gestellt werden, fließen mit größerem Gewicht in die Urteilsbildung der Rezipienten ein. Werden in den Massenmedien also vor allem negative Attribute eines Politikers betont, so fallen die Urteile der Rezipienten negativ aus (vgl. Maurer, 2010: S. 69).

Das Second-Level Agenda-Setting macht daher deutlich, dass nicht nur relevant ist über was nachgedacht wird, sondern ebenso „wie“ man darüber denkt. Folglich wird aus dem ursprünglichem „what to think about“ ein „how to think about“ (vgl. Schenk, 2007: S. 437).

3.2 Euroskeptizismus

In dieser Forschungsarbeit soll unter anderem untersucht werden, wie in der kroatischen und österreichischen Berichterstattung eine euroskeptische Haltung vermittelt wird. Dazu soll im vorliegenden Abschnitt der Begriff näher erörtert werden.

3.2.1 Begriffsbestimmung

Der Begriff Euroskeptizismus meint die Einstellung von Individuen oder Kollektiven gegenüber der gegenwärtigen politisch-institutionellen Gestalt und der zukünftigen Entwicklungstendenzen der EU (vgl. Oberkirch/Schild, 2010: S. 9). *Euro* steht für die Europäische Union in dieser Definition und meint demnach nicht Europa als Gesamtbegriff.

Ursprünglich ist der Begriff auf den englischen Ausdruck *euroscepticism* zurückzuführen. Im Juni 1986 wurde er erstmalig in einem Artikel der britischen Tageszeitung *The Times* im Zusammenhang mit der EU-kritischen Politik der britischen *Conservative Party* unter der damaligen Premierministerin Margaret Thatcher verwendet. Anfang der 1990er Jahre und im Zusammenhang mit dem Vertrag von Maastricht offenbarte sich jedoch, dass der Euroskeptizismus nicht nur ein Phänomen war, welches sich auf die britische politische Elite beschränkte. Binnen kurzer Zeit entwickelte sich der Begriff zum Synonym für eine kritische und skeptische Einstellung der Menschen aus unterschiedlichen EU-Mitgliedsstaaten gegenüber der Europäischen Union (vgl. Oberkirch/Schild, 2010; S. 9).

Dabei wurde deutlich, dass der Euroskeptizismus bezüglich seiner Ausprägungen und Ursachen ein vielschichtiges Phänomen ist. Oberkirch und Schild (2010) formulierten als zwei wichtige Quellen dieses Phänomens die Sorge um den Verlust der nationalen Unabhängigkeit und nationalen Identität sowie die wirtschaftlichen Ängste. Aus diesem Grund unterscheidet man zwei Betrachtungsebenen: zum einen den Euroskeptizismus auf der Makroebene von Parteien und Parteiensysteme und zum anderen auf der Mikroebene von Bevölkerungseinstellungen.

3.2.2 Theoretische Erklärung

Makroebene (Parteien und Parteiensysteme)

Für das Phänomen Euroskeptizismus gibt es bislang noch keine allgemein anerkannte Konzeptualisierung. Es gibt unterschiedliche Erklärungsansätze dieses Phänomens. Im Folgenden soll zunächst die Definition von Paul Taggart angeführt werden, da diese in der akademischen Diskussion am weitesten verbreitet ist und bis heute als grundlegend gilt. Dabei konzentriert sich Taggart auf einen Euroskeptizismus auf der Betrachtungsebene von Parteien und Parteiensystemen.

Es gibt vielzählige Gründe, die für eine Fokussierung auf der Ebene von Parteien und Parteiensystemen sprechen. Politische Parteien nehmen nicht nur seit jeher eine zentrale Funktion im Prozess der politischen Repräsentation und Willensbildung ein, sie üben auch entscheidenden Einfluss auf die personelle Zusammensetzung von europäischen Institutionen, wie zum Beispiel das Europäische Parlament und die Europäische Kommission aus. Darüber hinaus übernehmen politische Parteien eine wichtige Rolle bei Referenden, da sie die politische Agenda bedeutungsvoll bestimmen, die Bevölkerung strukturieren sowie die politische Auseinandersetzung strukturieren (vgl. Beischl, 2012: S. 168).

Taggart (1998) beschreibt den Terminus Euroskeptizismus als ein Phänomen, bei dem es zu einer ablehnenden Haltung einer qualifizierten Opposition, bezüglich einzelner Schritte im Prozess der europäischen Integration kommt. Euroskeptizismus wird demnach vorrangig von populistischen Parteien mit dem Ziel der Stimmenmaximierung ausgeführt. Folglich dient dieser als „Prüfstein für den Dissens“ (*touchstone of dissent*) innerhalb des Parteiensystems und ist demzufolge ein wichtiger Bestandteil der

Oppositionspolitik (vgl. Oberkirch/Schild, 2010: S. 10). Es handelt sich dabei um ein Phänomen, das weit verbreitet ist und keine nationale Grenzen kennt. Jedoch ist nicht jeder Europaskeptiker gleichzeitig ein „harter“ Gegner der Europäischen Union (vgl. Taggart, 1998: S. 366).

Durch die Zusammenarbeit Taggarts mit Aleks Szczerbiak kam es zu einer erweiterten Differenzierung, wobei zwischen gemäßigtem („*soft*“) und hartem („*hard*“) Euroskeptizismus unterschieden wird. Gemäßigter Euroskeptizismus wird definiert als *„contingent or qualified opposition to European integration and can, in turn, be further sub-divided into 'policy' Euroscepticism and 'nationalinterest' Euroscepticism“* (Taggart/Szczerbiak, 2001: S. 10).

Bei dieser bedingten Form der Euroskepsis handelt es sich nicht um eine prinzipielle Abneigung gegen den Prozess der europäischen Integration oder gar einer EU-Mitgliedschaft. Vielmehr übt diese Form Widerstand in Bezug auf gegenwärtige oder zukünftige Erweiterungen der Kompetenzen seitens der EU (vgl. Taggart/Szczerbiak, 2003: S. 12). Des Weiteren setzt ein gemäßigter Euroskeptizismus bei den Vertretern eine intensive persönliche Reflektion über die Inhalte der EU-Politik, das politische System der Europäischen Union und ihrer Vertragsgrundlagen voraus (vgl. Oberkirch/Schild, 2010: S.10).

Als harter Euroskeptizismus wird hingegen die grundsätzliche Ablehnung der Mitgliedschaft des Landes in der EU und des Prozesses der europäischen Integration bezeichnet (vgl. Taggart/Szczerbiak, 2001: S.10).

Mikroebene (Bevölkerungseinstellungen)

Den Ausgangspunkt dieser Betrachtungsweise auf der Ebene von Bevölkerungseinstellungen, bildet die empirische Beobachtung, dass sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten die öffentliche Meinung gegenüber der Europäischen Union maßgeblich verändert hat. Während der Anfangsphase des europäischen Einigungsprozesses dominierte das Konzept des sogenannten permissiven Konsens (*permissive consensus*). Dieses auf Leon N. Lindberg und Stuart A. Scheingold (1970) zurückgehende Konzept hat jedoch deutlich an Tragweite verloren. Es beschreibt eine grundsätzliche positive Grundhaltung der Bevölkerung gegenüber der europäischen

Integration, wobei diese den europäischen Eliten Handlungsfreiheit bei der politisch-institutionellen Gestaltung der Gemeinschaft einräumte (vgl. Lang, 2010: S. 61; vgl. Oberkirch/Schild, 2010: S. 14). „Insgesamt lässt sich der *permissive consensus* als ein *status quo* zwischen den Beteiligten darstellen, der dem jeweils anderen die Möglichkeit gegeben hat, sich mit den eigenen Sachen zu beschäftigen ohne sich gegenseitig zu tangieren“ (Blaseck, 2007: S. 17).

Gründe für das Ende des permissiven Konsenses waren nicht nur die gestiegene Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Themen mit europapolitischem Inhalt, sondern ebenso die Aktivierung der individuellen und gemeinsamen Artikulation der Interessen durch Partizipation, beispielsweise durch politische Proteste zu Europathemen oder mittels Europa-Referenden (vgl. Oberkirch/Schild, 2010: S. 15). Dabei geht es vor allem um die Frage nach den Motiven, die eine Aktivierung euroskeptischer Verhaltensweisen und Einstellungen auslösen. Dazu unterscheidet man zwei divergierende Motivationsmuster der individuellen Einstellung gegenüber der Europäischen Union: Einerseits geht es um Ideen, Werte, Normen und kollektive Identitäten als Ursachengrundlage für europabezogene Einstellungen, sowie andererseits um instrumentell-utilitaristische Motive, die auf wirtschaftliche Kosten-Nutzen-Kalküle gestützt sind (vgl. Oberkirch/Schild, 2010: S. 15).

1. Ideen, Werte und Normen

Ein erstes Erklärungsmuster setzt sich zusammen aus Ideen (Europa als „Friedensgemeinschaft“), Werten, wertgestützten Normen (Demokratie-, Grund- und Menschenrechtsnormen), politischen Ideologien und Weltbild wie auch kollektive Identitäten (regionale, nationale und europäische Identitäten). Demnach werden individuelle Einstellungen beeinflusst von persönlichen und historischen Erfahrungen, genauso wie von ideellen Wertvorstellungen und Überzeugungen. Diese Ideen, Normen und Werte können unterschiedlicher Natur sein. Die politische Dimension bezieht sich beispielsweise auf die politische Kapital-Arbeit-Konfliktlinie, welche in der Vergangenheit den Links-Rechts-Gegensatz inhaltlich enorm ordnete (vgl. Oberkirch/Schild, 2010: S. 15).

Die nationale Dimension behandelt hingegen die Frage nach der Abgrenzung der Verantwortlichkeiten eines einzelnen Nationalstaates und der Europäischen Union.

Demnach geht es um nationale Souveränität im Gegensatz zu gemeinsamer Handlungsmöglichkeit.

Diese und noch weitere Dimensionen einer nicht-utilitaristischen Beurteilung europäischer Politik werden dabei als ergänzend gesehen. Im letzten Jahrzehnt haben vor allem identitätsgestützte Einstellungen, ob nationaler oder europäischer Art, sowie Wahrnehmungen einer kulturellen Bedrohung durch bereits vollzogene oder noch bevorstehende EU-Erweiterungen enorm an Bedeutung für individuelle Einstellungen gewonnen (vgl. Oberkirch/Schild, 2010: S. 16).

2. Instrumentell-utilitaristische Motive

Nachfolgend soll ein zweites Motivationsmuster europabezogener Einstellungen beschrieben werden, wobei die Motivgrundlage bei einer individuellen Kosten-Nutzen-Überlegung ansetzt. Dieser utilitaristische Ansatz verfolgt die Annahme, dass für die Einstellung der Bevölkerung zum Integrationsprozess und zur EU sowohl die wahrgenommenen Kosten als auch der wahrgenommene Nutzen der Marktintegration und der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes maßgebend sind. Demnach basieren diese hauptsächlich auf wirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Bilanzen. Dadurch entscheidet die subjektive Wahrnehmung, sprich ob man sich als Gewinner oder Verlierer sieht, über die persönliche Haltung zum Integrationsprozess.

Bei diesem Erklärungsmuster ist also der individuelle Nutzen das primäre Bewertungsmerkmal und die EU wird hauptsächlich nach ökonomischen Blickpunkten beurteilt (vgl. Oberkirch/Schild, 2010: S. 16).

Neben dieser individuellen Kosten-Nutzen-Wahrnehmung werden außerdem die Vor- und Nachteile der EU-Politik sowie Integration bewertet, in Bezug zu der Gesellschaft, der man sich zugehörig fühlt. Hierbei geht es um Fragen bezüglich des Nutzens, den das eigene Land aus der EU-Politik zieht oder beispielsweise auch um Kosten, wie den Nettotransfer an das EU-Budget (vgl. Oberkirch/Schild, 2010: S. 16).

Hierbei besitzen vor allem jüngere Altersgruppen, Personen mit einem hohen Bildungsgrad und wertvollen Qualifikationen für den Arbeitsmarkt, eine zumeist pro-europäische Haltung, da sie die Vorteile des europäischen Integrationsprozesses umfassend nutzen können.

Demnach wird der europäische Bürger bei dieser Herangehensweise als nutzenmaximierender homo oeconomicus gesehen (vgl. Oberkirch/Schild, 2010: S. 17). (Der Nachteil hierbei ist, dass es sich um eine vereinfachte und stark generalisierte Darstellung handelt.)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass beide theoretischen Konzepte im Stande sind, einen Teil des Phänomens Euroskeptizismus zu erklären. Es gibt im Kern zwei Quellen für dieses Phänomen, nämlich zum einen die Sorge um die nationale Unabhängigkeit und die nationale Identität und zum anderen die wirtschaftlichen Ängste. Diese Faktoren werden in einem Staat nicht zuletzt durch die politische Lage beeinflusst. So sind auf der politischen Rechten Seite und in Ländern mit starken Parteien der radikalen Rechten besonders die Identitätsfragen von Bedeutung, hingegen auf der politischen Linken sowie in EU-Ländern mit starken Parteien der radikalen Linken fördern die Faktoren der wirtschaftlichen Verlustängste und die Sorge um den Abbau des Sozialstaates die Euroskepsis (vgl. Oberkirch/Schild, 2010: S. 17).

Oberkirch und Schild (2010: S.17) stellen abschließend fest, dass die beschriebene Makroebene der Parteien und Parteiensysteme, sowie die Mikroebene der individuellen Einstellungen sich gegenseitig beeinflussen und in Abhängigkeit voneinander stehen.

3.2.3 Euroskeptizismus in Kroatien

Nachdem im ersten Schritt die theoretischen Konzepte zur Erläuterung des Phänomens Euroskeptizismus angeführt wurden, sollen nun im zweiten Schritt, Studien und Untersuchungen zum Euroskeptizismus in Kroatien beschrieben. Dadurch soll gezeigt werden, inwiefern eine euroskeptische Haltung in Kroatien vorzufinden ist und welche Faktoren dafür der Auslöser sind.

Nach dem Zerfall Jugoslawiens und der Unabhängigkeit Kroatiens durchlief das Land zeitgleich mit dem europäischen Integrationsprozess, ebenso einen vielschichtigen Transformationsprozess.

Im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses musste sich Kroatien im wirtschaftlichen, rechtlichen und kulturellen Bereich mit einer großen Anzahl von europäischen Vorgaben auseinandersetzen (vgl. Salamurović, 2012: S. 248).

Die kroatische Bevölkerung begleitete jedoch den europäischen Integrationsprozess mit einem hohen Maß an Zweifel. Die von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebenen Umfragen des Eurobarometers, haben gezeigt, dass Kroatien während des Beitrittsprozesses, im Vergleich zu anderen Beitrittskandidaten und EU-Mitgliedsstaaten, bezüglich euroskeptizismusrelevanter Fragen zum Teil deutlich negativer eingestellt war. Im Jahr 2008 erreichte Kroatien sogar die höchsten Euroskeptizismuswerte unter den EU-27 sowie den Beitrittskandidaten Türkei und Mazedonien (vgl. Madunić, 2009: S. 24 f.). Dennoch sollte auch erwähnt werden, dass es sich hierbei nicht um ein Phänomen handelt, das in Kroatien schon seit Jahrzehnten vorzufinden ist und demzufolge als ein Ausdruck einer langwierigen anti-europäischen Mentalität gedeutet werden könnte (vgl. Madunić, 2009: S. 20). Vielmehr hat sich die Ablehnung der kroatischen Bevölkerung gegenüber der EU aufgrund unterschiedlicher Ursachen mit den Jahren entwickelt. Neben der Blockade der Beitrittsverhandlungen aufgrund des Grenzstreites mit dem Nachbarn Slowenien, galten vor allem das schwierige Verhältnis Kroatiens zum Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien, besonders im Fall des kroatischen Generals Gotovina⁸, und die anschließende Verschiebung der EU-Beitrittsverhandlungen als zentrale Auslöser (vgl. Madunić, 2009: S. 31; vgl. Beischl, 2012: S. 187).

Des Weiteren stuft Madunić (2009: S. 25) die Ängste vor dem Verlust der Souveränität bzw. der nationalen Identität bei einem EU-Beitritt in Kroatien als besonders hoch ein. Diese Faktoren sind zurückzuführen auf die junge Geschichte des Staates und die gewaltsame Erlangung der Souveränität, um dessen Verlust ein Teil der kroatischen Bevölkerung bangte. Aus diesem Grund ist der Euroskeptizismus in Kroatien eher gekennzeichnet durch emotionale und impulsive Komponente als durch rationale Abwägungen (vgl. Madunić, 2009: S. 25).

Betrachtet man im Vergleich dazu den Euroskeptizismus in Kroatien auf einer parteipolitischen Ebene, so zeigen die Untersuchungen von Mehler et al. (2012) und Beischl (2012) gleichermaßen, dass keine Partei die europäische Integration prinzipiell und vollkommen ablehnte, da der Beitritt von allen politischen Akteuren als alternativlos

⁸ Dies wird im Kapitel 4 näher erläutert.

gesehen wurde. Es gibt wenige Parteien, die lediglich eine euroskeptische Politik vertreten.

Dies war jedoch nicht immer so in Kroatien. In den 1990er Jahren zeichnete sich das Land durch eine isolationistische Politik aus (vgl. Madunić, 2009: S. 25). Die zur damaligen Zeit regierende konservative HDZ (Kroatische Demokratische Union) sprach sich heftig gegen die Politik der Europäischen Union aus. Erst mit dem Regierungswechsel im Jahr 2000 zur pro-europäischen SDP (Sozialdemokratische Partei Kroatiens), kam es zu einer politischen Wende und zu einer Öffnung des Landes zur EU. Die pro-europäische Haltung wurde im Jahr 2002 besiegelt, indem das kroatische Parlament eine Resolution verabschiedete, worin alle Parteien den EU-Beitritt Kroatiens als gemeinsames Ziel bekräftigten (vgl. Madunić, 2009: S. 28).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ein Euroskeptizismus in Kroatien von Seiten der kroatischen Bevölkerung sehr wohl existiert. Diese EU-Ablehnung ist vor allem auf die politische Geschichte des Landes, auf die Auflage zur Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien und auf den langwierigen Beitrittsprozess mit Brüssel zurückzuführen.

Ein Euroskeptizismus auf der Betrachtungsebene der politischen Parteien und Parteiensysteme konnte jedoch nicht festgestellt werden. Hierbei wurde eine pro-europäische Haltung der kroatischen Parteien festgestellt.

Diese Erkenntnisse werden für die folgende Untersuchung wichtig sein, da sie anhand der kroatischen und österreichischen Berichterstattung überprüft werden sollen. Es soll erforscht werden wie sich in den Berichten ein Euroskeptizismus auf der Betrachtungsebene von Parteien und Parteiensystemen und auf der Betrachtungsebene von Bevölkerungseinstellungen geäußert hat.

4. Das Beitrittsland Kroatien

Dieses Kapitel befasst sich mit dem Land Kroatien. Im ersten Teil geht es um die wirtschaftlichen und politischen Aspekte von Kroatien. Dazu werden zunächst allgemeine Informationen zum Beitrittsland angeführt. Daraufhin werden die wichtigsten Stationen von der Antragstellung bis zum EU-Beitritt beschrieben. Dabei werden ebenso die Probleme während des langjährigen Beitrittsprozesses erläutert. Diese Informationen werden für die Analyse der Berichterstattung von Bedeutung sein, da man durch dieses Hintergrundwissen, die Inhalte der Berichterstattung besser zuordnen und verstehen kann.

Die zweite Hälfte befasst sich mit der kroatischen Medienlandschaft. Hierbei werden neben der historischen Entwicklung seit der erlangten Unabhängigkeit ebenso die Mediengesetze beschrieben. Des Weiteren wird ein Überblick der Sektoren Printmedien, Fernsehen, Hörfunk und Nachrichtenagenturen für die kroatische und österreichische Medienlandschaft gegeben.

4.1 Allgemeine Informationen

Kroatien hat rund 4,5 Millionen Einwohner, davon leben 790.000 in der Hauptstadt Zagreb. Die kroatische Hauptstadt bildet den wirtschaftlichen, kulturellen und akademischen Mittelpunkt sowie den Verkehrsknotenpunkt des Landes. Zu den wichtigen Großstädten Kroatiens zählen unter anderem Split, Osijek und Rijeka (vgl. AHK, 2013). Das 28. Mitglied der Europäischen Union liegt an der Adria und auf dem westlichen Balkan.

Die geographische Lage des Landes erstreckt sich von den äußersten östlichen Alpenausläufern im Nordwesten bis in die Pannonische Tiefebene. Im Osten bilden die Ufer der Donau die geographische Grenze. Der Mittlere Teil des Landes wird vom Gebirge Dinar beherrscht und der südliche Teil endet mit der Adriatischen Küste (vgl. AHK, 2013). Insgesamt 1.185 Inseln zählen zu Kroatien, davon sind jedoch nur 50 bewohnt. Das Land hat gemeinsame Grenzen mit Slowenien, Ungarn, Bosnien und Herzegowina, Serbien und Montenegro. Darunter sind zwei Nachbarn, bereits EU-

Mitglieder und zwar Slowenien im Norden und Ungarn im Nordosten (vgl. Europäische Union, 2013).

Das Land erklärte am 25. Juni 1991 seine Unabhängigkeit. Die Anerkennung als eigenständiger Staat durch alle EG-Mitgliedstaaten erfolgte am 15. Januar 1992 (vgl. bpb, 2013). Zuvor war es über 70 Jahre lang eine Teilrepublik der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawiens (SFRJ). Der 25. Juni ist seitdem ebenso ein kroatischer Nationalfeiertag (vgl. Europäische Union, 2013).

Kroatien ist seit der Verfassungsreform 2000/2001 eine parlamentarische Demokratie. Das Parlament (*Hrvatski sabor*) setzt sich zusammen aus 150 Abgeordneten. Die Staatsgewalt ist wie folgt aufgeteilt: das gewählte Parlament (Legislative), die Regierung und der gewählte Präsident (Exekutive) sowie die unabhängigen Gerichte (Justiz). Kroatien ist in 20 Bezirke eingeteilt, diese werden auch als „Gespanchaft“ oder „Komitat“ bezeichnet. Darüber hinaus kommt die besondere Verwaltungseinheit der Hauptstadt Zagreb hinzu (vgl. Auswärtiges Amt, 2013; vgl. Europäische Union, 2013).

Tabelle 1: Allgemeine Informationen zu Kroatien

Ländersname	Republik Kroatien/ Republika Hrvatska
Größe	56.538 Quadratkilometer
Hauptstadt	Zagreb
Bevölkerung	4,4 Millionen: ca. 90% Kroaten; 4,4% Serben; 5% sonstige
Landessprache	Kroatisch, in Gebieten mit starken ethnischen Minderheiten außerdem Serbisch, Italienisch und Ungarisch im amtlichen Gebrauch
Religionen/ Kirchen	86% römisch-katholisch; 4% serbisch-orthodox; 1% muslimisch; 0,3% evangelisch; 0,01% jüdisch
Staats- und Regierungsform	Parlamentarische Demokratie
Unabhängigkeit	25. Juni 1991

Quelle: eigene Darstellung (vgl. Auswärtiges Amt, 2013)

Seit seiner Unabhängigkeit hat das Land nicht nur einen politischen, sondern auch einen wirtschaftlichen Transformationsprozess durchlaufen.

Im Jahr 2012 erwirtschaftete Kroatien ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 43,9 Milliarden Euro. Zum Vergleich umfasste das BIP in Österreich insgesamt 307 Milliarden Euro. Bis zum Jahr 2009 hatte das Land eine hohe jährliche Wachstumsrate von durchschnittlich 4,5 %. Als Folge der Weltwirtschaftskrise und der europäischen Schuldenkrise ist ab dem Jahr 2009 die Wachstumsrate jedoch völlig eingebrochen und schwankte seitdem zwischen -2 und 0 % (vgl. Auswärtiges Amt, 2013). Der dominierende Wirtschaftssektor sind die Dienstleistungen. Diese haben einen Anteil von 70 % an der Wertschöpfung. Der Tourismus generiert rund 20 % des BIPs. Weitere bedeutende Branchen sind der Schiffsbau und die verarbeitende Industrie. Dabei sind die regionalen Unterschiede bei der Wirtschaftskraft sehr deutlich. Das Hinterland Dalmatiens sowie die Grenzregion zu Bosnien und Herzegowina liegen im Vergleich deutlich hinter dem wohlhabenden Nordkroatien (Istrien und Zagreb) (vgl. Auswärtiges Amt, 2013).

Rund zwei Drittel des Außenhandels werden mit den Ländern der Europäischen Union abgewickelt. Dabei sind Italien und Deutschland die wichtigsten Handelspartner Kroatiens. Darüber hinaus spielt der Außenhandel mit den Ländern des Mitteleuropäischen Freihandelsabkommens (CEFTA) eine wichtige Rolle (vgl. Auswärtiges Amt, 2013; vgl. AHK, 2013).

Zwischen 1993 und 2012 beliefen sich die Auslandsinvestitionen in Kroatien auf insgesamt circa 26,8 Milliarden Euro (vgl. Auswärtiges Amt, 2013). Hierbei haben besonders die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Kroatien und Österreich einen hohen Stellenwert. Österreich ist mit 6,9 Milliarden Euro der mit großem Abstand größte Auslandsinvestor Kroatiens, gefolgt von den Niederlanden (4 Mrd. Euro) und Deutschland (3 Mrd. Euro). Damit stammen mehr als ein Viertel aller Auslandsinvestitionen aus Österreich. Ausländische Investitionen gab es vor allem in den Bereichen Finanzen, Telekommunikation und Immobilienwirtschaft (vgl. Außenministerium Österreich, 2013).

Österreichisches Kapital wurde vor allem im Bereich Bank- und Versicherung, Handel und Bau investiert. Der österreichische Marktanteil liegt in Kroatien bei 5 Prozent (Stand

06/2013). Viele österreichische Dienstleistungsunternehmen sind mit Tochterunternehmen vor Ort engagiert, sodass Kroatien auch ohne eine gemeinsame Grenze mit Österreich, als „Nachbarmarkt“ oder „erweiterter Heimmarkt“ betrachtet wird (vgl. Außenministerium Österreich, 2013).

Zugleich ist Kroatien Mitglied mehrerer internationaler Organisationen geworden. Bereits im Jahr 1992 erfolgte der Beitritt zu den Vereinten Nationen und dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Des Weiteren folgte im Jahr 2000 der Anschluss zur Welthandelsorganisation (WTO) und im Jahr 2009 wurde Kroatien Mitglied der NATO (vgl. Auswärtiges Amt, 2013).

Das wichtigste außenpolitische Ziel des jungen Staates wurde am 1. Juli 2013 erreicht: Kroatien ist nach einem 10 Jahre andauernden Beitrittsprozess, das 28. Mitglied der Europäischen Union geworden.

4.2 Kroatiens Weg in die EU

Dieser Abschnitt beginnt mit einem sehr aussagekräftigen Zitat über die Zugehörigkeit Kroatiens, da dieses Selbstbild die Rolle, die Weltanschauung und die Identitätsstiftung der kroatischen Bevölkerung beschreibt. Solche Selbstbilder hatten eine „*diagnostische Funktion*“, da das kroatische Volk vom „*Balkanischen kuriiert*“ (Džihic et al., 2006: S. 118) werden sollte, um sich auf diese Weise eine Rückkehr zum Westen zu ebnet.

Das nachfolgende Bild erschien am 16. Jänner 1992 in der kroatischen Tageszeitung *Večernji List*, also genau einen Tag nach der internationalen Anerkennung der Unabhängigkeit des Landes:

„Die internationale Anerkennung Kroatiens gilt zugleich auch als seine Rückkehr in den westeuropäischen Kultur- und Zivilisationskreis. [...] Kroatien wird dabei die umfassende Hilfe des Westens benötigen. Es wird aber zum Westen zurückkehren, d.h. seine Grundwerte annehmen müssen und sich ihm dadurch annähern. Das bedeutet, die westlichen Werte, die aus der , protestantischen Ethik‘ und dem Arbeitskult hervorgegangen sind, Tugenden, die in den balkanoiden und sozialistischen Schlammanschwemmungen verloren gingen und die vor der ,Hajdukenethik‘, den

primitiven Wertvorstellungen und der roten ‚Oblomowerei‘ weichen mussten.“ (Večernji List, 1992⁹, zit. nach Džihic et al. 2006: S.118).*

Dieses Selbstbild ist sehr stark westlich orientiert und richtet sich gegen die alten sozialistischen Strukturen. Es zeigt ein Bild der Kroaten und ihre Sichtweise zum Westen, wobei deutlich wird, dass sie sich dem Westen zugehörig fühlen und den Sozialismus in Titos Jugoslawien hinter sich lassen wollen.

Als nächstes werden chronologisch die wichtigsten Stationen Kroatiens beschrieben, beginnend von der Antragstellung bis zum Kandidatenstatus und letztendlich dem Beitritt zur Europäischen Union. Durch diese Darstellung soll veranschaulicht werden, wie der Verhandlungsprozess abgelaufen ist, welche Probleme im Laufe der Jahre aufgetreten sind und welche Hürden überwunden werden mussten.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Kroatien begannen am 15. Januar 1992 mit der internationalen Anerkennung Kroatiens als unabhängiger und souveräner Staat (vgl. Republik Kroatien, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Europäische Integration, 2009). Zunächst entwickelten sich die Beziehungen langsam, einziger Höhepunkt in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit war im Jahr 1995 die kurzzeitige Aufnahme Kroatiens in das PHARE-Programm¹⁰. Diese wurde jedoch aufgrund von Militäroperationen Kroatiens wieder eingestellt (vgl. Hak et al., 2004: S. 21).

Ab dem Jahr 2000 intensivierten sich die Beziehungen, sodass am 29. Oktober 2001 die EU und Kroatien das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) unterzeichneten. Hierdurch wurde Kroatien zum potentiellen Kandidaten für eine EU-Mitgliedschaft (vgl. Hak et al. 2004: S.21). Die Durchführung des SAA verfolgte den Zweck, Kroatien bei der Vorbereitung auf die Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu unterstützen (vgl. Weidenfeld/Wessels, 2006: S. 350).

⁹ Večernji List, 16. Jänner 1992. *Im Originaltext wurde das Adjektiv kro., serb. „gedžovanski“, „gedžo“= primitiver Mensch, pejorativ für Serbe verwendet.

¹⁰ Dieses Programm wurde 1989 ins Leben gerufen und ist heute das wichtigste Finanzinstrument der EU für die Vorbereitung der mittel- und osteuropäischen Länder auf den Beitritt (vgl. Europäische Union, 2013).

Der nächste wichtige Schritt auf dem Weg nach Europa vollzog sich am 21. Februar 2003: Kroatien stellte in Athen, während der griechischen EU-Präsidentschaft den Antrag auf Mitgliedschaft in der EU (vgl. Hak et al., 2004: S. 21; vgl. Wichmann, 2007: S.80).

Die Annäherung Kroatiens an Europa wurde sowohl von der EU als auch von Kroatien als Vorbild für andere Balkanstaaten dargestellt. Dies wurde vor allem deutlich, als die EU-Kommission am 20.4.2004 den Antrag positiv bewertete und den Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen empfahl. Zwei Monate später, am 18.6.2004, wurde dem Land der offizielle Kandidatenstatus zuerkannt und Kroatien galt damit als Vorbild und Vorreiter für die übrigen Staaten des Westbalkans (vgl. Wichmann, 2007: S. 84).

Der Beginn der Beitrittsverhandlungen wurde für den 17. März 2005 angesetzt unter der Bedingung, dass Kroatien volle Kooperationsbereitschaft mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (IStGHJ) in Den Haag zeige. Dabei handelte es sich konkret um die Auslieferung des Generals Ante Gotovina, der im Zusammenhang mit der Militäraktion *Oluja*¹¹ (Sturm) wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit angeklagt war. Die damalige Chefanklägerin Carla del Ponte warf der kroatischen Regierung vor, nicht ausreichend mit dem Haager Kriegstribunal zusammenzuarbeiten und drängte die EU mit Erfolg zur Verschiebung der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen (vgl. Kušić, 2013).

Nachdem Carla del Ponte von der uneingeschränkten Zusammenarbeit Kroatiens mit dem IStGHJ überzeugt war, wurden am 3. Oktober 2005 im Rahmen einer bilateralen Konferenz die Beitrittsverhandlungen zwischen Kroatien und der Europäischen Union offiziell eröffnet (vgl. Republik Kroatien, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Europäische Integration, 2009). Diese wurden zum ersten Mal und in konsequenter Weise nach dem neuen „Benchmarksystem“ durchgeführt. Dabei werden für jedes der 35 Verhandlungskapitel klare Öffnungs- und Schließungskriterien festgelegt, die vom

¹¹ Die Operation *Oluja* war eine militärische Großoffensive, welche in Kroatien als Ende des jahrelangen Krieges gefeiert wird. Im August 1995 gelang es der kroatischen Armee mit dieser Militäroperation die Rückeroberung der von serbischen paramilitärischen Truppen besetzten Gebiete der selbsternannten Republik Serbische Krajina.

Dabei kam es zu Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Zivilisten starben und ca. 200.000 Serben wurden systematisch aus der betroffenen Region vertrieben (vgl. Die Presse, 30.08.2010).

Kandidatenland für ein Weiterkommen im Verhandlungsprozess erfüllt werden müssen (vgl. Auswärtiges Amt, 2013).

Nachdem die Beitrittsverhandlungen eröffnet wurden, konnte zugleich mit der ersten Phase, dem sogenannten Screening¹² begonnen werden, welches nach 12 Monaten beendet wurde.

Die eigentlichen Verhandlungen begannen am 12. Juni 2006, jedoch kam es auch hierbei in den nachfolgenden Jahren zu weiteren Verzögerungen, die sich durch den Konflikt mit Slowenien ergaben. Konkret ging es hierbei um die rechtlich ungeklärte Grenzfrage zwischen Kroatien und Slowenien, insbesondere hinsichtlich der Hoheitsgewässer in der Adria. Die Seegrenze wurde seit dem Zerfall Jugoslawiens 1991 zwischen beiden Ländern nie festgelegt. Dieser Konflikt führte dazu, dass die slowenische Regierung 2008 ein Veto gegen die Fortsetzung der EU-Verhandlungen einlegte, wodurch Brüssel den für 2011 geplanten Beitritt auf unbestimmte Zeit verschob (vgl. Calic, 2013). Durch die Vermittlung der Union unterzeichneten beide Länder im November 2009 ein Abkommen, wodurch nach 10 Monaten die Verhandlungsblockade wieder aufgehoben wurde (vgl. Calic, 2013).

Am 30. Juni 2011 wurden die Beitrittsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen. Das Europäische Parlament stimmte mit großer Mehrheit der Aufnahme Kroatiens zu, sodass am 9. Dezember 2011 der Beitrittsvertrag in Brüssel unterzeichnet wurde (vgl. Auswärtiges Amt, 2013).

Darauf folgte ein EU-Referendum, bei dem die kroatische Bevölkerung zum geplanten EU-Beitritt abstimmen konnte. Am 22. Januar 2012 stimmten 66 Prozent der Bevölkerung für eine EU-Mitgliedschaft, jedoch nahmen nur 43 Prozent der Stimmberechtigten an der Abstimmung teil (vgl. Spiegel.de, 22.01.2012).

Kurz vor dem Ziel setzte Slowenien erneut seine Veto-Macht ein, indem ein aus jugoslawischer Zeit stammender Konflikt zum Anlass genommen wurde, um die notwendige Ratifizierung des EU-Beitrittsvertrags hinauszuzögern. Bei diesem Konflikt

¹² Beim Screening wird für jedes Verhandlungskapitel die Vereinbarkeit mit dem gemeinschaftlichen Besitzstand überprüft. Dieser Prozess ist von großer Bedeutung, da dieser als Grundlage für die weiteren bilateralen Verhandlungen der Europäischen Union mit dem beitrtrittswilligen Staat dient (vgl. Europäische Union, 2013).

ging es um die bankrottgegangene Ljubljanska Banka und den nicht zurückgezahlten Deviseneinlagen von etwa 132.000 kroatischen Bürgern bei der Zagreber Filiale der Ljubljanska Banka (vgl. Kušić, 2013). Slowenien und Kroatien waren sich diesbezüglich nun uneinig, wer für den Verlust aufkommen sollte. Im März 2013 konnten sich beide Länder auf einen Kompromiss einigen, wobei sich die kroatische Regierung verpflichtet hat die Vollmacht für die Klage der kroatischen Banken gegenüber Slowenien vorerst einzufrieren. Damit wurde der Weg frei gemacht für die Ratifizierung des EU-Beitritts (vgl. Kušić, 2013).

Nach Abschluss der Ratifizierung durch Kroatien und der 27 EU-Mitgliedsstaaten, ist Kroatien am 1. Juli 2013 der EU beigetreten. Insgesamt zehn Jahre haben die Verhandlungen gedauert bis Kroatien das 28. Mitgliedsland der EU wurde. Gleichzeitig ist Kroatisch seit dem Beitritt nun die 24. Amtssprache der Europäischen Union.

Am Vorabend des Beitritts Kroatiens erklärte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso:

„Der Beitritt Kroatiens zur Europäischen Union ist ein historisches Ereignis, das Land kehrt auf seinen rechtmäßigen Platz im Herzen Europas zurück. Ich freue mich auf den Beitrag Kroatiens zur EU — er wird eine Erfolgsgeschichte zum Nutzen der Union, des kroatischen Volkes und ganz Südosteuropas sein.“ (Europäische Union, 2013)

Die beschriebenen Meilensteine auf dem Weg in die EU zeigen, dass es ein steiniger und langwieriger Prozess war. Der Beitritt Kroatiens hat eine deutliche Signalwirkung für die anderen Länder dieser Region: Bei einem entsprechenden Reformwillen und einer Annäherung an europäische Grundwerte, ist eine europäische Perspektive und somit ein EU-Beitritt möglich.

4.3 Die Medienlandschaft in Kroatien

In diesem Abschnitt wird die kroatische Medienlandschaft beschrieben. Der historische Abriss soll veranschaulichen wie sich diese seit der Unabhängigkeit des Landes entwickelt haben.

4.3.1 Historischer Abriss von 1991 bis heute

Kroatien durchlief seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1991 nicht nur einen politischen sondern auch einen wirtschaftlichen Transformationsprozess. In den vergangenen zwei Jahrzehnten seit der erlangten Unabhängigkeit entwickelte sich das Land von einem Einparteiensystem und einer sozialistischen Wirtschaft zu einer Marktwirtschaft mit einem Mehrparteiensystem. Das kroatische Mediensystem befand sich ebenso im Übergang und wurde dabei unterstützt von sowohl internationalen als auch nationalen Akteuren (vgl. Peruško, 2013: S. 709). Die journalistische Entwicklung folgte dabei im Großen und Ganzen dem politischen Weg.

In Zeiten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien waren die Medien noch staatlich kontrolliert. Dennoch machte sich ein Streben nach Unabhängigkeit im Medienbereich bereits 1984 bemerkbar: In diesem Jahr wurde der Radiosender *Radio 101* gegründet. Dieser Radiosender gehörte zu den Vorreitern freier Medien im sozialistischen Jugoslawien. Doch diese Entwicklung ging zur damaligen Zeit nicht über bescheidene Ansätze hinaus (vgl. Christova/Förger, 2009: S. 22).

Mit der Unabhängigkeit Kroatiens wurde zwar das Staatsmonopol abgeschafft, dennoch behielt der Staat die Kontrolle über die Medien. Demnach hatte die Unabhängigkeit des Landes, nicht zugleich die Unabhängigkeit der Medien zur Folge (vgl. Christova/Förger, 2009: S. 22). Die kroatischen Medien wurden während der Amtszeit von Franjo Tuđman (dem ersten demokratisch gewählten Staatspräsidenten Kroatiens) in den 1990er Jahren autoritär geführt und gerieten gleichzeitig in die Mühlen des Nationalismus. Demnach galt nur jene Darstellung als objektiv, die die Meinung der politischen Mehrheit

widerspiegelte (vgl. Stegherr/Liesem, 2010: S. 79). Die Folgen dieser Haltung wirken bis in die Gegenwart nach.

Besonders dem Fernsehen und dem Hörfunk, ist es nicht gelungen sich davon vollkommen loszulösen, da deren Frequenzvergabe der staatlichen Kontrolle unterliegt. Im Bereich der Printmedien ist es einigen Printerzeugnissen gelungen ihre Unabhängigkeit zu bewahren. Andere wiederum, besonders ehemals angesehene Tageszeitungen, wurden „unter der Hand zu Organen der neuen politischen Ordnung, die *Tudjman* durchgesetzt hatte“ (Stegherr/Liesem, 2010: S. 79). Die sogenannten klassischen kroatischen Tageszeitungen *Vjesnik* und *Večernji List*, die ehemals zum alten Staatsmonopol des *Savez Komunista* (Bund der Kommunisten) zählten, schlüpften nach der Unabhängigkeit unter den Schutzmantel der neuen politischen Führung des Landes, der HDZ-Regierung. Die Kritik des Westens bezüglich der eingeschränkten Pressefreiheit Kroatiens sowie der Dominanz der regierenden Partei Tudmans, wurde in den Jahren während des Bürgerkriegs mit der Erklärung gerechtfertigt, dass zuerst der Unabhängigkeitskrieg beendet werden müsse, und man sich dann erst dem Aufbau von demokratischen Institutionen widmen könnte (vgl. Stegherr/Liesem, 2010: S. 79).

Im Jahr 1996 kam es jedoch zu einem Wendepunkt, da sich der Druck der Öffentlichkeit in Bezug auf die uneingeschränkte Meinungsfreiheit sichtlich verstärkte. In dem Jahr beschloss das Tudman-Regime, dem bereits erwähnten Radiosender *Radio 101*, aufgrund seiner regierungskritischen Position die Lizenz zu entziehen. Dadurch kam es im Zeichen für die Meinungs- und Pressefreiheit zu großen Protesten und Demonstrationen in der kroatischen Hauptstadt Zagreb. Dieser Vorfall kann als demokratischer Wendepunkt bezeichnet werden, da durch diese öffentlichen Proteste, eine Wiedenzulassung des Senders erreicht wurde (vgl. Christova/Förger, 2009: S. 23).

Erst nach dem Tod Tudmans im Jahr 1999 änderte sich sowohl das Verhältnis zur EU als auch die Medienpolitik. Nach einer zehn Jahre andauernden nationalistischen Herrschaft der Präsidentenpartei HDZ, gewann bei den Parlamentswahlen vom 3. Januar 2000 die sozialdemokroatische Partei SDP (vgl. Stegherr/Liesem, 2010: S. 83). Seit dem Sieg der Opposition, verfolgte Kroatien nun einen pro-europäischen Kurs.

Aber auch für die Medienpolitik war der Regierungswechsel ein Meilenstein für die Entwicklung. Mit dem Amtsantritt der Regierung unter Ivica Račan wurde der Stellenwert der Medien erstmals im zivilgesellschaftlichen Aufbau offiziell bestätigt und

die Medienfreiheit wurde in einem politischen Dokument anerkannt (vgl. Christova/Förger, 2009: S. 23). Seitdem befand sich die Medienwelt in Kroatien im Umbruch. Durch den Regierungswechsel waren nun alle kroatischen Printmedien frei von Tabu-Themen und offen für jede Geschichte und jeden Gesprächspartner (vgl. Stegherr/Liesem, 2010: S. 84). Selbst staatlich kontrollierte Medien begannen, über die wirtschaftlichen Konsequenzen der *„systematischen Zerstörung der Wirtschaft in den letzten zehn Jahren und die kriminellen Privatisierungen durch den Familienclan des Präsidenten zu berichten“* (Stegherr/Liesem, 2010: S. 83).

Darüber hinaus waren kroatische Journalisten während der Regierungszeit der HDZ, zahlreichen Repressionen ausgesetzt. In dieser Zeit wurden mehr als eintausend Gerichtsfälle gegen Journalisten und Medien eröffnet, darunter mehr als dreihundert nur wegen Beleidigung und Verleumdung von Regierungsmitgliedern und über sechshundert Klagen auf Schadenersatz richteten sich gegen Verleger und Herausgeber. Mit der neuen Regierung wurde dem jedoch ein Ende gesetzt (vgl. Stegherr/Liesem, 2010: S. 84f).

Diese positive Entwicklung der Medienlandschaft durch die Unterstützung der kroatischen Regierung, setzte sich ebenso unter den nachfolgenden Regierungen Sanader und Kosor fort, sodass es den kroatischen Medien möglich war, sich zu der heutigen demokratisch-pluralistischen Medienlandschaft zu entwickeln (vgl. Christova/Förger, 2009: S. 21).

Mittlerweile gilt Kroatien als Vorbild in Südosteuropa für die Entwicklung einer Medienlandschaft nach westeuropäischen Standards. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk *Hrvatska Radiotelevizija* (HRT) zählt mittlerweile zu den unabhängigsten in ganz Osteuropa und ist auch wirtschaftlich betrachtet gänzlich vom Staat losgelöst. Dennoch gibt es in Kroatien keine Qualitätspresse. Die ehemals staatliche Tageszeitung *Vjesnik* galt lange als einzige wahre Qualitätszeitung in Kroatien, wurde jedoch aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt. Im Gegensatz dazu steht das Beispiel *24sata*. Diese Boulevard-Tageszeitung des österreichischen Verlags Styria, erreichte bereits zwei Jahre nach der Gründung eine Million Leser. Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass der finanzielle Erfolg zum vorrangigen Kriterium wurde und der Drang nach Boulevard sich gleichzeitig verstärkte (vgl. Stegherr/Liesem, 2010: S. 78).

Nichtsdestotrotz bewerten Stegherr und Liesem (2010) im Vergleich zu beispielsweise Deutschland und Österreich, die journalistischen Unruhen in Kroatien als positiv. Demnach haben die Medien in Kroatien eine deutlich stärkere Kontrollfunktion als im Westen. Außerdem hat sich das journalistische Selbstverständnis in den vergangenen Jahren sehr geändert. Während der Regierungszeit unter Tuđman waren ein Großteil der Journalisten bereit, sich dem Regime anzudienen, um überleben zu können, so geben sie sich heute mehrheitlich linksliberal.

Dies hat nun veranschaulicht wie sich das kroatische Mediensystem seit der Unabhängigkeit entwickelt hat. Wie bereits erwähnt, vollzogen sich die größten Veränderungen nach der Tuđman-Ära. Dazu zählt unter anderem die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für den Mediensektor, die nachfolgend erläutert werden soll.

4.3.2 Gesetzliche Grundlagen

Im Zuge des Beitrittsprozesses zur Europäischen Union, hat Kroatien seine Gesetze den europäischen Vorgaben angepasst. Demzufolge wurden auch die kroatischen Mediengesetze mit den europäischen Standards harmonisiert.

Nachfolgend sollen die bedeutendsten Gesetzte, in Bezug auf die Medien, beschrieben werden.

Zuallererst soll Artikel 38 der kroatischen Verfassung (*Ustav Republike Hrvatske*) angeführt werden. Dieser garantiert das Recht auf Meinungsfreiheit sowie Pressefreiheit. Des Weiteren ist die Zensur gesetzlich untersagt. Journalisten haben das Recht auf freie Berichterstattung und dürfen frei auf Informationen zugreifen (vgl. Hrvatski Sabor, 22.12.1990).

Die kroatischen Medien werden reguliert durch das Gesetz über die Medien (*Zakon o medijima*), das Gesetz über den freien Zugang zu Informationen (*Zakon o pravu na pristup informacijama*), das Gesetz über die elektronischen Medien (*Zakon o elektroničkim medijima*) sowie das Gesetz über HRT (*Zakon o HRT-u*). Des Weiteren hat auch das Strafgesetz (*Kazneni Zakon*) Einfluss auf die Medien (vgl. Buchfelder, 2012: S.15f; Wichmann, 2007: S.196f.).

Darüber hinaus wurde im Jahr 2003 der Rat für elektronische Medien (*Vijeće za elektroničke medije*) gegründet, der für die Regulierung und Lizenzvergabe, sowie für die Überwachung der Marktteilnehmer zuständig ist. Außerdem ist er ermächtigt, bei Nichterfüllen von rechtlichen Pflichten, dem Radio- oder Fernsehsender die Lizenz zu entziehen (vgl. Buchfelder, 2012: S.16). Die kroatische Agentur für Post und elektronische Kommunikation, kurz HAKOM bezeichnet, (*Hrvatska agencija za poštu i elektroničke komunikacije*) ist seit dem Jahr 2008 der Nachfolger der kroatischen Telekommunikationsagentur (*Hrvatska agencija za telekomunikacije*). Die Agentur leitet und überwacht das Frequenzspektrum und die gesamte zugehörige Übertragungstechnik (HAKOM, 2013). Die Agentur wurde von der Republik Kroatien gegründet und ihre Gründung wurde im Telekommunikationsgesetz (*Zakon o telekomunikacijama*) festgelegt (vgl. Buchfelder, 2012: S. 16).

Gesetz über die Medien

Das Gesetz über die Medien (*Zakon o medijima*) ist mit seiner Veröffentlichung in *Narodne Novine*, der Amtszeitung des kroatischen Staates, am 5. Mai 2004 in Kraft getreten (vgl. Hrvatski Sabor, 05.05.2004). Darin wird eine stärkere Regulierung der kroatischen Printmedien vorgesehen, um den Pluralismus und die Vielfalt der Printmedien zu gewährleisten (vgl. Peruško, 2011: S. 9). Außerdem garantiert das Gesetz die Meinungs- und Pressefreiheit sowie die Unabhängigkeit der Medien.

Das Gesetz über die Medien regelt die Rechte und Pflichten von Journalisten und definiert die zivilgesellschaftliche Verantwortung der Herausgeber (vgl. Christova/Förger, 2009: S. 24). Es verpflichtet den Herausgeber dazu, spätestens 6 Monate nach der Gründung des Mediums, Redaktionsstatuten zu erlassen, worin die Beziehungen zwischen Herausgeber, Chefredakteur und Journalisten geregelt sind (vgl. Hrvatski Sabor, 05.05.2004). Journalisten wird garantiert, ihre Meinung frei vertreten zu können. Außerdem wird ihnen das Recht eingeräumt, ein Thema nicht zu bearbeiten bzw. es abzulehnen, wenn dieses ihrem journalistischen Selbstverständnis und dem ethischen und moralischen Kodex widersprechen sollte (vgl. Buchfelder, 2012: S. 17).

Medienunternehmen werden durch das Gesetz zu mehr Transparenz verpflichtet, da sie Daten über Redaktionspolitik, Eigentumsverhältnisse, Geschäftsbilanzen, durchschnittlichen Umsatz und Verkaufszahlen veröffentlichen müssen. Darüber hinaus

limitiert das Gesetz die Medienkonzentration, da Herausgeber eines Printmediums nicht mehr als 40 Prozent des Medienmarktes beherrschen dürfen (vgl. Christova/Förger, 2009: S. 24).

Gesetz über den Zugang zu Informationen

Das Gesetz über den Zugang zu Informationen (*Zakon o pravu na pristup informacijama*) ist am 15. Oktober 2003 in Kraft getreten und sichert die Recherchemöglichkeit von Journalisten hinsichtlich öffentlicher Informationen (vgl. Hrvatski Sabor, 21.10.2003).

Demnach ist jede einheimische oder fremde physische Person berechtigt, Informationen von öffentlichen Einrichtungen oder Behörden zur Einsicht zu erhalten. Des Weiteren hat jeder Berechtigte in gleichem Maße und unter gleichen Bedingungen das Recht auf Informationseinsicht und darf diese Information auch öffentlich bekannt machen. Lediglich Informationen, die als militärisches oder Staatsgeheimnis qualifiziert sind, sind davon ausgeschlossen.

Auf einen mündlichen oder schriftlichen Auftrag ist die betreffende Behörde laut Gesetz dazu verpflichtet, innerhalb von 15 Tagen die gesuchten Informationen bereitzustellen. Diese Frist verlängert sich auf 30 Tage, wenn mehrere Informationen gleichzeitig angefordert werden oder die gesuchten Informationen in einer anderen Behörde oder Einrichtung vorliegen. Im Gesetz ist die Höhe der Geldstrafen festgelegt, wenn eine Behörde oder öffentliche Einrichtung bzw. deren Mitarbeiter das Gesetz missachten, wenn also Informationen gar nicht oder nur ungenügend zur Verfügung gestellt werden (vgl. Hrvatski Sabor, 21.10.2003).

Gesetz über elektronische Medien

Das Telekommunikationsgesetz, das im Jahr 2003 zum Gesetz über elektronische Medien (*Zakon o elektroničkim medijima*) umformuliert wurde, umfasst die inhaltlichen Vorgaben für private und öffentliche Medien. Das aktuell gültige Gesetz trat am 17.12.2009 in Kraft. Das Gesetz sieht die Gründung eines Rates vor, der die Lizenzvergabe an private und kommerzielle Rundfunksender regelt (vgl. Hrvatski Sabor, 17.12.2009). Der Rat für elektronische Medien (CEM) setzt sich aus sieben Mitgliedern

zusammen, die vom kroatischen Parlament für eine Amtszeit von fünf Jahren ernannt werden. Die Mitglieder des Rates sind laut Gesetz Vertreter unterschiedlicher Gesellschaftsgruppen, um eine möglichst breite Repräsentanz zu gewährleisten. Der Rat hat die Aufgabe die Pluralisierung des Medienmarktes zu schützen, um dadurch die Bildung von Monopolen zu verhindern (vgl. Schlindwein, 2007: S. 60). Dazu wurden bestimmte Auflagen für crossmediales Eigentum festgelegt: Eigentümer von Rundfunksendern ist es nicht gestattet eine nationale Sendelizenz und parallel dazu eine Tageszeitung mit einer Auflage von mehr als 3000 Exemplaren zu besitzen (vgl. Peruško, 2011: S. 9). Des Weiteren ist im Gesetz festgeschrieben, dass politische Parteien nicht befugt sind Lizenzen für Radio- oder Fernsehsender zu beantragen und eine Fusion von Rundfunksendern und Netzbetreibern ist nicht gestattet (vgl. Schlindwein, 2007: S. 60). Dadurch werden Aufgaben, Rechte und Pflichten der Rundfunkveranstalter genau bestimmt.

Gesetz über die kroatische Radio- und Fernsehanstalt

Das Gesetz über die kroatische Radio- und Fernsehanstalt (*Zakon o Hrvatskoj radioteleviziji*) wurde 1998 vom Parlament verabschiedet und ist seitdem mehrfach geändert bzw. ergänzt worden. Das aktuell gültige Gesetz trat am 9. Juli 2012 in Kraft (vgl. Hrvatski Sabor, 09.07.2012). Dadurch wurde der öffentlich-rechtliche Rundfunk *Hrvatska Radiotelevizija* (HRT) nach dem Vorbild der britischen Rundfunkanstalt BBC geschaffen. Das Gesetz regelt nicht nur den rechtlichen Status, die Verwaltungsstrukturen und die Kontrolle, sondern ebenso auch die Aufgaben, Pflichten und den Programmauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (vgl. Christova/Förger, 2009: S. 25).

Der HRT wird als öffentliche Institution definiert, der durch Gebühren finanziert wird, wobei jeder Haushalt in Kroatien monatlich eine feste Gebühr entrichten muss. Die Ausstrahlung von Werbung darf nicht mehr als neun Prozent der Sendezeit betragen (vgl. Schlindwein, 2007: S. 60).

Leitende Organe des HRT sind der Programmrat (*Programsko Vijeće*), der HRT-Verwaltungsrat (*Ravnateljstvo HRT-a*), der Aufsichtsrat (*Nadzorni odbor*) sowie der Generaldirektor. Der Programmrat nimmt dabei eine zentrale Funktion ein, da er die Interessen der Öffentlichkeit vertritt. Darüber hinaus ist er maßgeblich für die

Programmgestaltung zuständig und ernennt den Generaldirektor (vgl. Christova/Förger, 2009: S. 25). Demnach erfüllt dieser die öffentliche Kontrolle des HRT. Er besteht aus elf Mitgliedern, die vom Parlament auf der Grundlage einer Bewerberliste ernannt werden, die sich aus unterschiedlichen Mitgliedern der Gesellschaft zusammensetzt (vgl. Christova/Förger, 2009: S. 25).

Durch dieses Gesetz soll die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Kroatien gewährleistet werden.

4.3.3 Printmedien

In Kroatien erscheinen gegenwärtig insgesamt 14 Tageszeitungen, davon erscheinen derzeit 7 überregional. Die wichtigsten überregional erscheinenden Tageszeitungen sind *Večernji List*, *Jutarnji List*, *Slobodna Dalmacija*, sowie *24sata*.

Eine genauere Betrachtung der Printmedienlandschaft in Kroatien zeigt, dass diese von einem Duopol bestimmt wird. Die zwei großen Medienkonzerne EPH (Europapress Holding) und Styria Media Group AG beherrschen zusammen ca. 90% des kroatischen Zeitungsmarktes (vgl. Peruško, 2011: S. 12).

EPH ist der größte Herausgeber des Landes und hat sich zu einem der größten Zeitschriften- und Zeitungsverlag in Südosteuropa entwickelt. Der Konzern ist 1993 aus den Journalisten des politischen Magazins *Globus* entstanden. Seit 1998 beteiligt sich die deutsche WAZ Mediengruppe, welche sich im Jahr 2013 zur Funke Mediengruppe umbenannte, zu 50% an der Europapress Holding (vgl. Flottau, 2002; vgl. Rossmann, 2013). Der Medienkonzern verlegt auf überregionaler Ebene die Tageszeitungen *Slobodna Dalmacija* (Freies Dalmatien), *Jutarnji List* (Morgenblatt), *Sportske Novosti* (Sport Neuigkeiten), sowie das politische Wochenmagazin *Globus*. Des Weiteren besitzt die EPH Anteile an Tisak, dem führenden Unternehmen für Pressevertrieb in Kroatien (vgl. Peruško, 2011: S. 12; vgl. Tisak, 2013).

Neben EPH ist das österreichische Medienhaus Styria Media Group AG ein wichtiger Akteur in der kroatischen Printmedienlandschaft. Die Styria wurde im Jahr 1869 gegründet und hat sich zu einer der führenden Medienkonzerne in Österreich, Kroatien

und Slowenien entwickelt (vgl. Styria Multi Media, 2013). Im Jahr 2001 weitete der Konzern seine Tätigkeit auch auf Kroatien aus. Zunächst wurde die Tageszeitung *Večernji List* (Abendblatt) erworben, wovon die Styria seit 2005 Alleinaktionär ist. Daraufhin kam im März 2005 die Tageszeitung *24sata* (24 Stunden) auf den Markt, welche sich innerhalb von drei Jahren zur Nummer 1 am kroatischen Zeitungsmarkt entwickelt hat (vgl. Styria Media Group AG, 2013).

Zum kroatischen Portfolio des Medienkonzerns zählen unter anderem ebenso die erste Wirtschafts-Tageszeitung *Poslovni Dnevnik* (Wirtschaftszeitung), sämtliche Internetportale der erscheinenden Printmedien sowie das marktführende digitale Kleinanzeigenportal *njuskalo.hr* (vgl. Styria Media Group AG, 2013).

Unabhängig von Styria und der EPH wird in Rijeka noch eine weitere bedeutende, überregionale Tageszeitung herausgegeben. *Novi List* (Neues Blatt) war zunächst eine regionale Tageszeitung, das die gebildete Leserschaft anvisierte. Mittlerweile hat sie sich zu einer überregionalen Zeitung entwickelt, wobei die Zielgruppe nun das breite Publikum ist (vgl. Buchfelder, 2012: S. 27). Im Vergleich zu *Večernji List* und *Jutarnji List*, ist die Auflage von *Novi List* deutlich geringer und trotz eines Außenbüros in Zagreb ist diese Zeitung nur eher für das Gebiet Istrien interessant. In den 90er Jahren war *Novi List* noch im Besitz der Journalisten und Redakteure und galt somit als eines der wenigen unabhängigen Medien (vgl. Buchfelder, 2012: S. 27). Inzwischen hat jedoch ein kroatischer Unternehmer die Mehrheitsanteile an der Zeitung (vgl. Klarić, 2011).

Darüber hinaus gibt es ebenso eine Reihe kroatischer Printerzeugnisse in Minderheitensprachen. In tschechischer Sprache erscheinen *Jednota*, *Detsky koutek*, *Cesky lidovy kalendar* und *Prehled*, auf Italienisch werden *La voce del popolo*, *Panorama*, *La barana* und *Arcobaleno* herausgegeben. Außerdem erscheinen noch Printerzeugnisse auf Serbisch (*Novosti*, *Identitet*), Ungarisch (*Uj Magyar Kepes Ujsag*), Ukrainisch (*Nova Dumka*), Deutsch (*Deutsches Wort*) sowie Hebräisch (*Ha-kol*) (vgl. Christova/Förger, 2009: S. 29).

Buchfelder (2012) stellte bei ihrer Analyse der kroatischen Tageszeitungen fest, dass sich alle 14 Tageszeitungen inhaltlich sehr gleichen. Zwar sind die meisten bemüht, ernsthafte Themen aus dem Bereich Politik und Wirtschaft in ihrer Berichterstattung zu behandeln,

jedoch ist in den vergangenen Jahren eine starke Boulevardisierung der Tageszeitungen feststellbar. Als bestes Beispiel wird hierfür die Zeitung *24sata* genannt. Lange Zeit galt die Zeitung *Vjesnik* (dt. *Kurier*) als einzig gute Qualitätszeitung in Kroatien, mit einer hohen Auflage und Auslandsbüros in allen wichtigen Städten. Vor allem der Kulturteil und die Berichterstattung über Außenpolitik waren etwas Besonderes in der gesamten Region (vgl. Buchfelder, 2012: S.27). Durch jahrelange politische Zensur, Misswirtschaft und Umgestaltungen hat sie allerdings stark an Qualität eingebüßt. Steigende Verluste, sowie eine ausbleibende Finanzierung durch die Regierung führten dazu, dass der Druck der Zeitung im April 2012 nach 72 Jahren eingestellt wurde (vgl. der Standard, 2012).

Wichmann (2007) hat neben der zunehmenden Boulevardisierung ebenso eine Tabloidisierung der Printmedien festgestellt. Darüber hinaus werden laut Wichmann, die kroatischen Printmedien nicht nur von wirtschaftlichen Interessen, sondern auch von politischen und religiösen Interessen beeinflusst.

4.3.4 Fernsehen und Hörfunk

Das Fernsehen ist mit Abstand das beliebteste Medium in Kroatien. 90 Prozent der Bevölkerung zwischen 10 und 74 Jahren schauen täglich Fernsehen (vgl. Peruško, 2011: S. 10). Im Jahr 2012 gab es insgesamt 25 Fernsehstationen, von denen 5 landesweit senden (vgl. Croatian Bureau of Statistics, 2013). Dabei bildet das öffentlich-rechtliche Fernsehen für die Mehrheit der kroatischen Bürger die Hauptinformationsquelle. Die öffentlich-rechtliche Rundfunkgesellschaft *Hrvatska Radiotelevizija* (HRT) finanziert sich aus Rundfunkgebühren sowie Werbe- und Dienstleistungseinnahmen. Demnach ist die HRT wirtschaftlich fast gänzlich vom Staat losgelöst und zählt mittlerweile zu den unabhängigsten in Südost-, Mittelost- und Osteuropa (vgl. Schlindwein, 2007: S. 60; vgl. Stegherr/Liesem, 2010: S. 78). Die rechtliche Grundlage bildet das Gesetz über die kroatische Radio- und Fernsehanstalt. Der HRT-Programmrat ist hierbei für die Kontrolle zuständig. Die Mitglieder des elfköpfigen Gremiums werden vom kroatischen Parlament gewählt, welche wiederum den Generaldirektor wählen (vgl. Stegherr/Liesem, 2010: S. 90).

In den 1990er Jahren wurde in Kroatien ein duales Rundfunksystem eingeführt, somit gibt es neben den vier Kanälen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens noch zwei private Anbieter mit einer landesweiten Lizenz: *Nova TV* und *RTL* (vgl. Christova/Förger, 2009: S. 29).

Bis zum Jahr 2010 war der öffentlich-rechtliche Sender *HTV 1*, durchgängig Marktführer. In den letzten Jahren befanden sich die Sender des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in einem Abwärtstrend, sodass 2011 *Nova TV* den Platz des Marktführers übernommen hat (vgl. Peruško, 2013: S. 714f.).

Nova TV erhielt 1999 als erster Privatsender eine landesweite Sendelizenz und ist mittlerweile der größte private Fernsehsender auf nationaler Ebene (vgl. Peruško, 2011: S. 11). In den vergangenen Jahren hat sich *Nova TV* zum größten Konkurrenten der öffentlich-rechtlichen Programme entwickelt, da dieser von allen Privatsendern in Kroatien den größten Anteil an politischen Sendungen bietet (vgl. Schlindwein, 2007: S. 60). Neben *Nova TV* ist *RTL Televizija* der zweite nationale kommerzielle Anbieter in Kroatien. Der Fernsehsender ging 2004 auf Sendung und orientiert sich inhaltlich stark am Mutterfernsehen *RTL*. Darüber hinaus werden auch viele Eigenproduktionen eingesetzt (vgl. Christova/Förger, 2009: S. 30).

Daneben gibt es noch in den verschiedenen Regionen Kroatiens eine Anzahl von lokalen Privatsendern. Jedoch gibt es, aufgrund der Größe von Kroatien, keine bemerkenswerten Unterschiede zwischen den landesweiten und den regionalen Sendern. Die privaten Sender sind beauftragt im Dienst der Öffentlichkeit zu stehen und dementsprechend dazu verpflichtet ein Mindestmaß an Meinungsvielfalt zu gewährleisten. Aus diesem Grund gehören zum Pflichtteil des Programms der kommerziellen Sender ebenso Angebote für ethnische Minderheiten sowie Produktionen mit einem Fokus auf den Rechtsstaat und den Menschenrechten (vgl. Christova/Förger, 2009: S. 30):

In Kroatien gibt es 146 Radiosender, wovon vier über eine landesweite Lizenz verfügen (Stand 2012). Die übrigen Radiosender besitzen entweder regionale oder lokale Lizenzen (vgl. Croatian Bureau of Statistics, 2013).

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat drei Programme (*HR1*, *HR2*, *HR3*) und regionale Zentren in diversen kroatischen Städten. Darüber hinaus gibt es einige Sender, die teils kommerziell und teils im Besitz nichtkommerzieller Organisationen oder Institutionen,

zum Beispiel von der katholischen Kirche oder Universitäten, sind (vgl. Christova/Förger, 2009: S. 31).

4.3.5 Nachrichtenagenturen

Die größte und bedeutendste Nachrichtenagentur in Kroatien ist die im Jahre 1990 gegründete HINA (*Hrvatska izvještajna novinska agencija*). Im Jahr 2001 verabschiedete das Parlament ein Gesetz, wodurch diese von einer staatlichen in eine öffentliche Einrichtung umgewandelt wurde (vgl. HINA, 2013). Dadurch sollte ihre organisatorische, redaktionelle und wirtschaftliche Unabhängigkeit gewährleistet werden (vgl. Christova/Förger, 2009: S. 31).

HINA veröffentlicht täglich um die 400 Meldungen in kroatischer und englischer Sprache. Seit 1993 ist sie ein Mitglied der Vereinigung Europäischer Nachrichtenagenturen (EANA) (vgl. HINA, 2013).

Neben der HINA ist die katholische Nachrichtenagentur IKA (*Informativna katolička agencija*) von Bedeutung. Diese wurde 1993 gegründet und ist im Besitz der Kroatischen Bischofskonferenz. Dadurch werden vor allem religiöse Themen behandelt (vgl. IKA, 2013; vgl. Christova/Förger, 2009: S. 31).

4.3.6 Das Journalistische Selbstverständnis

Die Anzahl der Journalisten in Kroatien mit einem Studienabschluss in Journalismus steigt stetig an. Dieser Studiengang wird jedoch nur von der Fakultät für Politische Wissenschaften an der Universität Zagreb angeboten. Die Einbettung des Journalismus in eine akademische Ausbildung geschah dort erst sehr spät, und zwar erst in den 1980er Jahren (vgl. Peruško, 2013: S. 717).

Mit der jüngeren und professionalisierten Generation von Journalisten hat sich zugleich auch das Selbstverständnis von Medienberufen verändert. Die Journalisten sehen sich immer mehr *„als im Dienst der Bürgerechte stehende Akteure, die relevante Informationen zusammentragen, damit auf dieser Grundlage Entscheidungen getroffen*

werden können.“ (Schlindwein, 2007: S. 62) Das Selbstverständnis der Journalisten formuliert sich durch den kroatischen Journalisten-Kodex, dem sogenannten *Kodeks časti hrvatski novinara*. Dieser wurde im Jahr 1990 veröffentlicht und seitdem mehrmals aktualisiert. Darin verpflichtet sich der Journalist bei seiner Arbeit, die Würde des Menschen zu wahren, sowie die Rechte und die Freiheit des Menschen zu verteidigen. Darüber hinaus soll der Pluralismus der Ideen und Ansichten geachtet werden und es soll sich gegen jegliche Zensur gewehrt werden (vgl. HND, 2013). Der Journalismus übernimmt eine wichtige Rolle in der Öffentlichkeit einer demokratischen Gesellschaft. Aus diesem Grund soll der Journalist zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit beitragen und eine Kontrollfunktion im politischen Alltag einnehmen (vgl. HND, 2013).

Dieser Ehrenkodex wurde vom *Hrvatsko novinarkso društvo* verfasst, dem Kroatischen Journalistenverband. Diese unabhängige Interessensvertretung wurde bereits im Jahre 1910 gegründet und dient zur Selbstregulierung des Berufsstandes. Sie ist finanziell selbstständig und zählt mittlerweile über 3.000 Mitglieder, dies macht 90 Prozent aller Journalisten in Kroatien aus (vgl. HND, 2013). In 1990er Jahren übernahm sie eine zentrale Funktion bei der Förderung der Rede- und Meinungsfreiheit. Darüber hinaus beteiligte sie sich aktiv an der Vorbereitung und Ausarbeitung der kroatischen Mediengesetze und arbeitet mit der journalistischen Gewerkschaft SNH zusammen (vgl. Christova/Förger, 2009: S. 32). Seit 1992 ist der HND Mitglied der Internationalen Journalisten-Föderation (IJF), dem größten internationalen Dachverband für Journalistenverbände.

Der Kroatische Journalistenverband verfolgt vier Hauptziele zur Selbstregulierung und zum Schutz der Interessen des Berufsstandes:

- die Wahrung von beruflichen Interessen, Ethik und der freien Meinungsäußerung;
- die Förderung des, durch die Verfassung gesicherten, freien Zugang zu Informationen zu allen Entwicklungen in der Gesellschaft sowie das Recht einer jeden Person auf eine Meinung und den Zugang zu Medien;
- Schutz der Journalisten vor einer Willkür der Herausgeber und eine Verhinderung der Monopolbildung;
- materieller und sozialer Schutz der Journalisten (vgl. Peruško, 2011: S.19).

Eine Mitgliedschaft dieses Verbands kann jeder beantragen, der den Ehrenkodex des HND anerkennt und eine hauptberufliche journalistische Tätigkeit nachweisen kann. Des Weiteren ist ein Nachweis von Publikationen und regelmäßigen Einkünften durch eine journalistische Tätigkeit erforderlich (vgl. HND, 2013).

Neben der Kroatischen Journalistenvereinigung HND gibt es noch weitere Interessensvertretungen im Bereich der journalistischen Selbstvertretung. *Hrvatska udruuga radija i novina* (HURIN) ist die Kroatische Vereinigung für Radio und Zeitungen. Diese wurde im Jahr 1962 gegründet und vereinigt insgesamt 163 Rundfunkmedien und Zeitungen (vgl. HURIN, 2013). Außerdem gibt es die Vereinigung der Zeitungsherausgeber (ANP), diese agiert als Teil der kroatischen Arbeitgebervereinigung sowie *Društvo slobodnih novinara* (DSN), eine Vereinigung freiberuflicher Journalisten. Letztere wurde 2006 zur besseren Regelung des rechtlichen Status von Freelancer in Zagreb gegründet (vgl. Christova/Förger, 2013: S. 32).

Da bisher noch kein Presserat oder Ombudsmann für den Ethikschutz in Kroatien existiert, wird diese Funktion vom Ehrenrat innerhalb des Kroatischen Journalistenverbandes HND wahrgenommen. Kommt es zu einem Verstoß eines Journalisten bzw. eines Presseunternehmens gegen einen oder mehrere der publizistischen Grundsätze des Ehrenkodex, spricht der HND bei geringen Verstößen eine Mahnung und bei schweren Verstößen eine Rüge aus (vgl. HND, 2013).

5. Medienlandschaft in Österreich

Nachdem im vorigen Kapitel bereits die kroatische Medienlandschaft beschrieben wurde, soll in weiterer Folge nun nach dem gleichen Aufbau ebenso die österreichische Medienlandschaft erläutert werden.

Die österreichische Medienlandschaft ist im europäischen Vergleich ein Spezialfall, da sie viele besondere Charakteristika aufweist, die in diesem Ausmaß bei den meisten europäischen Staaten nicht existent sind. Harald Fidler hat diese wie folgt beschrieben:

„Dieses kleine Land der Riesen, überschattet von einer überdimensionierten Fernseh- und Radioanstalt, überschattet von einer Großfamilie, die Zeitungs- wie Zeitschriftenszene beherrscht. Daran ist nichts normal: Österreichs Medien sind so hoch konzentriert wie kaum welche in Europa, wie wenige in der Welt.“ (Fidler, 2004: S. 9)

Mitverantwortlich für diese spezifische Ausgestaltung des Medienmarktes in Österreich ist die im internationalen Bereich erst sehr späte Einführung des dualen Rundfunksystems. Aus dieser späten Liberalisierung resultieren eine sowohl im Fernseh- als auch im Hörfunkbereich nach wie vor bestehende dominante Stellung des öffentlich-rechtlichen Österreichischen Rundfunks (ORF) (vgl. Stark/Magin, 2009: S. 7).

Ein weiteres Charakteristikum der österreichischen Medienlandschaft ist das Vorhandensein des größeren gleichsprachigen Nachbarmarktes Deutschland. Der Medienmarkt in Österreich ist sehr kleinräumig und überschaubar. Der vergleichsweise große deutsche Medienmarkt versorgt die österreichische Bevölkerung unter anderem mit Fernsehkanälen, Nachrichtenmagazinen sowie Qualitätszeitungen. Dies wirkte sich vor allem auf den ORF aus, da dieser bereits lange vor der Marktöffnung der deutschen Konkurrenz ausgesetzt war und zwar aufgrund des Empfangs deutscher Fernsehsender via Kabel- und Satellitenprogramme. Dabei kam es zu Auswirkungen bei der Ausrichtung der Programme und führte zu einer Selbstkommerzialisierung in bestimmten Programmsparten (vgl. Steinmaurer, 2012: S. 10f.).

Darüber hinaus ist der österreichische Pressemarkt gekennzeichnet durch eine europaweit einzigartige hohe Pressekonzentration. Massive Konzentrationsprozesse hatten zur Folge, dass der Printsektor von wenigen Verlagsgruppen kontrolliert wird (vgl. Stark/Magin,

2009: S. 7). Darüber hinaus wird der Zeitungsmarkt von ausländischen Einfluss, insbesondere von deutschen Eigentümern beherrscht (vgl. AWS, 2013: S. 4).

Wie bereits am Anfang erwähnt wurde ist der österreichische Medienmarkt durch eine hohe Konzentration sowie Marktdominanzen von nur wenigen Unternehmen gekennzeichnet. Im Wesentlichen teilen sich die drei Medienhäuser ORF, Mediaprint und die Styria Media Group den gesamten Medienmarkt (vgl. Der Standard Online, 31.05.2013). Der ORF dominiert sehr stark den Rundfunksektor und erzielte 2012 einen Umsatz von 967 Millionen Euro. Darauf folgt der Konzern Mediaprint mit einem Umsatz von 452 Millionen Euro. Zum Konzern gehören unter anderem die erfolgreichste österreichische Tageszeitung die *Kronen Zeitung*, das einzig landesweite Privatradio *Kronehit*, sowie die Tageszeitung *Kurier*. Das Grazer Medienhaus Styria Media Group, dessen Eigentümer der Katholische Medien Verein Privatstiftung ist, hat insgesamt rund 3000 Mitarbeiter. Zum österreichischen Portfolio zählen unter anderem die *Kleine Zeitung* und *Die Presse* (vgl. Der Standard, 31.05.2013).

Während die Entwicklungen im klassischen Medienbereich im internationalen Vergleich nur schleppend erfolgten, verbreiteten sich neue mediale Entwicklungen wie das Internet oder mobiles Fernsehen hingegen sehr schnell. Mit der schnellen Einführung von DVB-H war Österreich führend in Europa. Demnach kann Österreich „*im Bereich der neuen Medien als sehr aufgeschlossener und dynamischer Markt betrachtet werden (...)*.“ (Stark/Magin, 2009: S. 2)

Nachfolgend soll wie schon bei der kroatischen Medienlandschaft ein kurzer Überblick über die österreichischen Printmedien, Fernsehen, Hörfunk sowie Nachrichtenagenturen gegeben werden.

5.1 Printmedien

Der österreichische Pressemarkt zeichnet sich aus durch die höchste Pressekonzentration Europas. Sowohl der Tageszeitungs- als auch der Zeitschriftenmarkt werden aufgrund massiver Konzentrationsprozesse von nur wenigen Verlagshäusern dominiert. Darüber

hinaus ist der österreichische Zeitungsmarkt trotz Marktzutritte neuer Zeitungen in den vergangenen Jahren, noch immer sehr konzentriert und verflochten, da nur wenige Zeitungen den Markt dominieren und zunehmend Tendenzen einer Boulevardisierung festzustellen sind (vgl. Steinmaurer, 2012: S. 10). Hierbei ist vor allem die *Kronen Zeitung* zu nennen, die als überregionales Boulevardmedium eine jahrzehntelange marktbeherrschende Stellung vorweisen kann (vgl. OTS, 2010). Aber auch das Aufkommen der Gratiszeitungen hat die Boulevardisierung der österreichischen Presselandschaft zunehmend gefördert.

In Österreich erschienen im Jahr 2012 15 Tageszeitungen mit 14 Regionalausgaben sowie drei Gratis-Tageszeitungen. Darüber hinaus betrug die Anzahl der Wochenzeitungen 259 Titel, die Illustrierten und Magazine kamen hingegen auf 57 Titel. Der Großteil der Zeitungen wird in der Bundeshauptstadt Wien herausgegeben (vgl. Statistik Austria, 2013).

Mehr als die Hälfte der derzeit erscheinenden Tageszeitungen wurden in der Zweiten Republik gegründet: darunter fünf, teilweise noch unter anderem Titel, unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg oder noch während der Besatzungszeit (*Kurier*, *Neue Kärntner Tageszeitung*, *Oberösterreichische Nachrichten*, *Salzburger Nachrichten*, *Tiroler Tageszeitung*) sowie sechs in den vergangenen fünf Jahrzehnten (*Neue Vorarlberger Tageszeitung*- 1972, *Der Standard*- 1988, *WirtschaftsBlatt*- 1995, und die Gratiszeitungen *Heute*-2004, *Österreich*-2006, *Tiroler Tageszeitung Kompakt*-2008). Mehr als 50 Tageszeitungen, die nach 1945 gegründet wurden, wurden mittlerweile wieder eingestellt (vgl. Seethaler, 2005: S. 2). Folgende sieben derzeitig erscheinende Tageszeitungen können jedoch auf eine Geschichte von mehr als hundert Jahren zurückblicken:

- Kleine Zeitung (1904, Graz)
- Kronen Zeitung (1900, Wien)
- Neues Volksblatt (1869, Linz)
- Die Presse (1848, Wien)
- Salzburger Volkszeitung (1865, Salzburg)
- Vorarlberger Nachrichten (1887, Bregenz)
- Wiener Zeitung (1703, Wien) (vgl. Seethaler, 2005: S. 2)

Im Jahr 2012 betrug die Gesamtreichweite der Tageszeitungen insgesamt 5,2 Millionen Leser, dies entspricht einem Anteil von 72,8 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren. Die Leserzahl bei den jugendlichen Zielgruppen nimmt jedoch kontinuierlich ab (vgl. Statistik Austria, 2013; vgl. Steinmaurer, 2012: S. 9). Die größte Reichweite des Landes erzielte dabei die *Kronen Zeitung* mit 2,6 Millionen Lesern und einem Anteil von 37,4 Prozent. Darauf folgten die Gratis-Tageszeitung *Heute* mit einem Leseranteil von 13,9 Prozent und die *Österreich* mit 9,5 Prozent. Die *Kleine Zeitung* erreicht vor allem in der Steiermark und in Kärnten eine hohe Reichweite. Bei den Qualitätszeitungen erreichte *Der Standard* eine Reichweite von 5 Prozent, *Die Presse* und die *Salzburger Nachrichten* kamen auf jeweils 3,7 Prozent (vgl. Statistik Austria, 2013).

Hierbei wurde deutlich, dass die Boulevardzeitungen den Zeitungsmarkt in Österreich beherrschen, da die Qualitätszeitungen im Vergleich zu den Boulevardzeitungen nur eine sehr geringe Reichweite erreichen.

5.2 Fernsehen und Hörfunk

Im Jahr 2012 lag die Tagesreichweite des Fernsehens bei 4,5 Millionen Sehern, bzw. 64 Prozent der Bevölkerung ab 12 Jahren. Die Kanäle ORF 1 und ORF 2 des Österreichischen Rundfunks (ORF) erreichten 2012 gemeinsam einen Marktanteil von 36 Prozent. Damit liegen sie deutlich vor allen übrigen Sendern und der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat nach wie vor eine dominierende Stellung (vgl. Statistik Austria, 2013).

Der ORF ist das größte Medienunternehmen Österreichs und eine Stiftung des öffentlichen Rechts. Seine Aufgaben werden durch das ORF-Gesetz geregelt (vgl. ORF, 2013).

Der ORF finanziert sich zu mehr als 60 Prozent aus den Rundfunkgebühren, die die österreichischen Haushalte entrichten müssen. Der Rest entfallen auf Werbeeinnahmen oder sonstige Erlöse, wie zum Beispiel Lizenzverkäufe (vgl. Steinmaurer, 2012: S. 10). Sein zentraler Unternehmenszweck besteht in der Erfüllung des Programmauftrags. Durch den gesetzlich festgelegten Bildungs-, Kultur-, und Informationsauftrag ist der ORF dazu verpflichtet, „die Gesellschaft umfassend und objektiv mit einem vielfältigen

und qualitativ hochwertigen Programm zu versorgen, das neben Informations- und Bildungsprogrammen auch Unterhaltung bieten muss“ (Steinmaurer, 2012: S. 10).

Im Jahr 2001 wurde das Privatfernsehgesetz beschlossen, womit der Übergang zum dualen Rundfunksystem geebnet wurde. Durch die Aufhebung des Monopols des ORF, öffnete sich der Markt für private, kommerzielle Sender. Dadurch gibt es in Österreich nicht mehr ausschließlich die Programme des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, sondern auch österreichische Privatsender sowie österreichische Ableger von deutschen Privatsendern. Letztere sind auch gleichzeitig die stärksten Konkurrenten des ORF. Im Jahr 2012 erreichte Sat.1 5,9 Prozent Marktanteil, gefolgt von RTL (5,7%) und PRO7 (5,2%). Die bedeutendsten österreichischen Privatsender waren ATV (3,4%), PULS 4 (3,1%) und Servus TV (1,2%) (vgl. Statistik Austria, 2013; vgl. Medienforschung ORF, 2013).

ATV war der erste bundesweite österreichische Privatsender, der im Jahr 2003 auf Sendung ging. Der Sender ist österreichweit zu empfangen und ist seit Sendebeginn unangefochten der erfolgreichste österreichische Privatsender (vgl. ATV, 2013).

Puls 4 ging 2004 als Wiener Stadtsender Puls TV auf Sendung. Mit der Übernahme der ProSiebenSat.1 Media AG im Jahr 2007, kam es zum Namenswechsel sowie zu einem bundesweiten Empfang des Senders (vgl. Die Presse, 24.08.2007).

Servus TV ist seit 2009 auf Sendung und wird von der Red Bull Media House betrieben. Das Medienunternehmen hatte im Jahr 2007 den Lokalsender Salzburg TV übernommen, aus dem daraufhin Servus TV wurde (vgl. FAZ, 05.08.2010).

Im Vergleich zu Puls 4 und ATV ist der Sender Servus TV kein Vollprogramm, sondern ein Spartenprogramm.

Im Bereich des Hörfunks endete mit dem Beschluss des Regionalradiogesetzes das Hörfunkmonopol vom ORF, so dass 1995 die Öffnung des Marktes für die ersten beiden Radioanbieter erfolgte (vgl. Steinmaurer, 2012: S. 10). Erst 1998 erfolgte infolgedessen die flächendeckende Einführung weiterer privater Radioprogramme in Österreich. Mittlerweile gibt es rund 80 private Radiostationen (vgl. Medienforschung ORF, 2013).

Im Jahr 2012 gab es insgesamt 3,5 Millionen Hörfunkteilnehmer in Österreich. Dies entspricht einer Empfangsdichte von 95,6 Radio-Lizenzen auf 100 Haushalte. Die Tagesreichweite in der Bevölkerung ab 14 Jahren betrug dabei 68,9 Prozent für die ORF-

Sender, private inländische Sender hingegen wurden von 27,6 Prozent gehört und 3,8 Prozent entfielen auf sonstige Sender (vgl. Statistik Austria, 2013).

Der ORF betreibt mit dem Informations- und Kultursender *Ö1* und den Musiksendern *Hitradio Ö3* und *FM4*, drei bundesweite Radioprogramme, wie auch neun regionale Radioprogramme in den Landesstudios. *Ö3* ist mit einem Marktanteil von 31 Prozent Marktführer in Österreich und erreichte mit einer Tagesreichweite von 36,7 Prozent mehr als ein Drittel der österreichischen Bevölkerung ab 10 Jahren (vgl. Medienforschung ORF, 2013).

Trotz der Einführung des dualen Rundfunks konnte der ORF mit seinen Radiosendern noch immer die Position des Marktführers verteidigen. Dennoch ist eine positive Entwicklung des Privatradios in Österreich zu verzeichnen, die seit 10 Jahren kontinuierlich anhält, wodurch es ebenso zu einer spürbaren Marktverschiebung gekommen ist: Private Radiosender gewinnen Marktanteile und Reichweiten in allen Zielgruppen und dies in fast allen Bundesländern, während der Marktführer *Ö3* stetig abbaut (vgl. VÖP, 2013).

5.3 Nachrichtenagenturen Österreich

Die größte und bekannteste österreichische Nachrichtenagentur ist die APA- Austria Presse Agentur, mit Sitz in Wien. Sie ist die nationale Nachrichtenagentur und der führende Informationsdienstleister des Landes (vgl. APA, 2013). Der Publizist Joseph Tuvora gründete bereits am 10. Oktober 1849 die „Österreichische Correspondenz“ in Wien. Seit 1946 agiert die Nachrichtenagentur unter seinem jetzigen Namen *Austria Presse Agentur* (vgl. APA, 2013).

Die APA befindet sich im Besitz von 15 österreichischen Tageszeitungen sowie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ORF. Gemeinsam garantieren diese die Unparteilichkeit und die Unabhängigkeit der APA vom Staat, der Regierung und den politischen Parteien. Dadurch haben ebenso alle Mitgliedsmedien, unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, denselben Zugang zu APA-Informationen. Demnach versorgt sie als integriertes Informationsunternehmen, nicht nur Medien, sondern auch politische Institutionen und Unternehmen mit Nachrichten sowie Informations- und IT-

Dienstleistungen. Durch ihre Eigentümerstruktur ist sie das wesentliche Leitmedium des Landes.

Das genossenschaftlich organisierte Unternehmen ist gewinnorientiert und nach wirtschaftlichen Grundsätzen geführt. Durch die wirtschaftliche Unabhängigkeit, soll ebenso die redaktionelle Unabhängigkeit gewährleistet werden (vgl. APA, 2013).

Neben der APA ist noch die „Kathpress“ von Bedeutung. Die im Jahr 1946 gegründete katholische Presseagentur „Kathpress“ hat einen religiösen Schwerpunkt und behandelt in seinen Nachrichten und Berichten das kirchliche Geschehen in Österreich, die Weltkirche, den Papst und den Vatikan (vgl. kathpress, 2013).

6. Die empirische Untersuchung

Im vorliegenden Kapitel wird die empirische Untersuchung dieser Forschungsarbeit beschrieben. Dazu werden zunächst der Untersuchungsgegenstand, folglich die zu untersuchenden Tageszeitungen sowie die Rahmenbedingungen der Untersuchung näher beschrieben. Im Anschluss folgt eine Erläuterung der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring, da diese Methode zur Auswertung angewandt wurde.

6.1 Untersuchungsgegenstand

In Kapitel 4.3 wurde bereits ein Überblick über die kroatische und österreichische Medienlandschaft gegeben, wobei auch der Printmediensektor dargestellt wurde. In diesem Abschnitt sollen nun, die für diese Forschungsstudie gewählten Zeitungen näher beschrieben werden. Dafür wurden sowohl Qualitäts- als auch Boulevardzeitungen ausgesucht, wodurch die Analyse der Artikel zum EU-Beitritt abgerundet werden soll. Die österreichischen Beiträge zum EU-Beitritt von Kroatien wurden anhand der Boulevardzeitung *Kronen Zeitung* und der Qualitätszeitung *Der Standard* untersucht. Die kroatischen Beiträge wurden aus dem Boulevardmedium *24sata* und dem Qualitätsmedium *Večernji List* erhoben. Vorab sollen jedoch die Termini *Boulevardzeitung* und *Qualitätszeitung* definiert werden.

6.1.1 Boulevardzeitung

Mit dem Begriff „Boulevard“ wird auf die Vertriebsart und die Verkaufsweise dieser Zeitungen hingewiesen. Diese wurden ursprünglich ausschließlich im Straßenverkauf und an Kiosken distribuiert (vgl. Burkhardt, 2005: S. 31). Durch den Verkauf von Zeitungen auf dem Bürgersteig, dem sogenannten Boulevard, war eine reißerische und sensationalistische Aufmachung der ersten Seite erforderlich, um dadurch einen Kaufanreiz für potentielle Leser zu schaffen (vgl. Pürer/Raabe, 1996: S. 173).

Dadurch lassen sich für Boulevardzeitungen zwei Hauptziele definieren: zum einen wollen sie die Aufmerksamkeit und das Interesse der Leserschaft auf sich ziehen und fesseln und zum anderen wollen sie den Leser an sich binden um auf lange Sicht eine „Leser-Blatt-Bindung“ aufzubauen (vgl. Burkhardt, 2005: S. 32).

Bei der Themenwahl orientiert man sich am vermuteten Publikumsinteresse. Demnach dominieren in erster Linie Human-Interest-Themen. Der Schwerpunkt liegt auf Themen wie Katastrophen, Verbrechen, Gewalt, Sport und Prominente, die hierbei mehr Raum einnehmen als Beiträge über Politik und Wirtschaft. Die Politikberichterstattung zeichnet sich hingegen dadurch aus, dass komplexe Sachverhalte kurz zusammengefasst werden und einfache Lösungsvorschläge auf populistische Alternativen verkürzt werden. Hierbei entsteht oft der falsche Eindruck, dass man beim Lesen über ein Problem bereits ausreichend informiert wurde (vgl. Pürer/Raabe, 1996: S. 173).

Darüber hinaus wird das emotional am stärksten ansprechende Thema mit einer dazugehörigen Schlagzeile auf der Titelseite platziert.

Formal zeichnet sich die Boulevardpresse durch eine plakative und illustrative Aufmachung aus, wobei prägnanten Schlagzeilen, verschiedenen Schriftgrößen und vielen Fotos verwendet werden. Die Sprache ist gekennzeichnet durch einfache und kurze Sätze, sowie durch die Verwendung von umgangssprachlichen Wendungen. Dadurch wird zum einen eine Emotionalisierung der Geschichten erreicht und zum anderen sind die Artikel für den Leser gut verständlich und leicht konsumierbar (vgl. Burkhardt, 2005: S. 32).

6.1.2 Qualitätszeitung

Der Begriff Qualitätszeitung ist ein nicht sehr präziser Begriff, der sich dennoch eingebürgert hat (vgl. Haas, 2008: S. 103). John C. Merrill definierte bereits 1968 (für die USA) folgende Merkmale einer Qualitätszeitung: Sie zeichnet sich aus durch mutigen, unabhängigen Journalismus, der an Vielfalt orientiert ist und qualitativ anspruchsvoll ist. Die Leser einer Qualitätszeitung beschreibt Merrill als überdurchschnittlich gebildet sowie interessiert (vgl. Merrill, 1968¹³, zit. nach Haas, 2008: S. 103).

¹³ Merrill, John C. (1968): The Elite Press. Great Newspapers of the World. Longman. New York/Toronto/London.

Die Qualitätszeitung unterscheidet sich hinsichtlich der Charakteristiken deutlich von einer Boulevardzeitung. Bei einer Qualitätszeitung steht der Inhalt vor der Aufmachung, weshalb auf eine reißerische Aufmachung verzichtet wird. Die Berichterstattung will Information bieten und nicht Unterhaltung. Folglich werden die Nachrichten nach Richtigkeit und Relevanz ausgewählt und nicht nach sensationellem Charakter (vgl. Neissl et al., 2001: S. 101). Qualitätszeitungen wollen keinen „Häppchenjournalismus“ betreiben, sondern eine der Bedeutung des Ereignisses adäquate Berichterstattung. Das Ziel hierbei ist die Darstellung unterschiedlicher Aspekte, wobei den Strukturen von Ereignissen, ihren Ursachen und Folgen große Bedeutung beigemessen wird. Dadurch ergibt sich eine differenzierte Berichterstattung für Leser, die sich ihr eigenes Urteil bilden wollen. Dabei ist die strikte Trennung von Nachricht und Meinung sowie Quellentransparenz von zentraler Bedeutung (vgl. Haas, 2008: S. 103).

Der Auftritt bzw. die Gestaltung einer Qualitätszeitung kann als eher leise und zurückhaltend beschrieben werden, während das Format zwischen Mittel- und Großformat variiert. Sie zeichnet sich aus durch eine vornehm-dezente Gestaltung, sparsamen Farbeinsatz und durch einen Einsatz von nur wenigen Bildern. Schlagzeilen werden dabei weniger emotionsgeladen und schrill gestaltet. Stilistisch unterscheidet sich ein Qualitätsmedium von einem Boulevardmedium durch die Verwendung von mehr Fremdwörtern und komplexeren Satzstrukturen. Die Leserschaft besteht hauptsächlich aus Informationseliten und anspruchsvollen Lesern, die gebildet und einkommensstark ist und sich für politische, wirtschaftliche und kulturelle Themen interessiert. Diese verlangt bei der Berichterstattung nach Hintergrundinformationen, einer genauen Recherche, Analyse und Erläuterung des Themas. Daher braucht die Qualitätspresse gut ausgebildete Journalisten, die bei Themen über die sie berichten, über ein gewisses Maß an Expertenschaft verfügen (vgl. Haas, 2008: S. 104; vgl. Neissl et al., 2001: S. 101).

6.1.3 Kronen Zeitung

Im Jahr 2012 war die *Kronen Zeitung* mit 2,687 Millionen Lesern und einer Reichweite von 37,4 Prozent die stärkste Tageszeitung Österreichs (vgl. Statistik Austria, 2013). Mit diesem Ergebnis ist die *Kronen Zeitung*, bemessen an der Einwohnerzahl, ebenso auch die größte Tageszeitung weltweit (vgl. Hüffel, 2004: S. 7).

Die erste Ausgabe der „alten“ *Kronen Zeitung* erschien am 2. Jänner 1900 und wurde von Gustav Davis als Nebenausgabe der *Reichswehr* unter dem Namen *Österreichische Kronen Zeitung* herausgebracht. Sie war zur damaligen Zeit die erste österreichische Tageszeitung, die durch den fast zeitgleichen Wegfall des „Zeitungsstempels“¹⁴, ermöglichten günstigeren wirtschaftlichen Bedingungen, nutzte. Dabei wurde der Preis für eine Ausgabe mit dem Preis einer Semmel festgesetzt (vgl. Seethaler, 2005: S. 3). Hinsichtlich des Formats setzte man von Beginn an auf die kleinformative Volkszeitung. Der Name *Krone* bezog sich hingegen auf den Preis für ein Monatsabonnement, welches zum damaligen Zeitpunkt eine Krone kostete und dadurch auch für das „einfache“ Volk leistbar war (vgl. *Kronen Zeitung*, 19.05.2011).

Ab dem Jahr 1905 nannte sich die *Kronen Zeitung*, aufgrund der zur damaligen Zeit noch unüblichen umfangreichen Bebilderung, *Illustrierte Kronen Zeitung*. Die Zeitung entwickelte sich schnell zur meistgelesenen Wiener Tageszeitung. Der Markterfolg der *Kronen Zeitung* war das Ergebnis der erfolgreichen Kombination von populärer Stilform, einer umfangreichen Lokalberichterstattung sowie dem billigen Preis (vgl. Seethaler, 2005: S. 3).

Im Jahr 1938 wurde sie von den Nationalsozialisten übernommen und aufgrund ihrer weiten Verbreitung für Propagandazwecke der Nationalsozialisten verwendet (vgl. Seethaler, 2005: S. 3).

Von 1941 bis 1944 erschien sie als *Wiener Kronen-Zeitung*. Durch eine Zusammenlegung mit anderen kleinformativen Tageszeitungen wurde sie ab 1944 in *Kleine Wiener Kriegszeitung* umbenannt. Am 31. August 1944 wurde diese jedoch eingestellt, was gleichzeitig das vorläufige Ende der *Kronen Zeitung* bedeutete (vgl. *Kronen Zeitung*, 19.05.2011).

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges standen die Titelrechte der *Kronen Zeitung* lange zum Verkauf. Erst im Jahr 1959 nahm Hans Dichand mit seinem ursprünglichem Geschäftspartner Kurt Falk diese Gelegenheit wahr. Am 10. April 1959 erschien die erste Ausgabe wieder unter dem ursprünglichen Namen *Kronen Zeitung* und einer Auflage von 165.000 Stück. Die Blattlinie der Zeitung lautet seitdem folgendermaßen: „*Die Vielfalt*

¹⁴ Dies war eine Zeitungssteuer für Tages- und Wochenzeitungen (vgl. Seethaler, 2005: S.3).

der Meinungen ihres Herausgebers und der Redakteure“ (Kronen Zeitung, 2014). Im Jahr 1972 erfolgte die Umbenennung in *Neue Kronen Zeitung* und zog eine schrittweise Gründung zahlreicher Regional- und Lokalausgaben nach sich (vgl. Kronen Zeitung, 19.05.2011).

Im Jahr 1988 kam es unter Beteiligung der deutschen WAZ-Gruppe, zur Gründung des Verlagshauses *Mediaprint*. Durch den Zusammenschluss der auflagenstärksten *Neue Kronen Zeitung* und der damals zweitauflagenstärksten Tageszeitung, dem *Kurier*, kam es am österreichischem Printmedienmarkt zu einer in Europa seltenen Konzentration, die in Bezug auf die Pluralität der Meinungen als nicht ungefährlich einzustufen ist. Im Jahr 2000 fiel der Zusatz *Neue* weg, sodass sie seit diesem Zeitpunkt unter dem Namen *Kronen Zeitung* erscheint (vgl. Seethaler, 2005: S. 3).

Die *Kronen Zeitung* wurde für diese Untersuchung ausgewählt, da sie eine bedeutende und zentrale Rolle in dem österreichischen Printmediensektor einnimmt. Zudem kann man sie zweifelsfrei als Boulevardmedium bezeichnen, da sie alle Kriterien erfüllt. Daher ist es von großem Interesse zu erforschen, wie sie über den Beitritt berichtet hat.

6.1.4 Der Standard

Der Standard belegt mit einer Reichweite von 5 Prozent die Spitzenposition im Marktsegment der österreichischen Qualitätszeitungen (vgl. Statistik Austria, 2013).

Am 19. Oktober 1988 wurde die erste Ausgabe des *Standard* herausgegeben. Diese erschien zunächst nur fünfmal pro Woche und ohne einen Chronik- und Sportressort. Gründer und Herausgeber ist Oscar Bronner, der zuvor bereits durch die Gründung der Magazine *Trend* und *Profil* bekannt wurde. Die Eigentumsrechte des *Standard* lagen bei der Gründung des Blattes, jeweils zur Hälfte bei Bronner und dem deutschen Axel Springer Verlag (vgl. Der Standard, 2014). Dabei war die Verteilung der Kompetenzen klar geregelt: Bronner war für den gesamten Redaktionsbereich zuständig und bei seinen Entscheidungen völlig autark und selbstständig. Der Springer Verlag war hingegen für die Verlagsseite, also unter anderem für Anzeigen, Vertrieb und Druck zuständig (vgl.

Muzik, 1989: S. 35). Die Zeitung etablierte sich trotz des kleinen Marktes und der bereits anerkannten Qualitätszeitung *Die Presse* erfolgreich in Österreich, sodass sie schon ein Jahr nach der ersten Ausgabe auf täglich 175.000 Leser kam (vgl. Der Standard, 2014).

Die Blattlinie der Zeitung lautet folgendermaßen: „*Es ist unabhängig von politischen Parteien, Institutionen und Interessensgruppen und wendet sich an alle Leserinnen und Leser, die hohe Ansprüche an eine gründliche und umfassende Berichterstattung sowie an eine fundierte, sachgerechte Kommentierung auf den Gebieten von Wirtschaft, Politik, Kultur und Gesellschaft stellen*“ (Der Standard, 2014).

Am 2. Februar 1995 ging der *Standard* online und war damit die erste deutschsprachige Tageszeitung im Internet. Dadurch entwickelte sich die Zeitung zu einer wichtigen Informationsquelle für ausländische Korrespondenten. Im selben Jahr zog sich der Medienkonzern Axel Springer aus dem *Standard* zurück und Bronner übernahm dabei die Anteile. 1998 wurden jedoch 49 Prozent wieder abgegeben, dieses Mal an den Süddeutschen Verlag (vgl. Der Standard, 2014). Im Jahr 2008 übernimmt Bronner den *Standard* wieder ganz: Die Bronner Online AG kauft die Anteile des Süddeutschen Verlages zurück, sodass sich seitdem die Anteile an der Zeitung auf die Bronner Online AG (49 Prozent), die Bronner Familien Privatstiftung (41 Prozent) sowie Oscar Bronner (10 Prozent) aufteilen (vgl. derStandard.at, 13.08.2008).

Der *Standard* ist ein ideales Beispiel für eine Qualitätszeitung in Österreich und steht gleichzeitig im Kontrast zu der Berichterstattung der *Kronen Zeitung*. Dieser Kontrast bringt jedoch auch gleichzeitig eine Vielfalt für die Auswertung, wodurch das österreichische Datenmaterial komplettiert werden soll.

6.1.5 24sata

Die Tageszeitung *24sata* (24 Stunden) ist noch eine sehr junge Zeitung, die sich innerhalb kürzester Zeit wie keine andere neu herausgegebene Zeitung auf dem kroatischen Printmedienmarkt etabliert hat. Mit täglich 903.000 Lesern und einer Druckauflage von 198.000 Exemplaren ist sie die führende kroatische Tageszeitung.

Zum Entwicklungsteam von *24sata* zählten die Medienberater Hans Gasser, Thomas Dobernigg und Dietmar Wallner. Die Vorgabe hierbei war eine Boulevardzeitung für die Zielgruppe bis 49 Jahren zu erschaffen, die es innerhalb der nächsten drei Jahre zum Auflagen-Marktführer schafft. Einen Fokus setzte das Team dabei auch auf die bisherigen „Nichtleser“ von Zeitungen. Außerdem war das Ziel nicht einen Vertreter der aktuellen Boulevard-Generation zu gründen, sondern ein neues Boulevard-Produkt konzipieren. Bei der Entwicklung wollte man nichts dem Zufall überlassen, deswegen war für das grafische Konzept der renommierte Zeitungs- und Zeitschriftendesigner Mario García und sein Team verantwortlich. Die Zeitung zeichnet sich aus durch ein kleines Format, kurzen Texten, sowie großen Fotos, mit dem Ziel vor allem junge Leser anzusprechen (vgl. Der Standard, 12.07.2005).

Inhaltliche Schwerpunkte bilden bei diesem Blatt Nachrichten aus Politik, Wirtschaft, Sport und Entertainment. Dabei soll dem Leser sowohl Information als auch Unterhaltung geboten werden. Die Zeitung definiert ihr eigenes Credo folgendermaßen: *„Es geht darum, schnell und vielseitig zu sein wie das Internet, Kürze und Klarheit zu finden wie in einem SMS und die faszinierenden Bilderwelten der boomenden Fotografie erlebbar zu machen“* (Styria Media Group AG, 2014).

Am 2. März 2005 erschien in Kroatien die erste Ausgabe der *24sata*. Herausgeber der Zeitung ist die Firma *24sata d.o.o.*, die sich im Alleinbesitz des Grazer Medienkonzerns Styria Media Group AG, befindet. Der Preis betrug zu Beginn 3 Kuna (40 Cent) und damit kostete die *24sata* nur halb so viel wie die etablierten Zeitungen des Landes. Bereits ein Jahr nach der ersten Ausgabe, war *24sata* die meistgelesene und nach zwei Jahren zugleich auch die auflagenstärkste Tageszeitung des Landes. Ab dem Jahr 2006 wurde zusätzlich noch eine Gratis-Ausgabe lanciert. Diese ist nur in der Hauptstadt Zagreb erhältlich und sollte die Popularität der Zeitung noch weiter steigern.

24sata hat sich innerhalb kurzer Zeit zu einer bedeutenden und erfolgreichen Medienmarke etabliert. Neben der Printausgabe der Zeitung gibt es ebenso einen Online-Auftritt. Das Portal *24sata.hr* ist seit 2008 das am häufigsten besuchte kroatische Portal einer Tageszeitung. Darüber hinaus gibt es seit 2009 auch einen eigenen Fernsehsender, dieser ist jedoch nur über Pay TV-Angebote zugänglich. Seit 2010 erscheint außerdem

die Wochenausgabe *24sataExpress*. Mit insgesamt 200.000 Lesern ist sie mittlerweile die dritterfolgreichste Wochenzeitung auf dem kroatischen Markt (vgl. Styria Media Group AG, 2014).

24sata wurde ausgewählt, da es von großem Interesse ist zu erforschen wie in der führenden kroatischen Tageszeitung über das Forschungsthema berichtet wurde. Darüber hinaus ist diese Zeitung eindeutig als Boulevardmedium wahrzunehmen.

6.1.6 Večernji List

Večernji List (Abendblatt) erscheint täglich und ist mit 562.000 Lesern und einer verkauften Auflage in einer Höhe von rund 98.000 Exemplaren nach *24sata* die Nummer zwei am kroatischen Printmedienmarkt (vgl. Styria Media Group AG, 2014).

Nach der Zusammenlegung der beiden Zagreber Tageszeitungen *Narodni List* (Volksblatt) und *Večernji Vijesnik* (Abendkurier) erschien am 1. Juli 1959 die erste Ausgabe des neu gegründeten *Večernji List*. Zunächst erschien die Zeitung von Montag bis Samstag mit einer Druckauflage von insgesamt 63.000 Exemplaren. Der Slogan der Zeitung zur damaligen Zeit lautete: „*Schnell, kurz, informativ, zuverlässig, interessant.*“ (Večernji List, 2014)

Ab Februar 1970 gab es zusätzlich noch vier Regionalausgaben und diese hatten eine bedeutende Rolle für den nationalen Erfolg der Zeitung, da sie sich daraufhin schnell zur einflussreichsten und auflagestärksten kroatischen Tageszeitung entwickelte. Aus diesem Grund war der Slogan fortan: „*Was nicht in Večernji List veröffentlicht wurde, ist nicht geschehen.*“ (Večernji List, 2014) In den darauffolgenden Jahren wurde die Zahl der Regionalausgaben ausgeweitet, sodass es im Jahr 1984 bereits 12 Ausgaben gab. Darüber hinaus war *Večernji List* die erste kroatische Tageszeitung mit einer Auslandsausgabe. Diese wird seit 1984 in Frankfurt am Main (Deutschland) herausgegeben (vgl. Večernji List, 2014).

Bis zu den 1990er Jahren gehörte der *Večernji List* zum staatlichen Medienkonzern *Vjesnik*¹⁵ (Der Bote). Durch die Privatisierung des Medienhauses im Jahr 1992, wurde die Zeitung in eine AG umgewandelt und im Zuge dessen wurden die Vorsitzende und Journalisten ausgetauscht. Dies hatte zur Folge, dass sich die Leserzahlen um die Hälfte reduzierten (vgl. Huber, 1999: S. 10).

Im Februar 2001 kaufte die Styria Media Group AG 98 Prozent der Anteile und ist seit 2005 Alleinaktionärin der Tageszeitung. Durch diesen Besitzerwechsel kam es zugleich zu Veränderungen: Die Zeitung, die in Kroatien aufgrund seines langjährigen Bestehens und der weiten Verbreitung den Status als „Traditions-Tageszeitung“ genießt, erhielt ein neues Design, das Format wurde kompakter und es wurde fortan in Farbe gedruckt.

Derzeit gibt es neun Regionalausgaben, sowie zwei Auslandsausgaben. Zum Verbreitungsgebiet des *Večernji List* zählt nicht nur Kroatien, sondern ebenso Bosnien und Herzegowina, Slowenien, Österreich und Deutschland (vgl. *Večernji List*, 2014).

Večernji List wurde für diese Untersuchung ausgewählt, da sie ähnlich wie *24sata* eine bedeutende Stellung am kroatischen Printmedienmarkt einnimmt. Die Tatsache, dass es sich hierbei um eine „Traditions-Tageszeitung“ mit einer langen Geschichte handelt, macht sie als Untersuchungsgegenstand spannend und gleichzeitig soll dadurch das kroatische Datenmaterial abgerundet werden. Darüber hinaus klassifiziert sie sich selber als Qualitätsmedium.

6.2 Untersuchungszeitraum

Der Untersuchungszeitraum bei dieser Forschungsstudie erstreckt sich auf die Zeit vom 01. Januar 2013 bis zum 01. Juli 2013. Der Zeitraum umfasst demnach genau sechs Monate vor dem Beitritt und endet mit dem Tag des Beitrittes des Landes zur Europäischen Union. Da bei dieser Arbeit nicht nur kroatische Beiträge untersucht

¹⁵ Das Medienhaus *Vjesnik* bildete in den 1970er und 1980er Jahren ein Medienmonopol in Kroatien und veröffentlichte insgesamt 18 Blätter. Nach der Privatisierung im Jahr 1992 überlebten nur noch drei Blätter: *Večernji List*, *Vjesnik* und *Arena* (vgl. Huber, 1999: S. 10).

wurden, sondern auch österreichische, musste ein Zeitraum gewählt werden, in dem in beiden Ländern über dieses Ereignis in ausreichenden Maß berichtet wurde. Dieses Ereignis hatte für die kroatische Bevölkerung eine ganz andere Bedeutung als für die österreichische Bevölkerung und demzufolge konnte davon ausgegangen werden, dass in den österreichischen Tageszeitungen diesem Thema nicht der gleiche Stellenwert gewidmet wurde, wie in den kroatischen Medien. Diese Annahme wurde durch Recherchen der Verfasserin für das Jahr 2012 bestätigt. Aus diesem Grund wurden die letzten Monate unmittelbar vor dem Beitritt als Untersuchungszeitraum als am sinnvollsten erachtet, da in dieser Zeit mit einem größeren medialen Interesse seitens der österreichischen Medien zu rechnen war.

6.3 Untersuchungseinheit

Im Rahmen dieser Forschungsarbeit wurden redaktionelle Beiträge zum Thema *EU-Beitritt von Kroatien* ausgewertet, wobei als Indikator für die Einbeziehung eines Artikels die Wörter *EU-Beitritt* und *Kroatien* galten. Dabei wurden neben publizistischen Beiträgen, in denen der EU-Beitritt das tragende Thema war ebenso auch Berichte berücksichtigt in denen das Thema nur am Rande behandelt wurde. Leserbriefe, Leserfragen sowie Leserkommentare wurden bei dieser Untersuchung jedoch nicht mit einbezogen. Die Beiträge aus dem *Večernji List* und der *24sata* stammen von der Online Ausgabe der Zeitung. Die österreichischen Artikel aus dem *Standard* und der *Kronen Zeitung* wurden hingegen von der Online Datenbank für Printmedien, der APA DeFacto, bezogen.

Hinsichtlich der Stichprobe der untersuchten Artikel, handelt es sich bei den österreichischen Zeitungen um eine Vollerhebung, da aus dem ausgewählten Zeitraum (1. Januar 2013 bis 1. Juli 2013) alle publizierten Beiträge zum Forschungsthema erhoben und analysiert wurden. Bei den kroatischen Beiträgen musste aufgrund forschungsökonomischen Gründen und der großen Anzahl der erschienenen Artikel eine Stichprobenziehung durchgeführt werden. Hierfür wurde nach der Methode einer *künstlichen Woche* verfahren. Dabei handelt es sich um eine geschichtete, systematische Klumpenstichprobe. Bei diesem rotierenden Verfahren, wurde jeder Woche ein Tag

zugeordnet bis sich eine *künstliche Woche* ergab. Dabei wurden für diese Analyse alle Beiträge zum Forschungsthema, die an den ausgewählten Tagen erschienen sind, mit einbezogen (vgl. Brosius et al., 2012: S. 154). Dieser Vorgang wurde bis zum Ende des Untersuchungszeitraums wiederholt.

Die Verteilung der einzelnen Artikel auf die verschiedenen Zeitungen stellt sich folgendermaßen dar:

<i>Kronen Zeitung</i>	22 Artikel
<i>Der Standard</i>	57 Artikel
<i>24sata</i>	47 Artikel
<i>Večernji List</i>	42 Artikel

Anhand dieser Auflistung wird deutlich, dass bei den kroatischen Tageszeitungen die Verteilung der Artikel recht gleichmäßig ist, da die Stichproben ähnlich groß sind. Bei den österreichischen Beiträgen wird hingegen eine große Diskrepanz deutlich, da von der Stichprobe ein Drittel auf die *Kronen Zeitung* und zwei Drittel auf den *Standard* entfallen. Dies ist jedoch aufgrund der qualitativen Vorgehensweise nicht weiter problematisch.

6.4 Methode

In diesem Abschnitt geht es nun um die Beschreibung der empirischen Methode der vorliegenden Arbeit.

In dem was Menschen sprechen und schreiben drücken sich nicht nur ihre Absichten und Auffassungen, sondern auch ihr Wissen und ihre Annahmen über die Umwelt aus. Dabei werden diese Absichten und Auffassungen beeinflusst durch das soziokulturelle System, dem der Autor angehört. Daher spiegeln sie neben den Persönlichkeitsmerkmalen des Verfassers, ebenso Merkmale der ihn umgebenden Gesellschaft wider, wie zum Beispiel Werte und Normen. Um nun Rückschlüsse von sprachlichem Material auf nicht-sprachliche Phänomene ziehen zu können, wird die Inhaltsanalyse (*Content Analysis*)

angewendet. Diese Methode identifiziert und beschreibt sprachliche Eigenschaften eines Textes auf eine objektive und systematische Weise und zieht daraus Schlussfolgerungen auf nicht-sprachliche Eigenschaften von Personen und gesellschaftlichen Gruppen (vgl. Lamnek, 2005: S. 478).

Peter Atteslander (2010: S. 203) definiert die Inhaltsanalyse folgendermaßen: *„Inhaltsanalyse ist eine Methode der Datenerhebung zur Aufdeckung sozialer Sachverhalte, bei der durch die Analyse eines vorgegebenen Inhalts (z.B. Text, Bild, Film) Aussagen über den Zusammenhang seiner Entstehung, über die Absicht seines Senders, über die Wirkung auf den Empfänger und/ oder auf die soziale Situation gemacht werden.“* Hierbei sind Texte das häufigste Material, das mit inhaltsanalytischen Techniken ausgewertet wird. Darunter fallen jedoch nicht nur Produkte verbaler Kommunikation, sondern genauso auch Dokumente, Akten sowie Zeitungsartikel (vgl. Lamnek, 2005: S. 492).

Die sozialwissenschaftliche Forschung unterscheidet wiederum zwischen quantitativer und qualitativer Inhaltsanalyse. Im Rahmen dieser Forschungsarbeit wird die qualitative Inhaltsanalyse verwendet, die nachfolgend näher beschrieben werden soll.

6.4.1 Grundzüge der qualitativen Inhaltsanalyse

Qualitative Verfahren sind schwierig zu bestimmen, da sie größtenteils keine eigene Theorie und kein Paradigma haben. Dasselbe gilt auch für die Methoden.

Aus diesem Grund beschränkt sich die qualitative Forschung bei den Methoden und Paradigmen nicht nur auf die Sozialwissenschaften, sondern bedient sich aus zahlreichen wissenschaftlichen Disziplinen (vgl. Atteslander, 2010: S. 211).

Ebenso wie bei einer quantitativen Inhaltsanalyse, muss auch bei der qualitativen Inhaltsanalyse die Forschungsfragestellung eindeutig beschrieben werden. Dabei nimmt die Strukturierung des Analysematerials in der qualitativen Inhaltsanalyse eine vergleichbar zentrale Bedeutung ein wie die Kategorienbildung in der quantitativen. Darüber hinaus zeichnet sich das qualitative Verfahren durch eine Reihe von Merkmalen aus, wodurch eine Differenzierung von der qualitativen Vorgehensweise ermöglicht wird.

Diese Merkmale sind Offenheit, Kommunikativität, Naturalistizität sowie Interpretativität (vgl. Atteslander, 2010: S. 212).

Offenheit bedeutet, dass theoretische Konzepte und Hypothesen nicht aufgrund von wissenschaftlichem und persönlichem Vorwissen formuliert werden, sondern sich als Interpretationen aus dem gegebenen Material entwickeln. Die qualitative Inhaltsanalyse versucht demnach, „den Inhalt selbst sprechen zu lassen und aus ihm heraus die Analyse zu entfalten“ (Lamnek, 2005: S. 508).

Die *Kommunikativität* basiert auf der Annahme, dass soziale Wirklichkeit durch Interaktion oder Kommunikation entsteht. Das Ausgangsmaterial für qualitative inhaltsanalytische Verfahren bilden Protokolle über die kommunikative Handlung (vgl. Lamnek, 2005: S. 508f.).

Mit *Naturalistizität* ist gemeint, dass das Prinzip der Natürlichkeit in der Erhebungssituation eingehalten werden muss. Dies bezieht sich sowohl auf den kommunikativen Akt als auch auf den Handlungsablauf der Inhaltsanalyse, die dem Alltag möglichst nahe kommen sollen. Sie ist aber auch für dessen Auswertung zu fordern: Der Forscher muss mit den benutzten Sprachcodes der Probanden vertraut sein (vgl. Lamnek, 2005: S. 509f.).

Interpretativität bezieht sich maßgeblich auf die Auswertungsphase. Auf der Basis des Materials werden neue Hypothesen gewonnen und die erhobenen Daten werden durch Interpretationen genutzt (vgl. Lamnek, 2005: S. 511).

Mittlerweile gibt es eine Vielzahl an qualitativen Verfahren, „die aber in ihrer Breite und Tiefe sehr unterschiedlich dem qualitativen Paradigma verpflichtet sind“ (Atteslander, 2010: S. 212). In dieser Arbeit wird das von Mayring entwickelte Verfahren verwendet, das im folgenden Kapitel genauer erläutert werden soll.

6.4.2 Die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring

Philipp Mayring hat in Anlehnung an Rust (1980) vier Grundsätze formuliert, die für die Entwicklung einer qualitativen Inhaltsanalyse wesentlich sind:

1. Die qualitative Inhaltsanalyse muss bei ihrem Vorgehen trotzdem die quantitativen Techniken der Kommunikationswissenschaften, nämlich das systematische Vorgehen beachten.
2. Das Material darf nicht isoliert, sondern als Teil einer Kommunikationskette verstanden werden. Dabei muss es in ein Kommunikationsmodell eingeordnet werden.
3. Viele Grundbegriffe der quantitativen Inhaltsanalyse werden übernommen: Die Konstruktion und Anwendung eines Kategoriensystems stehen im Mittelpunkt der Analyse.
4. Sie muss sich wie die übrigen wissenschaftliche Methoden an Gütekriterien überprüfen lassen (vgl. Mayring, 2003: S. 27).

Neben diesen Grundsätzen hat Mayring für das inhaltsanalytische Vorgehen ein allgemeines Ablaufmodell entworfen. Es besteht aus neun Stufen und gilt als wegweisend bei der Anwendung der qualitativen Inhaltsanalyse (vgl. Atteslander, 2010: S. 212). Nachfolgend werden die unterschiedlichen Stufen sowie die Relevanz für diese Untersuchung beschrieben.

1. Festlegung des Materials

Am Anfang wird das genaue Material der Analyse definiert. Dazu werden nicht alle Artikel komplett inhaltsanalytisch ausgewertet, sondern nur Ausschnitte, die für die Beantwortung der Forschungsfrage relevant sind (vgl. Lamnek, 2005: S. 518). In vielen Fällen wird eine Auswahl aus einer größeren Materialmenge getroffen, dies wird durch eine Stichprobenziehung bewältigt (vgl. Mayring, 2003: S. 47).

Bei dieser Forschungsstudie besteht das Datenmaterial aus Artikeln, die vom 1. Januar 2013 bis zum 1. Juli 2013 in den vier ausgewählten Zeitungen zum EU-Beitritt von Kroatien erschienen sind. Die kroatischen Artikel wurden aufgrund der großen Materialmenge mithilfe der künstlichen Woche ausgewählt.

2. Analyse der Entstehungssituation

Auf dieser Stufe wird beschrieben von wem und unter welchen Bedingungen das Material entstanden ist. Dabei wird auf den emotionalen, kognitiven und Handlungshintergrund des Verfassers und den soziokulturellen Hintergrund der konkreten Erhebungssituation eingegangen (vgl. Mayring, 2003: S. 47). Diese Stufe wird in dieser Arbeit nicht angewendet, da es keinen direkten Kontakt zu den Verfassern der Artikel gibt und demzufolge eine Beschreibung der angeführten Faktoren nicht möglich sein wird.

3. Formale Charakterisierung des Materials

Auf dieser Stufe wird die Form des vorliegenden Materials beschrieben. Mayring bezieht sich hierbei auf die akustische Aufzeichnung von Interviews oder Gruppendiskussionen. Diese werden zu einem geschriebenen Text transkribiert, wobei auch Faktoren wie Betonungen, Pausen und Stimmlage transkribiert werden (vgl. Mayring, 2003: S. 47; vgl. Lamnek, 2005: S. 519). Dieser Arbeitsschritt wird bei dieser Arbeit ebenfalls nicht berücksichtigt.

4. Richtung der Analyse

Nachdem auf den vorigen Stufen das vorliegende Material beschrieben wurde, fragt sich der Forscher auf dieser Stufe, was er daraus heraus interpretieren möchte. Dabei kann sich die Analyse auf den im Text behandelten Gegenstand richten (auf das Thema), auf emotionale oder kognitive Befindlichkeiten des Verfassers oder die Wirkungen des Textes bei der Zielgruppe (vgl. Mayring, 2003: S. 50; vgl. Lamnek, 2005: S. 519). Bei dieser Forschungsstudie richtet sich die Analyse auf bestimmte Themen, die sich wiederum aus den Forschungsfragen ergeben.

5. Theoriegeleitete Differenzierung der Fragestellung

Damit ist gemeint, dass „*die Fragestellung der Analyse vorab genau erklärt sein muß, theoretisch an die bisherige Forschung über den Gegenstand angebunden und in aller Regel in Unterfragestellungen differenziert werden muß*“ (Mayring, 2003: S. 52). Dies scheint zunächst dem Merkmal *Offenheit* zu widersprechen, doch das Verbot der vorab bestimmten theoretischen Darlegungen bezieht sich nicht auf die Formulierung der

Forschungsfragen, sondern auf Hypothesen über Zusammenhänge in der empirischen Wirklichkeit (vgl. Lamnek, 2005: S. 519).

Der bisherige Forschungsstand sowie die Forschungsfragen wurden bereits in Kapitel 2 beschrieben.

6. Bestimmung der Analysetechnik

Auf dieser Stufe wird eine Entscheidung über das zu verwendende interpretative Verfahren getroffen. Mayring unterscheidet hierbei drei Grundformen des Interpretierens: *Zusammenfassung*, *Explikation* und *Strukturierung* (vgl. Mayring, 2003: S. 58).

1. Bei der *Zusammenfassung* wird das Material so reduziert, dass die bedeutsamen Inhalte erhalten bleiben. Dadurch werden abstrakte Aussagen gewonnen, die immer noch ein Abbild des Grundmaterials darstellen.
2. Die *Explikation* dient der Erläuterung von Textstellen, in denen sich der Sprecher für den Forscher unverständlich ausgedrückt hat. Ziel dieser Analyse ist es demnach, zu diesen fraglichen Begriffen oder Sätzen noch zusätzliches Material heranzuziehen, um diese zu erklären und zu explizieren.
3. Ziel der *Strukturierung* ist es, bestimmte Aspekte aus dem Material herauszufiltern. Dazu wird das Material in ein Raster von vorab festgelegten Ordnungskriterien eingeordnet (vgl. Mayring, 2003: S. 58; vgl. Lamnek, 2005: S. 520ff.)

Bei der vorliegenden Arbeit wurde das Untersuchungsmaterial mit der Analysetechnik der Strukturierung ausgewertet, da für das Forschungsinteresse nur bestimmte Aspekte aus den Zeitungsartikeln relevant sind. Diese Aspekte wurden dabei durch die Forschungsfragen bestimmt.

7. Definition der Analyseeinheit

In dieser Phase der Inhaltsanalyse werden mithilfe der ausgewählten Analysetechnik die Textteile des Materials bestimmt, die ausgewertet werden sollen. Außerdem wird festgelegt, wie diese Textstücke beschaffen sein müssen, damit sie als Ausprägung für eine Kategorie mit einbezogen werden können. Diese Kategorien werden vom Forscher

durch Sichtung des Materials ermittelt und dienen zur Beschreibung des Textes (vgl. Lamnek, 2005: S. 519).

Bei der vorliegenden Untersuchung bilden die Forschungsfragen gleichzeitig die inhaltlichen Hauptkategorien. Außerdem wurden noch Unterkategorien (UK) definiert, wodurch die Analyse des Materials spezifiziert wurde.

1.) Euroskeptizismus

UK 1: Bevölkerungseinstellungen

UK 2: Parteien und Parteiensystemen

2.) Bezug zu Österreich

UK 1: Urlaubsland der Österreicher

UK 2: die Beziehung zwischen Österreich und Kroatien

UK 3: Auswirkungen des Beitritts auf Österreich

UK4: Vergleich mit Österreich

3.) Darstellung von Konflikten

UK 1: Konflikt mit Serbien bzw. der serbischen Minderheit

UK 2: Konflikt mit Slowenien

4.) Beitrittsreife von Kroatien

UK 1: Kritik

UK 2: Zustimmung

8. Analyse des Materials

Unter Punkt 6 wurden bereits die drei Typen des inhaltsanalytischen Vorgehens erläutert. In diesem Fall wird das Untersuchungsmaterial mit der Methode der Strukturierung untersucht. Mayring unterscheidet wiederum vier Formen der Strukturierung: die formale,

die inhaltliche, die typisierende und die skalierende Strukturierung (vgl. Mayring, 2003: S. 85). Für die vorliegende Untersuchung wird das Untersuchungsmaterial mithilfe einer inhaltlichen Strukturierung untersucht, die im Folgenden kurz erklärt werden soll.

Die inhaltliche Strukturierung verfolgt das Ziel, *„bestimmte Themen, Inhalte, Aspekte aus dem Material herauszufiltern und zusammenzufassen“* (Mayring, 2003: S. 89).

Es werden Kategorien entwickelt, wodurch bezeichnet wird, welche Inhalte, in Form von Paraphrasen, aus dem Material extrahiert werden sollen. Nachdem der Text unter Verwendung des Kategoriensystems bearbeitet wurde, werden die Paraphrasen als Erstes pro Unterkategorie und dann pro Hauptkategorie zusammengefasst (vgl. Mayring, 2003: S. 89). Dieser Schritt wird im nachfolgenden Kapitel durch die Darstellung der Ergebnisse abgehandelt.

9. Interpretation

Auf dieser letzten Stufe der Inhaltsanalyse werden die *„Ergebnisse in Richtung der Hauptfragestellung interpretiert und die Aussagekraft der Analyse anhand der inhaltsanalytischen Gütekriterien eingeschätzt“* (Mayring, 2003: S. 53). Der Forscher soll durch eine fallübergreifende Generalisierung der Einzelfälle zu einer Gesamtdarstellung anhand der Kategorien gelangen (vgl. Lamnek, 2005: S. 528).

Dieser Schritt wird ebenso im nachfolgenden Kapitel behandelt, indem zunächst das Untersuchungsmaterial analysiert wird, um dann im weiteren Schritt die Forschungsfragen beantworten zu können.

7. Auswertung und Interpretation der Ergebnisse

In diesem Kapitel werden die Forschungsfragen mithilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring beantwortet. Zunächst wurde das Textmaterial unter Verwendung des Kategoriensystems bearbeitet, wobei die extrahierten Textpassagen zusammenfassend wiedergegeben werden. Dabei werden die Unterkategorien jeweils für die österreichische und kroatische Berichterstattung getrennt analysiert. Daraufhin folgen die Interpretation der Ergebnisse und die Beantwortung der Forschungsfragen. Die kroatischen Zitate wurden hierbei von der Verfasserin ins Deutsche übersetzt, dabei wurden die direkten Zitate im Original als Fußnoten eingefügt.

7.1 Euroskeptizismus

Der Begriff Euroskeptizismus wurde bereits in Kapitel 3.2 ausführlich erläutert. Die Auswertung des Datenmaterials soll hierbei zeigen, wie sich in den österreichischen und kroatischen Tageszeitungen eine euroskeptische Darstellung ausgedrückt hat. Anhand der Definition von Taggart wurden für die Analyse zwei Unterkategorien bestimmt.

Demzufolge wurde das Datenmaterial hinsichtlich einer euroskeptischen Haltung auf der Betrachtungsebene von **Bevölkerungseinstellungen** sowie auf der Betrachtungsebene von **Parteien und Parteiensystemen** untersucht.

Zunächst sollen die Ergebnisse der inhaltlichen Strukturierung auf der Betrachtungsebene von **Bevölkerungseinstellungen** zusammengefasst werden, wodurch gezeigt werden soll, wie sich eine euroskeptische Haltung der kroatischen Bevölkerung geäußert hat. Dazu wird zunächst die österreichische Berichterstattung untersucht.

Wie die kroatische Bevölkerung gegenüber der Europäischen Union eingestellt ist, zeigt sich insbesondere durch diese Textpassage: *„Von einer Begeisterung, dass die Union Wohlstand und Frieden bringt, wie in den 1990er-Jahren nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und während der Balkankriege, ist keine Rede mehr“* (Der Standard, 12.04.2013).

Daraus wird deutlich, dass die mangelnde Begeisterung für die EU nicht seit jeher besteht, sondern sich in den vergangenen Jahren entwickelt hat. Der kroatische Historiker Damir Jurić erläutert die Angst der Kroaten vor der Mitgliedschaft in der Europäischen Union folgendermaßen: *„Warum sollte man sich nach 20 Jahren hart errungener Unabhängigkeit wieder einer supranationalen Gemeinschaft annähern?“*, beschreibt er *den Identitätskonflikt*“ (Der Standard, 28.06.2013). In diesem Zusammenhang dominiert innerhalb des kroatischen Volkes die *„Angst vor dem Ausverkauf an das Ausland“* (Kronen Zeitung, 29.6.2013) und *„den Abverkauf von Wald und Wasser“* (Der Standard, 23.03.2013).

Darüber hinaus befürchtet die kroatische Bevölkerung negative Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft: *„Der Beitritt wird gut für die Konsumenten sein, aber schlecht für die kroatischen Produzenten“*, meint etwa der 20-jährige Pharmaziestudent Ivan B. (Der Standard, 17.06.2013). Die kroatische Bevölkerung befürchtet, dass das Land *„auf die Konkurrenz nicht ausreichend vorbereitet ist“* und der kroatische Ökonom Vladimir Čavrak *„prophezeit Schwierigkeiten“* für heimische Produzenten durch den Beitritt da *„die Mehrheit der kroatischen Produkte nicht genügend wettbewerbsfähig sei“* (Der Standard, 17.06.2013). Auch in der Kronen Zeitung wird wenig Euphorie seitens der kroatischen Bevölkerung vermittelt: *„Noch nie ist ein Volk mit so wenig Illusionen der EU beigetreten. Die Sorge ums Überleben im harten EU-Wettbewerb bereitet nicht wenigen der 4,5 Millionen Kroaten Bauchweh, denn immerhin wechselt das Land von der Nr. 1 auf dem Balkan zu den Schlusslichtern in der EU“* (Kronen Zeitung, 22.06.2013). Die Euroskepsis der kroatischen Bevölkerung wurde in der österreichischen Berichterstattung ebenso durch ein spezielles Ereignis veranschaulicht. Am 14. April 2013 fanden in Kroatien die EU-Parlamentswahlen statt, wobei das kroatische Volk seine zwölf EU-Abgeordnete gewählt hat (vgl. Der Standard, 15.4.2013). Im Vorfeld gab es *„kaum Wahlplakate, kaum Auftritte von Politikern“* sodass im Standard prognostiziert wurde, dass die Wahlbeteiligung *„wohl dementsprechend gering sein“* wird (Der Standard, 12.04.2013). Nur jeder fünfte Wahlberechtigte ist wählen gegangen und dieses Ergebnis wird als eine *„Warnung“* gedeutet, *„dass auch in Kroatien eine tiefe Kluft zwischen der politisch-geschäftlichen Elite und den breiten Bevölkerungsschichten in der Europafrage besteht“* (Der Standard, 07.05.2013). Diese mangelnde Wahlbeteiligung wird demnach als ein Desinteresse der kroatischen Bevölkerung an den Europäischen Institutionen gedeutet.

Die kroatische Boulevardzeitung *24sata* hat ihre Leser gefragt: „*Slavite li, ili tugujete što ulazimo u EU?*“ Auf Deutsch übersetzt bedeutet dies: „*Feiern Sie oder trauern Sie, dass wir der EU beitreten?*“ (24sata, 21.06.2013). Lediglich 20 Prozent (843 Befragte) freuen sich über den bevorstehenden Beitritt. Die Mehrheit (57 Prozent; 2390 Befragte) hingegen ist nicht erfreut darüber, da sie der Meinung sind, dass Kroatien nicht hätte beitreten sollen (vgl. 24sata, 21.06.2013). Dieses Umfrageergebnis verdeutlicht die mangelnde Euphorie der kroatischen Bevölkerung hinsichtlich des EU-Beitritts. Dabei ist die größte Kritik der kroatischen Bevölkerung, dass das Land durch den EU-Beitritt seine Souveränität verliere (vgl. 24sata, 21.06.2013). Des Weiteren sind die Menschen in Kroatien wegen der Krise in der Euro-Zone besorgt, aber „*auch aufgrund der eigenen wirtschaftlichen Probleme*“¹⁶ (24sata, 01.07.2013). In der Berichterstattung fand sich ebenso eine Darstellung, über eine euroskeptische Bewegung, die sich innerhalb der Bevölkerung formiert hat: Occupy Croatia übt harsche Kritik an der EU und ist der Meinung, dass der Beitritt zur EU keine „*magische Lösung der Probleme*“ sei, sondern vielmehr handele es sich dabei um einen „*wirtschaftlichen Völkermord an der kroatischen Bevölkerung*“¹⁷ (24sata, 30.06.2013). Diese Bewegung bezeichnet die Europäische Union als einen „*Super-Staat, der eine Gießkanne für die Blumen des neoliberalen Kapitalismus sei, worin sich der einfache Bürger nichts erhoffen kann, außer dass er als Sklave seiner Arbeit Gewinn erzielt für die Euro-Korporatisten*“¹⁸ (24sata, 30.06.2013).

Die zweite Unterkategorie umschließt eine euroskeptische Haltung auf der Betrachtungsebene von **Parteien und Parteiensystemen**. Dabei ergab die Analyse des Datenmaterials folgendes Ergebnis: In den österreichischen Berichten fand sich keine Textstelle, die man dieser Unterkategorie zuordnen konnte.

Von diesem Standpunkt aus, erscheint die Analyse der kroatischen Berichterstattung umso spannender, da sich die Frage stellt, ob sich dieses Ergebnis wiederholen wird. Oder wird die Auswertung ein völlig anderes Ergebnis zeigen?

¹⁶ Im Original: „Dopisnik podsjeća kako je zemlja zabrinuta zbog krize u eurozoni, a i zbog vlastitih ekonomskih problema.“ (24sata, 01.07.2013)

¹⁷ Im Original: „[...] tvrde da EU nije nikakvo čarobno rješenje problema, nego da se radi o ekonomskom genocidu nad ljudima u Hrvatskoj.“ (24sata, 30.06.2013)

¹⁸ Im Original: „Ta je superdržava kanta za zalijevanja cvijeća neoliberalnog kapitalizma u kojoj se običan čovjek ne može nadati ničemu osim da svojim radom kao robom stvara profit za eurokorporatiste.“ (24sata, 30.06.2013)

In den untersuchten Artikeln aus *24sata* und *Večernji List* fand sich keine Textstelle, die eine euroskeptische Haltung einer kroatischen Partei vermittelte. Damit wiederholt sich hierbei das Ergebnis, welches bereits in den österreichischen Berichten festgestellt wurde. Demnach äußerte sich innerhalb Kroatiens kein Politiker oder Mitglied einer politischen Partei euroskeptisch zum EU-Beitritt. Allerdings äußerte sich ein Politiker aus dem Ausland diesbezüglich euroskeptisch. Der britische Europarlamentarier Nigel Farage, der als der „*radikalste Euroskeptiker im Europäischen Parlament*“¹⁹ bezeichnet wird, erläuterte, dass der EU-Beitritt Kroatiens jedoch nur für kroatische Politiker und Bürokraten „*fantastisch*“ sei (24sata, 30.06.2013). Seiner Meinung nach könnte Kroatien nicht gleichzeitig ein unabhängiger, demokratischer Staat sowie ein Mitglied einer „*solchen*“ Europäischen Union sein. Darüber hinaus glaubt er, dass die kroatische Bevölkerung erst mit den Jahren verstehen werde, dass sie für den EU-Beitritt vieles aufgeben haben (vgl. 24sata, 30.06.2013).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Analyse der untersuchten Artikel das Vorhandensein euroskeptischer Haltungen auf der Betrachtungsebene von Bevölkerungseinstellungen bestätigt hat. Diese waren sowohl in der österreichischen als auch in der kroatischen Berichterstattung vorzufinden, dabei glichen die Ausprägungen der euroskeptischen Haltung einander. Die Menschen in Kroatien fürchten sich insbesondere vor einem „*Verlust der Souveränität*“ und haben Angst vor einem „*Ausverkauf ans Ausland*“. Diese Angst des kroatischen Volkes beruht auf den schlechten Erfahrungen mit Mehrstaaten-Bündnissen. Vor allem die Loslösung von Jugoslawien und der darauf folgende Bürgerkrieg sind in den Köpfen noch präsent.

Euroskeptische Haltungen auf der Betrachtungsebene von politischen Parteien und Parteiensysteme ließen sich weder in der österreichischen noch in der kroatischen Berichterstattung finden.

Hiermit wurde festgestellt, dass die qualitative Inhaltsanalyse bisherige Studien und Forschungsergebnisse von Madunić (2009), Mehler et al. (2012) sowie Beischl (2012), die in Kapitel 3.2.3 angeführt wurden, zum Phänomen Euroskeptizismus bestätigt. Die Skepsis über den EU-Beitritt ist demnach nicht nur in den Jahren des Beitrittsprozesses ein Thema gewesen, sondern eben auch noch kurz vor dem unmittelbaren Beitritt.

¹⁹ Im Original: „[...] najradikalniji euroskeptik u Europskom parlamentu.“ (24sata, 30.06.2013)

Dasselbe gilt ebenso für die Betrachtungsebene von politischen Parteien und Parteiensystemen. Bereits die oben genannten Autoren konnten in ihren Untersuchungen keine euroskeptischen Haltungen in der kroatischen Politik feststellen. Somit konnten die bisherigen Ergebnisse hierbei nur bestätigt werden. Des Weiteren unterstreichen diese Ergebnisse die Diskrepanz zwischen der kroatischen Bevölkerung und den kroatischen Politikern und Parteien. Während sich die kroatischen Politiker einig sind über den EU-Beitritt, gibt es innerhalb des kroatischen Volkes viele Skeptiker und Zweifler.

7.2 Bezug zu Österreich

Hierbei soll untersucht werden, wie in der Berichterstattung zum EU-Beitritt Kroatiens ein Bezug zu Österreich hergestellt wird. Aus diesem Grund wurden zur Beantwortung dieser Forschungsfrage nur die österreichischen Tageszeitungen *Der Standard* und die *Kronen Zeitung* untersucht.

Die *Kronen Zeitung* betont innerhalb ihrer Berichterstattung zum EU-Beitritt, dass Kroatien ein „**beliebtes Urlaubsland**“ der Österreicher sei. „*Kroatien ist Nr. 2 bei den Urlaubszielen der Österreicher*“ (Kronen Zeitung, 29.06.2013). Aus diesem Grund soll der Leser darüber informiert werden, welche Bestimmungen sich für die österreichischen Urlauber ändern und welche hingegen gleich bleiben. Die Änderungen betreffen dabei vor allem die Zollbestimmungen: „*Mit dem Beitritt Kroatiens zur EU fallen die Zollbestimmungen und damit dürfen im privaten Reiseverkehr künftig Lebens- und Genussmittel für den eigenen Gebrauch unbegrenzt mitgeführt werden. Allerdings ist dabei auf die vorgeschriebene Richtmenge zu achten: Bei Zigaretten liegt diese bei maximal 800 Stück*“ (Kronen Zeitung, 16.06.2013). Außerdem sind auch die Bestimmungen zum Reisegepäck sowie die Krankenversicherung von den Änderungen betroffen. Die Bestimmungen zum Reisegepäck „*unterliegen dann den allgemeinen EU-Regeln*“ (Kronen Zeitung, 04.01.2013) und bezüglich der Krankenversicherung bezeichnet die *Kronen Zeitung* den Beitritt als „*eine echte Erleichterung, denn dadurch gilt unsere staatliche österreichische Krankenversicherung automatisch auch dort*“ (Kronen Zeitung, 29.06.2013). Von den Änderungen ausgeschlossen sind jedoch die

Grenzkontrollen: „*Weil Kroatien zwar ab 1. Juli bei der EU ist, aber noch nicht dem Schengener Abkommen für den freien Personenverkehr beigetreten ist, wird es auch weiterhin Passkontrollen bei der Ein- und Ausreise geben*“ (Kronen Zeitung, 16.06.2013).

Im Vergleich dazu ist im Standard der Bezug zu Österreich als „Urlaubsland“ nicht von Bedeutung. Es wird lediglich erwähnt, dass im Tourismussommer 2012 acht Prozent der Gäste Österreicher waren (vgl. Der Standard, 07.01.2013).

Eine weitere Möglichkeit um einen Bezug zu Österreich herzustellen, ist durch die Beschreibung der **österreichisch-kroatischen Beziehung**. Die *Kronen Zeitung* beschreibt diese folgendermaßen: „*Mit Österreich verbindet die Kroaten ein besonderes Naheverhältnis*“ (Kronen Zeitung, 29.06.2013). Dabei fokussiert sich die Berichterstattung auf zwei Aspekte: zum einen geht es um die historische Verbindung, da Kroatien bis 1918 zur Doppelmonarchie Österreich-Ungarn gehörte und zum anderen die Beziehung der Länder in der Zeit nach der Unabhängigkeit Kroatiens und während des EU-Beitrittsprozesses.

Diese ehemalige Zugehörigkeit zu Österreich-Ungarn prägt das Europabild in Kroatien bis in die Gegenwart, da sie auch gleichzeitig zur Abgrenzung zum Balkan dient (vgl. Der Standard, 28.06.2013). Durch den Beitritt wird Kroatien nicht nur die längste EU-Außengrenze haben, sondern es „*tritt auch die jahrhundertlang bestehende Militärgrenze zwischen Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich wieder stärker ins Bewusstsein, die sich an der heutigen bosnisch-kroatischen Grenze befand. Der kroatische Historiker Ivan Filipović glaubt etwa, dass die neue EU-Außengrenze ‚sehr an die alten Zeiten erinnern wird‘*“ (Der Standard, 25.06.2013). In diesem Zusammenhang werden auch die Einflüsse der Doppelmonarchie auf Kroatien beschrieben: „*Die Spuren des Doppeladlers sind zwischen Agram und der Adria auch im 21. Jahrhundert nicht verweht: das Zagreber Opernhaus von Fellner und Helmer, das Bahnhofsviertel im Ringstraßenstil, die Villen am Meer, die Marinemuseen usw. usw.*“ (Kronen Zeitung, 30.06.2013). Der „Doppeladler“ wird hier als Synonym für Österreich verwendet, da der Doppeladler das Symbol für das Kaisertum der Habsburger war (vgl. Mutschlechner, 2013).

Aber auch die kroatischen Werften haben eine gemeinsame Geschichte mit Österreich. Im Zuge des EU-Beitritts mussten diese privatisiert werden. Die kroatische Werft Uljanik

„wurde für die österreichische Kriegsmarine 1856 gegründet, Kaiserin Elisabeth legte den Grundstein“ (Der Standard, 20.02.2013). Geprägt durch die gemeinsame Geschichte, setzte sich die Beziehung zwischen Kroatien und Österreich auch weiter fort. So kämpfte beispielsweise Alois Mock im Jahr 1991 „energisch für die Anerkennung der Unabhängigkeit des neuen Staates“ (Kronen Zeitung, 30.06.2013). Aber auch während des Beitrittsprozesses zählte Österreich „von Anfang an zu den stärksten Befürwortern der Aufnahme Kroatiens in die EU“ (Der Standard, 27.06.2013). Wolfgang Schüssel entwarf während seiner Zeit als Bundeskanzler eine „Westbalkan-Beitrittsstrategie, von der vor allem Kroatien profitierte“ (Der Standard, 12.06.2013). Dieses positive Bild von der österreichisch-kroatischen Beziehung wird auch noch durch die Wiedergabe von Aussagen von kroatischen Politikern unterstützt: „Einen besonderen Stellenwert in Kroatien genießt Österreich. Staatspräsident Josipović: „Wir sind Österreich sehr dankbar. Österreich hat das Potenzial, nun unser engster Verbündeter in der EU zu werden. Österreich hatte uns enorm geholfen““ (Kronen Zeitung, 22.06.2013). Darüber hinaus wird auch vom Besuch der kroatischen Außenministerin Vesna Pusić berichtet, die fünf Tage vor dem Beitritt nach Wien kam, um „dem Land zu danken, das von Anfang an zu den stärksten Befürwortern der Aufnahme Kroatiens in die EU zählte“ (Der Standard, 27.06.2013).

Innerhalb der Berichterstattung wurde der Leser ebenso über die **Auswirkungen des Beitritts auf Österreich** informiert. Was bedeutet der Beitritt Kroatiens für die österreichische Wirtschaft? Und was für den österreichischen Arbeitsmarkt?

Die österreichischen Wirtschaftstreibenden blicken dem Beitritt positiv entgegen. Kroatien war schon vor dem Beitritt ein „erweiterter Heimmarkt“ für viele österreichische Unternehmen und durch den EU-Beitritt werden sich die „Wirtschaftsbeziehungen noch stärker vertiefen“ (Kronen Zeitung, 23.06.2013). Darüber hinaus sind „österreichische Investoren die Nr.1 in Kroatien“ (Kronen Zeitung, 29.06.2013). Die österreichische Wirtschaft hat dort seit 1993 „mehr als 6,5 Milliarden Euro investiert, das ist ein Viertel aller Auslandsinvestitionen“ (Kronen Zeitung, 23.06.2013) und „mit 60 Prozent Anteil dominiert Österreich klar den Bankensektor“ (Der Standard, 01.07.2013). Dadurch wird deutlich welche Bedeutung der kroatische Markt für österreichische Unternehmen einnimmt. Nichtsdestotrotz haben österreichische Investoren große Schwierigkeiten in Kroatien. Als Ursache werden der „Nationalismus

und die Angst vor Jobverlust durch Privatisierung“ genannt (Kronen Zeitung, 29.06.2013). Besonders Kärnten könnte vom Beitritt profitieren, da es als Wirtschaftsstandort „sehr günstig in der Nähe von EU-Neuling Kroatien“ liegt (Der Standard, 22.06.2013). Folglich wird hier vor allem im Bereich des Exports „mit Zuwächsen gerechnet“ (Kronen Zeitung, 23.06.2013). Aber nicht nur Kärnten erhofft sich Vorteile durch das neue Mitglied der Europäischen Union, auch das Burgenland will „in Bereichen wie der Alternativenenergie künftig“ zusammenarbeiten. Österreichisches „Know-how wird zum Exportgut“ (Kronen Zeitung, 24.04.2013).

In der Kronen Zeitung wurde thematisiert, inwiefern sich der Beitritt auf den österreichischen Arbeitsmarkt auswirkt. Denn im Jahr 2011 wurden bereits die Schranken für die „Ost-Arbeiter“ geöffnet und steirische Arbeitnehmer befürchteten einen Ansturm von „Billig-Hacklern“ (Kronen Zeitung, 07.05.2013). Doch die Bevölkerung konnte entwarnt werden, da der große Ansturm ausgeblieben sei. „Und auch von Kroatien geht keine Gefahr aus“ (Kronen Zeitung, 07.05.2013). Um diese Aussage zu bekräftigen wird dem Leser eine Erklärung gegeben: „Wie bei den bisherigen EU-Erweiterungen gibt es Übergangsfristen, etwa in der Arbeitnehmerfreizügigkeit, bis zu sieben Jahre. Allerdings sind für kroatische Fachkräfte Ausnahmeregelungen in einer Reihe von Mangelberufen im Rahmen der Rot-Weiß-Rot-Karte²⁰ vorgesehen“ (Kronen Zeitung, 29.06.2013). Hierdurch wird vermittelt, dass die kroatischen Arbeitnehmer keine Gefahr für den österreichischen Arbeitsmarkt darstellen, sondern eine Bereicherung, da nur Fachkräfte in Mangelberufen eine Arbeitserlaubnis erhalten können.

Im Standard wird hingegen berichtet, dass Österreich durch den Beitritt Kroatiens ein EU-Mandat verliert: „Nach den Europawahlen im Mai 2014 dürfte Österreich einen von 19 Sitzen im EU-Parlament verlieren. Die Neuverteilung der Mandate zwischen den einzelnen EU-Staaten ergibt sich auch dem Umstand, dass Kroatien am 1. Juli 2013 Mitglied der Europäischen Union wird. Dem Land stehen dann laut Beitrittsvertrag zwölf Europaabgeordnete zu“ (Der Standard, 20.02.2013).

In der letzten Unterkategorie, wurden die Artikel untersucht wie darin ein **Vergleich zu Österreich** hergestellt wurde. Die Kronen Zeitung berichtet, dass Kroatien (4,4 Millionen Einwohner) mit dem Beitritt insgesamt 13,7 Milliarden Euro aus Brüssel erhält.

²⁰ Die Rot-Weiß-Rot-Karte ermöglicht Arbeitnehmern aus Drittstaaten die Niederlassung und Beschäftigung in Österreich. Diese können jedoch nur besonders Hochqualifizierte, Fachkräfte in Mangelberufen, Schlüsselkräfte sowie Studienabsolventen beantragen (vgl. Wirtschaftskammer Österreich, 2014).

„Zum Vergleich: Österreich (8,5 Millionen Einwohner) erhielt 1995 beim EU-Beitritt 1,6 Milliarden Euro für Infrastrukturmaßnahmen, später folgten weitere sieben Milliarden“ (Kronen Zeitung, 26.06.2013). Dadurch soll dem Leser bewusst werden, dass Kroatien bei fast halb so vielen Einwohnern, fast doppelt so viel aus den EU-Fonds erhalten wird. Der Ortstafelkonflikt in der kroatischen Stadt Vukovar²¹, wobei es zu Demonstrationen gegen die Einführung der kyrillischen Schrift kam, weckte hingegen „Erinnerungen an den Ortstafelkonflikt in Kärnten“²² (Kronen Zeitung, 04.02.2013). Durch den EU-Beitritt hoffen viele Kroaten im EU-Ausland studieren zu können, „denn ein Studium in Kroatien ist viel teurer als etwa in Österreich“ (Der Standard, 12.04.2013).

Die Auswertung der österreichischen Berichterstattung hat gezeigt, dass die Unterkategorie „Urlands der Österreicher“ eine zentrale Bedeutung für die Berichterstattung der *Kronen Zeitung* hatte, da sie nur in den Artikeln dieses Boulevardmediums zu finden war. Der Leser wurde als Urlauber aufgeklärt und ihm wurde erläutert, welche Dinge sich bei der nächsten Reise nach Kroatien ändern und welche hingegen gleich bleiben. Dadurch wurde deutlich, dass sich durch den Beitritt vieles erleichtert, da die europäischen Bestimmungen, bezüglich der Krankenversicherung und den Reisebestimmungen ab dem 1. Juli auch für Kroatien gelten. In den publizierten Beiträgen aus dem *Standard* wurde über den Beitritt nicht aus dieser Perspektive berichtet. Es konnte kein Artikel unter dieser Unterkategorie analysiert werden.

In der Unterkategorie „österreichisch-kroatische Beziehung“ geht es zum einen um die historische Verbindung der beiden Länder und zum anderen um die Beziehung seit der Unabhängigkeit Kroatiens. In den untersuchten Beiträgen konnte gezeigt werden, dass die ehemalige Zugehörigkeit Kroatiens zu Österreich-Ungarn nicht nur durch architektonische Elemente in Kroatien noch zu sehen ist, sondern vor allem das „Europabild“ sowie die Zugehörigkeit der Kroaten zu Europa geprägt hat.

²¹ Vukovar wurde im Jugoslawien-Krieg von der serbischen Armee besetzt und schwer zerstört worden. Heute besteht die Bevölkerung der Stadt aus ein Drittel von Serben und daher sollten entsprechend der EU-Regeln Zweisprachenmaßnahmen umgesetzt werden. Dazu sollten noch vor dem EU-Beitritt in der Stadt Ortstafeln in kyrillischer Schrift angebracht werden (Kronen Zeitung, 04.02.2013).

²² Der Ortstafelkonflikt in Kärnten ist eine seit Jahrzehnten geführte Diskussion, wobei es um die Anbringung von zweisprachigen Ortstafeln und Wegweisern geht. 2011 wurde im Nationalrat eine Lösung beschlossen: In Ortschaften, in denen der Anteil der ansässigen slowenischen Minderheit mindestens 17,5 Prozent wurden zweisprachige Ortstafeln angebracht (vgl. Republik Österreich, Parlament, 06.07.2011).

Dieses besondere „*Naheverhältnis*“ setzte sich auch nach der Unabhängigkeit Kroatiens fort, da sich Österreich verstärkt für das Land einsetzte und insbesondere während des Beitrittsprozesses zur Europäischen Union war Österreich „*Kroatiens stärkster Befürworter*“. Darüber hinaus wurde in den österreichischen Beiträgen darüber berichtet, welche Auswirkungen der Beitritt auf Österreich hat. In den Artikeln wurden hierbei vor allem die Möglichkeiten dargestellt, die sich für die österreichische Wirtschaft und besonders für bestimmte Regionen (Kärnten und Burgenland) dadurch eröffnen. Kroatien gilt als „*erweiterter Heimmarkt*“ und hat eine zentrale Bedeutung für österreichische Investoren und Unternehmen. Der Beitritt Kroatiens wird hingegen keine negativen Auswirkungen auf den österreichischen Arbeitsmarkt haben, indem dieser von kroatischen Arbeitnehmern überrannt wird, da bestimmte Übergangsfristen bestehen werden. Demnach wurden hierbei keine negativen Auswirkungen angeführt. In der letzten Unterkategorie wurde innerhalb der Berichterstattung Parallelen zu Österreich gezogen. Hierbei erinnerte vor allem der Konflikt in Vukovar um die Aufstellung von kyrillischen Ortstafeln an den Ortstafelkonflikt in Kärnten.

7.3 Darstellung der Konflikte

In den Jahren während des Beitrittsprozesses gab es verschiedene Probleme und Konflikte, denen sich Kroatien stellen musste. Darunter waren viele, die gelöst werden mussten, um den Beitritt zu ermöglichen. Recherchen zum Verlauf der Verhandlungen haben, welche Konflikte in den letzten sechs Monaten vor dem Beitritt aufgetreten sind. Nachfolgend werden der **Konflikt mit Serbien bzw. der serbischen Minderheit** sowie der **Konflikt mit Slowenien** veranschaulicht.

Die erste Unterkategorie dieser Forschungsfrage bildet der **Konflikt mit Serbien bzw. der serbischen Minderheit**, die in Kroatien lebt. Mit Serbien verbindet Kroatien nicht nur eine gemeinsame Grenze, sondern ebenso eine gemeinsame Geschichte. Die Wunden des Balkan-Kriegs aus den 1990er Jahren und die schweren Auseinandersetzungen zwischen Kroatien und Serbien sind noch nicht vollends verarbeitet.

Bei dem Konflikt mit Serbien bzw. der in Kroatien lebenden serbischen Minderheit, der im Rahmen der untersuchten Berichterstattung thematisiert wurde, geht es um die Aufstellung von kyrillischen Ortstafeln in kroatischen Ortschaften, *„als Zeichen dafür, dass dort auch Serben leben. Die Umsetzung eines kroatischen Verfassungsgesetzes ist ein erstes versöhnliches Signal nach einer langen Reihe von verstörenden Ereignissen und Kommentaren zwischen Serbien und Kroatien“* (Der Standard, 04.01.2013). Darüber hinaus will Kroatien kurz vor seinem Beitritt *„wohl auch Brüssel zeigen, dass man EU-Standards in Sachen Minderheitenrechte einhält“* (Der Standard, 04.01.2013). Doch trotz dieser ersten Annäherung in Richtung Versöhnung ist die *„politische Eiszeit zwischen Kroatien und Serbien, die mit der Wahl des serbischen Präsidenten Tomislav Nikolić im Frühjahr 2012 angebrochen ist“* noch lange nicht beendet, denn ein offizielles Treffen zwischen dem serbischen Präsidenten und *„der kroatischen Staatsspitze steht in den Sternen, auch an eine Rückkehr zu einer gemeinsamen Aussöhnungspolitik ist noch nicht zu denken“* (Der Standard, 04.01.2013).

Auch die wechselseitigen Völkermordklagen werden vorerst nicht zurückgezogen: *„Über Schuld und Verantwortung im Krieg wird offenbar noch lange gestritten werden müssen“* (Der Standard, 04.01.2013). Der Standard setzt bei seiner Berichterstattung auf eine Darstellung von unterschiedlichen Aspekten und vermittelt demnach die Standpunkte von beiden Seiten. So gibt es auch Menschen in der kroatischen Bevölkerung, die verstehen *„beide Seiten“*, doch nicht alle *„Leute in Vukovar sehen das so“* (Der Standard, 19.03.2013). Die Gruppe, die gegen die kyrillischen Aufschriften protestiert werden als *„Nationalisten“* bezeichnet, die über dieses Vorhaben *„empört“* sei (Der Standard, 19.03.2013). Das Motto dieser Gruppe lautet *„Für ein kroatisches Vukovar- Nein zu Kyrillisch“* (Der Standard, 19.03.2013). Diese Menschen fühlen sich durch das Kyrillische *„an die Aggression aus Serbien und an ihre Verstorbenen“* erinnert, und fordern das zuerst, das *„Schicksal der Verschwundenen geklärt und Kriegsverbrecher verhaftet werden“* (Der Standard, 19.03.2013). Diese Gruppe befürchtet, dass die Einführung der kyrillischen Ortstafeln *„schlecht für die Gesundheit von Kriegstraumatisierten sein kann“* und vermuten, dass einige Menschen die *„kyrillischen Schilder wieder abmontieren werden“* (Der Standard, 19.03.2013).

Die serbische Gemeinschaft wird trotz der *„Drohungen“* der kroatischen *„Nationalisten“* als *„ziemlich defensiv“* beschrieben (Der Standard, 19.03.2013). Auf der *„Seite der Serben steht das Gesetz“*, denn die kroatische Verfassung sieht vor, dass Orte, *„wo ein*

Drittel der Bevölkerung Serben sind“ auf der Grundlage des Minderheitengesetzes kyrillische Bezeichnungen einzuführen haben (Der Standard, 19.03.2013). Dragan Crnogorac, der die Serben in Vukovar politisch vertritt ist der Meinung, dass es „als Signal gut wäre, wenn die kyrillischen Aufschriften noch vor dem EU-Beitritt am 1. Juli eingeführt würden“ mit dem Verweis, dass es in Kroatien bereits „zweisprachige Ortstafeln mit italienischen, ungarischen und tschechischen Aufschriften gibt“ (Der Standard, 19.03.2013).

Doch die bilateralen Beziehungen zwischen Kroatien und Serbien haben sich in den darauffolgenden Wochen entspannt, sodass der serbische Präsident Tomislav Nikolić sowie der Premier Ivica Dačić zu den Feiern des kroatischen Beitritts am 30. Juni eingeladen wurden (vgl. Der Standard, 30.04.2013). Darüber hinaus verkündete die kroatische Außenministerin Vesna Pusić, dass es *„ernsthafte Gespräche über einen Rückzug beider Staaten von gegenseitigen Genozidklagen“* gäbe. Als *„Auslöser des Tauwetters“* wird die *„Entschuldigung Nikolićs für die Verbrechen gegen die Bosniaken genannt“* (Der Standard, 30.04.2013). Nach dem *„Tauwetter“* kam es zu einem *„Frühlingserwachen“*: Beim Besuch des serbischen Vize-Premier Aleksandar Vučić in der kroatischen Hauptstadt kam es zum *„Händereichen in Südosteuropa“* mit der Außenministerin Pusić (Der Standard, 02.05.2013). Mit den Begriffen *„Frühlingserwachen“* und *„Händereichen“* wird eine positive Annäherung der beiden Länder signalisiert. Darüber hinaus bekräftigte Pusić die *„Unterstützung Kroatiens für den Weg Serbiens in die EU“* und Serbien hat hingegen *„Informationen über die Lage von zwei Massengräbern in dem Dorf Sotin in der Nähe von Vukovar an Kroatien weitergegeben“* (Der Standard, 02.05.2013).

Während im *Standard* bereits zwei Monate vor dem Beitritt von einem Versöhnungskurs zwischen der kroatischen und serbischen Seite berichtet wurde, ist in der *Kronen Zeitung* einige Tage vor dem Beitritt davon nichts zu lesen. Die *Kronen Zeitung* beschreibt die Stadt Vukovar als *„eines der am schwersten zerstörten Schlachtfelder des Krieges und Ort von Kriegsgräueln durch die serbischen Eroberer“* und obwohl die Stadt mit *„viel internationalem Geld wiederaufgebaut“* wurde sind noch nicht *„alle Spuren in dem heutigen Hinterhof Kroatiens beseitigt“* (Kronen Zeitung, 29.06.2013). Der Ortstafelkonflikt wird durch die schlechte wirtschaftliche Lage angetrieben: *„Armut heizt den Nationalismus an.“* Die Proteste werden mobilisiert von *„kroatischen Nationalisten“*, wobei die *„meisten von außerhalb der Stadt“* kommen (Kronen Zeitung,

29.06.2013). Milorad Pupovac, der Führer der Serben in Kroatien, äußerte sich, dass man „keine Konflikte“ wolle und beschreibt, dass das Verhältnis zwischen den Kroaten und Serben als „deutlich entspannt“, dennoch sei in den staatlichen Institutionen eine „deutliche Diskriminierung festzustellen“ (Kronen Zeitung, 29.06.2013).

Die Analyse der kroatischen Berichterstattung in Bezug zum Konflikt mit Serbien und der serbischen Minderheit offenbarte ein überraschendes Ergebnis. Es konnte lediglich ein Artikel in dieser Unterkategorie analysiert werden. Der kroatische Präsident Ivo Josipović besuchte die kroatische Stadt Vukovar um das durch den Bürgerkrieg zerstörte Wahrzeichen der Stadt, den Radnički dom einzuweihen. Dieses Gebäude wurde durch die Finanzierung aus dem EU-Fonds aufwendig restauriert. Der kroatische Präsident erklärte bei seinem Besuch, lediglich die Richtigkeit der Aufstellung von kyrillischen Ortstafeln (vgl. Večernji List, 08.04.2013).

Neben dem Konflikt mit Serbien und der serbischen Minderheit in Kroatien, war die Berichterstattung noch von einem weiteren Konflikt geprägt. Bei diesem **Konflikt mit Slowenien**²³ geht es um zwei Klagen der kroatischen Banken gegen die slowenische Nova Ljubljanska Banka, diese wurden dabei von Kroatien unterstützt (vgl. Der Standard, 23.01.2013). Zudem kam es Anfang des Jahres zu einer Regierungskrise in Slowenien, die in Kroatien „genau beobachtet“ wurde, da Auswirkungen auf den EU-Beitritt „befürchtet“ wurden (Kronen Zeitung, 26.01.2013).

Kroatien ist „besorgt“, dass Slowenien den Beitrittsvertrag nicht rechtzeitig ratifiziert, denn „seit Monaten wird versucht, einen Konflikt beizulegen, an den Ljubljana die Zustimmung zum Beitritt gekoppelt hat“ (Der Standard, 23.01.2013). Dieser Konflikt wurde ebenso von beiden Seiten angeheizt: Der slowenische Außenminister Karl Erjavec hat „gedroht, dass Kroatien niemals der EU beitreten könnte“ worauf die kroatischen Politiker „empört“ reagierten. Der Bürgermeister von Rijeka, Vojko Obersnel, „twitterte erbost, dass slowenische Touristen von der kroatischen Küste verbannt werden könnten“ (Der Standard, 23.01.2013).

Doch bereits im März schrieb der Standard: „Weg in die EU ist frei: Kroatien und Slowenien beendeten Bankenstreit“ (Der Standard, 08.03.2013). „Im Februar fanden schließlich die beiden Außenminister Vesna Pusić (Kroatien) und Karl Erjavec

²³ Dieser Konflikt wurde bereits in Kapitel 4.2 näher beschrieben.

(Slowenien) eine Einigung, die gestern, Donnerstag, formell unterzeichnet wurde“ (Der Standard, 08.03.2013).

Der Konflikt mit Slowenien wurde ausführlich in der kroatischen Berichterstattung behandelt. Neben den Standpunkten der kroatischen und slowenischen Politiker, bezieht auch die Europäische Kommission eine wichtige Rolle in diesem Konflikt. Der slowenische Minister Karl Erjavec vertritt den Standpunkt, dass Slowenien den Beitrittsvertrag erst dann ratifizieren werde, wenn Kroatien die „*umstrittenen Klagen*“²⁴ gegen die Ljubljanska Banka zurückgezogen habe (Večernji List, 09.01.2013). Die Europäische Kommission ist sich hingegen sicher, dass Kroatien am 1. Juli zur EU beitreten werde und fordert von Slowenien sich wie alle anderen Mitgliedsstaaten an die Frist zur Ratifizierung zu halten (vgl. Večernji List, 09.01.2013). Der kroatische Vermittler bei diesem Konflikt, Zdravko Rogić, hat hingegen angekündigt, dass Kroatien nicht vorhabe die Vollmachten für die Klagen gegen die slowenische Bank zurückzuziehen (vgl. Večernji List, 25.01.2013). Darüber hinaus argumentierte er, dass eine Zustimmung zu den Forderungen von Slowenien bedeuten würde, dass „*Kroatien praktisch diese 278,8 Millionen Euro Slowenien schenkt*“²⁵ (Večernji List, 25.01.2013). Aus diesem Grund sei es für Kroatien von „*vitalem Interesse*“²⁶ diese Prozesse nicht einzustellen (Večernji List, 25.01.2013). Die Einigung bei diesem Konflikt wird wie folgt beschrieben: „*Ljubljana hatte auch eine bessere Ausgangslage mit dem Ass der Ratifizierung im Ärmel, aber in Zagreb wird angegeben, dass nicht nur eine Seite nachgegeben hat, sondern beide*“²⁷ (Večernji List, 27.02.2013). Der kroatische Premierminister Zoran Milanović bekräftigt, dass der Konflikt zwar „etwas zu lang gedauert hat“ aber dass durch die Einigung „*kein Nachteil*“ für Kroatien entstanden sei, denn er habe „*ausdrücklich gesagt, dass es nur zu einem Stillstand der Verfahren gegen die Ljubljanska Banka vor dem kroatischen Gericht und dieser sei zeitlich begrenzt*“²⁸ (Večernji List, 07.03.2013). Nach geäußerten Zweifeln in der Berichterstattung, wird im letzten Artikel zu diesem Thema die Einigung als ein Kompromiss beschrieben, bei dem

²⁴ Im Original: „Slovenski ministar Karl Erjavec danas je izjavio da Slovenija neće ratificirati hrvatski pretpriputni ugovor s Europskom unijom sve dok se ne povuku sporne tužbe protiv Ljubljanske banke.“

²⁵ Im Original: „[...] praktički značilo da Hrvatska tih 278,8 milijuna eura poklanja Sloveniji.“ (Večernji List, 25.01.2013)

²⁶ Im Original: „Za Hrvatsku je od vitalnog interesa da ne prekida sudske procese.“ (Večernji List, 25.01.2013)

²⁷ Im Original: „Ljubljana je bila i u boljem početnom položaju s asom ratifikacije u rukama, ali u Zagrebu se navodi da ipak nije popustila samo jedna, nego obje strane.“

²⁸ Im Original: „Milanović je rekao da nema štete i da je bio jasan kada je rekao da je riječ samo o zastoju postupaka vezanih uz štediše Ljubljanske banke pred hrvatskim sudovima, koji vremenski ograničen.“ (Večernji List, 07.03.2013)

„eine Lösung gefunden wurde, bei dem beide Seiten gewinnen und der zu einem Ausweg aus dieser Patt- Position führt, wodurch der Beitritt Kroatiens in die EU gefährdet wurde und Slowenien hat hingegen großen Druck von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie der Vereinigten Staaten gespürt, da die Regierung unter Borut Pahor bereits im Dezember 2008 die Beitrittsverhandlungen blockiert hatte“²⁹ (Večernji List, 07.03.2013). Die Europäische Kommission gratuliert Kroatien und Slowenien zur Einigung: „Dies ist ein gutes Beispiel um zu zeigen, dass gemeinsame Anstrengungen im Bereich der guten Nachbarschaftsbeziehungen für beide Länder von Vorteil sind“³⁰ (Večernji List, 07.03.2013). Die Regierungskrise in Slowenien wird hingegen als möglicher Vorteil gesehen: „Mit der neuen slowenischen Regierung könnte das Verhältnis etwas besser werden“³¹ (Večernji List, 07.03.2013).

Bei der Auswertung der Darstellung des Konflikts mit Serbien bzw. mit der serbischen Minderheit haben sich große Unterschiede zwischen der österreichischen und kroatischen Berichterstattung gezeigt. Während in den österreichischen Tageszeitungen über diesen Konflikt im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt Kroatiens berichtet wurde, war dies in den kroatischen Tageszeitungen nicht der Fall. Nachfolgende Recherchen zu der Darstellung des Konflikts haben gezeigt, dass dieses Thema zwar sehr groß und weiläufig in den kroatischen Medien behandelt wurde, jedoch ohne Bezug zum EU-Beitritt. Da dies jedoch die Grundvoraussetzung für die Wahl der Artikel war, konnten diese nicht im Rahmen dieser Forschungsarbeit mit einbezogen werden.

Die Darstellung des Konflikts in den österreichischen Medien hat gezeigt, dass die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sehr sensibel ist und obwohl der Krieg schon lange zurück liegt, sind noch nicht alle Wunden verheilt, da noch viele Dinge ungeklärt sind. Die serbische Minderheit wird hierbei als eher defensiv beschrieben, die kroatischen „Nationalisten“ hingegen als ziemlich offensiv, die die Aufstellung der kyrillischen Ortstafeln nicht ohne weiteres akzeptieren wird. Jedoch wird aber auch bei der Darstellung klar, dass es sich bei der kroatischen Gruppe, die gegen die kyrillischen

²⁹ Im Original: „Tako je zaista popustila i jedna i druga strana, nađeno je rješenje u kojem obje strane dobivaju i koje vodi prema izlasku iz pat-pozicije u kojoj je Hrvatskoj bio ugrožen datum ulaska u EU, a Slovenija je trpjela velike pritiske i zemalja EU i SAD-a zbog novog zaustavljanja Hrvatske, nakon što je vlada Boruta Pahora već jednom blokirala pregovore u prosincu 2008.“ (Večernji List, 07.03.2013)

³⁰ Im Original: „To je također dobar primjer koji pokazuje kako zajednički naponi u području dobrosusjedskih odnosa donose korist objema zemljama.“ (Večernji List, 07.03.2013)

³¹ Im Original: „S novom slovenskom vladom odnosi bi mogli biti nešto bolji.“ (Večernji List, 07.03.2013)

Bezeichnungen sind, lediglich um eine Gruppierung handelt, und keineswegs die gesamte kroatische Bevölkerung der Stadt bzw. des Landes einschließt. Während es im *Standard* jedoch zu einer Entspannung der bilateralen Beziehung kommt wird dieser Eindruck in der *Kronen Zeitung* nicht vermittelt.

In der österreichischen Berichterstattung wird Kroatien hinsichtlich des Konflikts mit Slowenien als „*besorgt*“ beschrieben, da sie um die Ratifizierung durch den Nachbarn fürchten. Aus diesem Grund war es für Kroatien von großer Dringlichkeit eine Lösung des Konflikts zu finden. In den Artikeln wurde dabei deutlich, dass Seitenhiebe hierbei sowohl von der slowenischen als auch von der kroatischen Seite verteilt wurden. Dennoch kam es zu einer Einigung, wodurch der „*Weg in die EU*“ geebnet wurde. Diese wurde jedoch nicht genauer beschrieben.

In der kroatischen Berichterstattung wurde der Konflikt mit Slowenien ausführlicher beschrieben. Dabei wurde deutlich, dass eine Einigung zunächst ungewiss erschien, da Kroatien nicht beabsichtigte die Vollmachten für die Klagen zurückzuziehen. Slowenien hingegen beabsichtigte nicht den Ratifizierungsvertrag zu unterschreiben, solange die Vollmachten nicht zurück gezogen werden. Darüber hinaus wird in den kroatischen Zeitungen darauf hingewiesen, dass Slowenien bereits in der Vergangenheit die Beitrittsverhandlungen blockiert haben. Nichtsdestotrotz ist die Lösung im Konflikt um die Ljubljanska Banka eine Einigung, bei der betont wird, dass für Kroatien „*kein Nachteil*“ entsteht. Im Unterschied zur österreichischen Berichterstattung spielt die Europäische Kommission eine wichtige Rolle in diesem Konflikt: Sie appellierten an Slowenien sich an die Fristen zur Unterzeichnung der Ratifizierungsvertrags zu halten und gratulierten den beiden Ländern zur friedlichen Konfliktlösung.

Die Analyse hat gezeigt, dass im Untersuchungszeitraum in der Berichterstattung zwei Konflikte thematisiert wurden. Diese waren beide bilateralen Natur und wurden mit den Nachbarnstaaten ausgetragen. Zusammenfassend konnte festgestellt werden, dass sich die Darstellung des Konflikts in den Tageszeitungen von Kroatien und Österreich glichen. In beiden Ländern wurde dargestellt, dass der Konflikt von beiden Seiten angeheizt wurde. Außerdem endete die Berichterstattung über dieses Thema mit der Lösung des Konflikts. Worauf sich die Länder geeinigt haben, wurde jedoch nur in den kroatischen Printmedien geschildert.

7.4 Darstellung der Beitrittsreife Kroatiens

Anhand dieser Kategorie soll analysiert werden, wie in den untersuchten Artikeln die Beitrittsreife von Kroatien dargestellt wurde. Inwiefern wird in der Berichterstattung vermittelt wie das Land auf den Beitritt zur Europäischen Union vorbereitet ist? Dabei gilt es herauszufinden welche Punkte in diesem Zusammenhang bemängelt und welche hingegen für gut befunden werden. Dementsprechend wird hierbei zwischen folgenden Unterkategorien unterschieden: zum einen geht es um die **Kritik an der Beitrittsreife** und zum anderen um eine **Zustimmung zur Beitrittsreife**.

Zunächst werden die publizierten Beiträge aus den österreichischen Tageszeitungen analysiert, in denen eine **Kritik an der Beitrittsreife** geäußert wurde. Dabei ist bereits in den Überschriften der Artikel ein kritischer Ton zu vernehmen: „*Kroatien grundelt auf Ramschniveau*“ (Der Standard, 05.01.2013), „*Kroatiens holpriger Weg zu EU*“ (Der Standard, 05.02.2013), „*Kroatien staut sich in die Europäische Union*“ (Der Standard, 23.03.2013) „*In Kroatien herrscht Realitätsverweigerung*“ (Der Standard, 29.06.2013).

Der Standard schrieb am 7. Januar 2013: „*Es werden keine sieben fette Jahre kommen*“, denn Experten sind sich einig, dass der erwartete „*Investitionsboom*“ nur „*relativ zaghaft sein*“ wird. Kroatien wird also kaum vom EU-Beitritt profitieren, wie dies noch bei Bulgarien und Rumänien der Fall war (vgl. Der Standard, 23.03.2013).

Doch wie wurde in der Berichterstattung eine mangelnde Beitrittsreife Kroatiens veranschaulicht? In diesem Zusammenhang wurde vor allem eine „*Kritik, an der fehlenden Vorbereitung auf den EU-Beitritt*“ geäußert (Der Standard, 07.01.2013).

Das Land befindet sich „*in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage*“ wobei „*tiefgreifende Strukturreformen verabsäumt*“ wurden (Der Standard, 07.05.2013). „*Zu den zentralen Problemen zählt, dass die Wirtschaft zu sehr auf Tourismus basiert, außerdem gibt es zu wenig Industrie (die Industrieproduktion brach 2012 im Vorjahresvergleich um 5,5 Prozent ein), es wird zu wenig exportiert, und die Staatsbetriebe (wie die Werften oder die staatliche Forstverwaltung) sind ineffizient und korruptionsanfällig*“ (Der Standard, 23.03.2013). Darüber hinaus kämpft Kroatien mit einer hohen Arbeitslosigkeit (19 Prozent) und die „*Staatsverschuldung hat im Vorjahr 66 Prozent des BIP überschritten*“, somit resümiert der Standard, dass mit Kroatien „*ein weiterer Staat, der mit einem Budgetdefizit kämpft*“ der EU beitrifft (Der Standard,

23.03.2013). Neben der wirtschaftlichen Lage werden ebenso die Korruption sowie die abhängige Justiz im Land negative bewertet (vgl. Der Standard, 07.05.2013). Vor allem die Steuerbehörden in Kroatien seien bekannt für Intransparenz. „Laut dem Korruptionsindex von Transparency International (TI) liegt Kroatien auf Platz 62 von 176 Staaten und damit weit schlechter als die EU-Nachbarländer Slowenien (37) oder Ungarn (46), aber in der Nähe von Bosnien-Herzegowina (72)“ (Der Standard, 01.07.2013). Dadurch soll deutlich gemacht werden, dass Kroatien hinsichtlich der Bekämpfung von Korruption noch weit entfernt ist von einem EU-Niveau.

Die mangelnde Beitrittsreife Kroatiens wird im Standard ebenso durch „Wirtschaftsexperten“ bescheinigt.

Der Ökonom Boris Cota von der Universität Zagreb zählt zu den „strukturellen Problemen“ die „hohe Auslandsverschuldung, die bei etwa 100 Prozent liegt“. Darüber hinaus könne Kroatien „seine fiskalischen Pläne für die kommenden Jahre nicht einhalten- etwa dass das Defizit bis 2015 von 1,8 Prozent des BIPs auf 1,6 Prozent reduziert werden soll“ (Der Standard, 05.01.2013).

Auch der Ökonom Vladimir Čavrak sieht Kroatien „nicht ausreichend für die komplexen Veränderungen nach dem Beitritt vorbereitet“ und erwartet zunächst einen „negativen Schock“ und „Orientierungslosigkeit“ (Der Standard, 07.01.2013). „Kroatien habe den Beitritt zur EU zu sehr mit seiner ‚europäischen Tradition‘ begründet und zu wenig einen Lernprozess eingefädelt“ (Der Standard, 07.01.2013). Darüber hinaus hat die Regierung wirtschaftspolitisch „versagt“ (Der Standard, 23.03.2013). Čavrak prognostiziert, dass die „seit fünf Jahren andauernde schwere Wirtschaftskrise“ weiter vertieft werde und trotzdem habe man in Kroatien „die Realität ignoriert und keine strukturellen Reformen durchgeführt“, deswegen sieht er „schwarz für das Land, das am 1. Juli der EU beitreten wird“ (Der Standard, 05.02.2013). Desweiteren kritisiert der Ökonom, dass es „kein Wachstumsprogramm der Regierung und keine angemessene Antwort auf die Krise“ gäbe (Der Standard, 05.02.2013).

Kritik an der Beitrittsreife wurde auch von Roman Rauch, dem österreichischen Wirtschaftsdelegierten in Zagreb geäußert. Er kritisiert die „mangelnde Vorbereitung“ auf den EU-Beitritt und spricht von einer „Realitätsverweigerung“ in Kroatien (Der Standard, 29.06.2013). Vor allem die kroatische Landwirtschaft sei schlecht auf den Beitritt vorbereitet, deswegen befürchtet er ein „Blutbad“, da kleine Betriebe nicht

überleben werden, wenn sie sich nicht spezialisieren (vgl. Der Standard, 29.06.2013). Darüber hinaus könnte es zu Streichungen von Beihilfen kommen, weil die EU-Auflagen nur in den wenigsten Fällen erfüllt wurden (vgl. Der Standard, 29.06.2013).

Laut der Ökonomin Hermine Vidovic vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) sei die Situation wesentlich ungünstiger als für die Beitrittsländer, die in den Jahre 2004 und 2007 der Europäischen Union beitraten. Das Wirtschaftswachstum sei seit 2009 rückläufig „und so wird es wohl auch 2013 bleiben“ (Der Standard, 01.07.2013).

Die *Kronen Zeitung* hat ihre Leser zum EU-Beitritts Kroatiens befragt und kam dabei zu folgendem Ergebnis: „Auch die ‚Krone‘-Leser sind vom EU-Beitritt Kroatiens nicht begeistert: In einer krone.at-Umfrage hielten 70,7 % der 14.529 Teilnehmer die Aufnahme Kroatiens für ‚nicht richtig‘“ (Kronen Zeitung, 26.06.2013). Gleichzeitig wird in dem Boulevardmedium auch beschrieben, woher diese negative Einstellung rührt: „Die Skepsis über Kroatien rührt von den schlechten Erfahrungen mit Rumänien und Bulgarien her. Die Reformbeschlüsse waren mit heißen Nadeln gestrickt und danach bald vergessen. Nachher hat die EU nur noch stumpfe Waffen“ (Kronen Zeitung, 1.07.2013)

Dabei finden sich in der österreichischen Berichterstattung nicht nur kritische Stimmen aus dem eigenen Land, sondern ebenso aus dem europäischen Ausland. So schreibt der *Standard* in Bezug zur Aufnahme Kroatiens, dass „in manchen europäischen Hauptstädten Unkenrufe zu hören sind, ob man tatsächlich einen weiteren ‚Pleitekandidaten‘ in der Union brauche“ (Der Standard, 26.03.2013). Die *Kronen Zeitung* stützt sich auch auf publizierte Beiträge aus Deutschland. Es wird dabei ein Bericht aus Deutschlands bekanntester Boulevardzeitung, der *Bild Zeitung* angeführt, worin Kroatien als „noch einen Problemfall“ und als „nächstes Milliardengrab wie Griechenland und Zypern“ bezeichnet wird (Kronen Zeitung, 26.06.2013).

In diesem Abschnitt soll analysiert werden wie in den kroatischen Tageszeitungen mit kritischen Argumenten zur Beitrittsreife umgegangen wird. Wie bereits in den österreichischen Tageszeitungen ist auch in der kroatischen Tageszeitungen „die schwere wirtschaftliche Lage“ ein zentraler Kritikpunkt (Večernji List, 01.01.2013). Kroatische Ökonomen kritisieren das mangelnde Potential an Wachstum, das „langsam zu einer

*perspektivlosen Wirtschaft*³² führe (Večernji List, 02.02.2013). Darüber hinaus wird mit dem bevorstehenden Beitritt auf die hohe Arbeitslosigkeit, der niedrige Lebensstandard, die langjährige Rezession (vgl. 24sata, 31.05.2013) sowie auf das hohe Haushaltsdefizit (vgl. Večernji List, 24.04.2013) hingewiesen. Die Tageszeitung *Večernji List* hat ein eigenes Reifezeugnis für Kroatien erstellt und reagierte damit gleichzeitig auf eine Aussage von Außenministerin Pusić, die das Land als „*durchschnittliches Mitglied der Europäischen Union*“ bezeichnete (Večernji List, 20.06.2013). Recherchen der Zeitung haben ergeben, dass sich das Land weit unter dem EU-Durchschnitt befindet. Das Bruttoinlandsprodukt in Kroatien beträgt pro Einwohner 10.300 Euro, der Durchschnitt in der EU liegt hingegen bei 25.600 Euro pro Einwohner. Das gleiche gilt ebenso für das Einkommen und die Kaufkraft: In Kroatien verdient man durchschnittlich 730 Euro im Monat, der EU-Durchschnitt liegt jedoch bei 1600 Euro (vgl. Večernji List, 20.06.2013). „Für einen Liter Benzin muss ein Kroatie durchschnittlich 20 Minuten arbeiten, ein Einwohner der EU jedoch nur 9 Minuten. Für einen Liter Milch arbeitet ein Kroatie 12, ein Bewohner der EU hingegen nur 5 Minuten“³³ (Večernji List, 20.06.2013). Sehr eindeutige Worte in Bezug auf die Beitrittsreife äußerte die kroatische Politikerin und Abgeordnete des Europäischen Parlaments Ruža Tomašić gegenüber 24sata: „*Ich war der Meinung, dass wir nicht bereit sind um zu diesem Zeitpunkt der EU beizutreten und leider hatte ich Recht*“³⁴ (24sata, 30.06.2013). Besonders in der Landwirtschaft und im Export sei laut der Politikerin noch sehr viel Handlungsbedarf erforderlich (vgl. 24sata, 30.06.2013).

Zweifel und Kritik wurde nicht nur von kroatischen Experten und Politikern geäußert, sondern kamen ebenso aus dem Ausland. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel fordert von Kroatien „*im Bereich der Rechtsicherheit und der Bekämpfung von Korruption noch weitere Schritte zu unternehmen*“³⁵ sowie weitere Reformen im Bereich der Wirtschaft (24sata, 29.06.2013). 24sata zitiert wie schon die *Kronen Zeitung* (Artikel vom 26.06.2013) den Bericht aus der deutschen Boulevardzeitung *Bild*. 24sata schreibt darin, dass in dem Artikel der deutschen Boulevardzeitung insbesondere die hohe

³² Im Original: „Polako postajemo neperspektivna ekonomija.“ (Večernji List, 02.02.2013)

³³ Im Original: „Za litru benzina Hrvat u prosjeku mora raditi 20 minuta, a stanovnik EU samo devet minuta. Za litru mlijeka Hrvat radi 12, a građanin EU samo pet minuta.“ (Večernji List, 20.06.2013)

³⁴ Im Original: „Mislila sam da nismo spremni u ovom trenutku ući u EU i nažalost bila sam u pravu.“ (24sata, 29.06.2013)

³⁵ Im Original: „[...] u području pravne sigurnosti i borbe protiv korupcije trebaju se poduzeti daljnji koraci.“ (24sata, 29.06.2013)

Arbeitslosigkeit, die schlechte Industrie, sowie die steigende Staatsverschuldung Kroatiens gerügt wurde(vgl. 24sata, 23.05.2013).

Darüber hinaus schreibt die 24sata, dass in ausländischen Medien vor allem die Korruption und die organisierte Kriminalität beanstandet werde. In Bezug zu der hohen Arbeitslosigkeit sei die Lage nur noch Griechenland und Spanien schlechter (vgl. 24sata, 01.07.2013).

Die zweite Unterkategorie analysiert Berichte und Textstellen in denen **Zustimmung zur Beitrittsreife** wiedergegeben wurde. Kroatien wird in Vergleich zum Beginn des Verhandlungsprozesses als *„deutlich offeneres Land“* beschrieben. *„An Kroatien sieht man, dass der Erweiterungsprozess zu rationaler Politik führen kann“* und diese positive Entwicklung könnte Kroatien *„zum Vorzeigengachbarn“* in der Region machen (Der Standard, 27.03.2013). Es soll gezeigt werden, welche positiven Entwicklungen der Beitrittsprozess auf das Land hatte: *„Denn Tatsache ist, dass sich Kroatien in den vergangenen Jahren zum Besseren entwickelt hat. Und zwar wegen der Europäischen Union“* und welche Möglichkeiten sich dadurch für die Region eröffnen. Vor allem die EU lobt Kroatiens Reife: *„Die Beitritts-Voraussetzungen und die ‚zehn Gebote‘, die die EU-Kommission vergangenen Oktober verordnet hat, wurden im Großen und Ganzen erfüllt“* (Der Standard, 26.03.2013). Außerdem werde die *„Bekämpfung der Korruption (nach dem Urteil gegen Ex-Premier Ivo Sanader), die Kriegsverbrecherprozesse vor kroatischen Gerichten, die Agentur zur Vermeidung von Interessenkonflikten und die Polizeireform lobend erwähnt“* (Der Standard, 26.03.2013). Demnach habe das Land *„alle Bedingungen für den Beitritt am 1. Juli erfüllt“* und eine *„Erweiterungsmüdigkeit habe sich nicht manifestiert“*, im Gegenteil der EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle sprach sogar von einer *„Stärkung der Europäischen Union“* (Der Standard, 27.03.2013). Aber auch der kroatische Premierminister Zoran Milanović betonte in einem Interview gegenüber dem Standard die Beitrittsreife Kroatiens: *„Wenn wir nicht nach so vielen Jahren der Kontrolle und des Drucks seitens der EU gut vorbereitet sind, dann weiß ich nicht, wer sonst auf der Welt gut vorbereitet sein soll. Der Beitrittsprozess hat so lange gedauert. Wir müssen etwas gelernt haben, selbst wenn wir mittelmäßige Leute sind“* (Der Standard, 29.06.2013).

In den kroatischen Tageszeitung *24sata* wurde die Beitrittsreife Kroatiens durch Aussagen von kroatischen Politikern bekräftigt. Die kroatische Außenministerin Vesna Pusić äußerte sich diesbezüglich folgendermaßen: „*Wir sind für den Beitritt vorbereitet, wie kein anderer Staat zuvor*“³⁶ (*24sata*, 07.06.2013). Der Premierminister Zoran Milanović äußerte sich gegenüber der Zeitung in einem ähnlich Ton wie bereits in dem Interview mit dem *Standard*, indem er zu den kritischen Äußerungen zum Beitritt Stellung bezieht: „*Wo sollte das Problem sein? Wir haben jahrelang und mehr als die anderen über jedes Detail verhandelt, haben ein stabiles politisches System, haben eine wirtschaftliche Krise wie jeder andere und haben ein relativ stabiles Bankensystem. Wo ist also das Problem bei Kroatien?*“³⁷ (*24sata*, 29.06.2013) Dieser schwierige und langwierige Beitrittsprozess wird von kroatischer Seite jedoch positiv bewertet, da man dabei viel gelernt habe, das in der Zukunft von Vorteil sein werde (vgl. *Večernji List*, 27.05.2013).

Die kroatischen Politiker vertreten demnach in der Presse die Meinung, dass Kroatien für den Beitritt zur Europäischen Union die nötige Reife besitzt. Diese Meinung wird auch von europäischen Politikern vermittelt. Dänemark betonte bei der Ratifizierung, dass „*Kroatien vollkommen für die Mitgliedschaft vorbereitet sei*“³⁸ (*Večernji List*, 02.05.2013). Bernd Posselt, der deutsche Abgeordnete im Europäischen Parlament verlautete, wie bereits die Außenministerin Pusić, dass „*Kroatien in der Geschichte der EU Erweiterung, das am besten vorbereiteste Land ist*“³⁹ (*Večernji List*, 15.03.2013). Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, lobt die Umsetzung der Reformen sowie die Schaffung von Institutionen auf der Grundlage von Demokratie und Rechtstaatlichkeit und sagt, dass Kroatien ein Beispiel sei, „*wie Entschlossenheit und harte Arbeit zu einem erfolgreichen EU-Beitritt führen*“⁴⁰ wovon alle profitieren werden (*24sata*, 01.07.2013).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in den untersuchten Artikeln die Beitrittsreife sowohl kritisiert als auch befürwortet wurde. Bei der Darstellung der Argumentation

³⁶ Im Original: „Ulazimo spremniji nego i jedna držva ranije.“ (*24sata*, 07.06.2013)

³⁷ Im Original: „Nakon što smo godinama pregovarali svaki detalj, više nego ostali, što imamo stabilan politički sustav, imamo ekonomsku krizu kao i svatko drugi, imamo relativan stabilan bankarski sustav... Gdje je problem u Hrvatskoj?“ (*24sata*, 29.06.2013)

³⁸ Im Original: „[...] istaknušvi da je Hrvatska potpuno spremna za članstvo.“ (*Večernji List*, 02.05.2013)

³⁹ Im Original: „Hrvatska je najbolja pripremljena zemlja u povijesti proširenja EU.“ (*Večernji List*, 15.03.2013)

⁴⁰ Im Original: „Hrabro ste proveli reforme, stvorili institucije na temelju demokracije i vladavine prava. Pokazali ste kako odlučnost i naporan rad vode do uspješnog članstva u EU.“ (*24sata*, 01.07.2013)

waren große Parallelen zwischen der österreichischen und kroatischen Berichterstattung ersichtlich.

In der Unterkategorie Kritik an der Beitrittsreife wurden in den Tageszeitungen aus beiden Ländern in erster Linie die mangelnde Reife aufgrund der wirtschaftlichen Lage und der daraus resultierenden Probleme wie hohe Arbeitslosigkeit, niedriger Lebensstandard sowie die hohe Staatsverschuldung Kroatiens begründet. Es wurde außerdem die Korruption im Lande bemängelt. Des Weiteren wird im *Večernji List* in diesem Zusammenhang erläutert, warum sich Kroatien weit unter dem EU-Durchschnitt befindet. Die Kritiker in den Berichten waren dabei Ökonomen. Lediglich in einem Artikel der kroatischen Berichterstattung äußerte sich ebenso eine kroatische Politikerin. Darüber hinaus wurde sowohl in der österreichischen als auch in der kroatischen Berichterstattung nicht nur Kritik aus dem Inland sondern auch aus dem Ausland geäußert. Die Kritikpunkte aus dem Ausland unterschieden sich hierbei nicht von jenen, die aus Kroatien geäußert wurden.

In der Unterkategorie Zustimmung zur Beitrittsreife gab es ebenso keine bemerkenswerten Abweichungen zwischen den österreichischen und kroatischen Beiträgen. Sowohl in der kroatischen als auch in der österreichischen Berichterstattung wurde die Reife für den Beitritt des Landes insbesondere von den kroatischen Politikern bekräftigt. Hierbei waren die Außenministerin Pusić und der Premierminister Milanović die Sprecher. Demnach sei Kroatien so gut auf den Beitritt vorbereitet wie kein anderes Land zuvor. Dies begründen die kroatischen Politiker unter anderem mit dem langjährigen Beitrittsprozess. In der österreichischen Berichterstattung wird außerdem auf die positiven Entwicklungen des Landes im Zuge der Verhandlungsjahre hingewiesen. Kroatien habe sich in den Jahren zu einem „*offenerem*“ Land entwickelt.

Wie schon bei der kritischen Darstellung, wurden auch bei der Befürwortung der Reife, Stimmen aus dem EU-Ausland mit einbezogen. Diese wurden in dem Fall ebenso Politikern geäußert. Kroatien sei demnach bereit für den Beitritt und habe alle nötigen Voraussetzungen erfüllt.

8. Resümee

In der vorliegenden Arbeit wurde die Berichterstattung zum EU-Beitritt Kroatiens untersucht. Dazu wurden die publizierten Beiträge aus den gewählten kroatischen und österreichischen Tageszeitungen mittels der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring analysiert.

Die Anzahl der Beiträge aus den kroatischen Tageszeitungen *Večernji List* und *24sata*, wurden aufgrund der hohen Anzahl der Artikel im gewählten Untersuchungszeitraum mittels einer künstlichen Woche entworfen und waren für die Zeitungen jeweils ähnlich groß. Bei den österreichischen Artikeln wurden hingegen alle Beiträge aus dem Zeitraum in die Untersuchung genommen. Dabei waren zwei Drittel der Beiträge aus dem *Standard* und ein Drittel aus der *Kronen Zeitung*. Diese unterschiedlich große Stichprobe war aufgrund der qualitativen Arbeitsweise jedoch nicht weiter problematisch.

Das erste Erkenntnisziel dieser Arbeit war herauszufinden wie in den untersuchten Artikeln eine euroskeptische Darstellung vermittelt wurde. Anhand der Auswertung der Artikel konnte gezeigt werden, dass sich die kroatische Bevölkerung insbesondere vor einem „*Verlust der Souveränität*“ und dem „*Ausverkauf an das Ausland*“ fürchtet. Diese Faktoren sind auf die junge Geschichte des Landes zurückzuführen. Darüber hinaus befürchten die Bewohner Kroatiens negative Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft. Während also in der kroatischen Bevölkerung ein Euroskeptizismus ersichtlich wurde, war dies bei den Politikern und politischen Parteien innerhalb Kroatiens nicht der Fall. Die Auswertung konnte hierbei keinen Euroskeptizismus nachweisen.

Damit wurden innerhalb dieser Forschungsarbeit die Ergebnisse von bisherigen Studien zum Euroskeptizismus in Kroatien bestätigt.

Außerdem galt es herauszufinden, wie in der österreichischen Berichterstattung ein Bezug zum Forschungsthema dargestellt wurde. Aus diesem Grund wurden zur Beantwortung dieser Forschungsfrage Berichte aus der *Kronen Zeitung* und dem *Standard* analysiert. In der *Kronen Zeitung* war die Darstellung Kroatiens als Urlaubsland der Österreicher von zentraler Bedeutung, wobei die Änderungen durch den Beitritt erläutert wurden. Die Beachtung dieses Aspekts fand sich im *Standard* hingegen gar nicht.

Die Beschreibung der österreichisch-kroatischen Beziehung hat hierbei deutlich gemacht, dass die ehemalige Zugehörigkeit Kroatiens zu Österreich-Ungarn im Land noch präsent ist und das kroatische Europabild entscheidend geprägt hat. Diese besondere Verbundenheit hat sich auch noch lange danach fortgesetzt: Während des schwierigen Beitrittsprozesses hat Österreich Kroatien unterstützt und war sein stärkster Befürworter. Außerdem wurde in den österreichischen Beiträgen gezeigt, welche Auswirkungen der Beitritt auf Österreich haben wird. Kroatien war demnach auch schon vor dem Beitritt ein wichtiger Markt für österreichische Investoren und Unternehmen. Insbesondere könnten österreichische Regionen, wie Kärnten oder das Burgenland von dem Beitritt profitieren. Es wurden auch potentielle negative Auswirkungen angesprochen. Einen Ansturm kroatischer Arbeitnehmer auf den österreichischen Arbeitsmarkt wird es demnach nicht geben, da es für den freien Zugang zum Arbeitsmarkt Übergangsfristen gibt. Zuletzt wurde analysiert, inwiefern Parallelen zu Österreich gezogen wurden. In diesem Zusammenhang dominierte vor allem ein Ereignis in der österreichischen Berichterstattung: Der Konflikt in Vukovar um die Aufstellung von Schildern in kyrillischer Schrift, erinnerte an den Ortstafelkonflikt in Kärnten.

Anhand der dritten Forschungsfrage sollte untersucht werden welche Konflikte in den Berichten thematisiert wurden und wie diese dargestellt wurden. Die erste Analyse zeigte, dass im Untersuchungszeitraum besonders über Konflikte mit den Nachbarstaaten berichtet wurde. Der Konflikt von Vukovar betraf die dort lebende serbische Minderheit. Hierbei wehrten sich kroatischen Nationalisten gegen die Aufstellung von kyrillischen Ortstafeln. Dieser Konflikt wurde jedoch nur in den österreichischen Tageszeitungen im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt thematisiert. In den kroatischen Zeitungen war dies nicht der Fall. Über den Konflikt mit Slowenien wurde hingegen in beiden Ländern bzw. in allen Tageszeitungen berichtet, da Slowenien drohte den Ratifizierungsvertrag nicht zu unterzeichnen. Bei beiden Konflikten kam es zu einer Lösung des Konfliktes bzw. eine Versöhnung der streitenden Seiten.

Die abschließende Forschungsfrage dieser Arbeit sollte zeigen wie in den untersuchten Artikeln die Beitrittsreife Kroatiens vermittelt wurde.

Die Analyse der Zeitungen hat ein sehr ähnliches Ergebnis für die österreichische und kroatische Berichterstattung gezeigt. Kritische Meinungen zum Beitritt wurden

mehrheitlich von Ökonomen geäußert. Dabei wurden diesbezüglich die schwierige wirtschaftliche Lage des Landes sowie die mangelnde Vorbereitung kritisiert. In den untersuchten Artikeln wurde die Beitrittsreife Kroatiens jedoch auch bejaht. Insbesondere die kroatischen Politiker sind von der Beitrittsreife überzeugt, Lob kam aber auch von dem EU-Erweiterungskommissar sowie einzelnen Politikern aus dem EU-Ausland.

Abschließend kann festgestellt werden, dass die Berichterstattung der kroatischen und österreichischen Tageszeitungen keine großen Unterschiede gezeigt hat. Die Zeitungen haben sich bei den erforschten Themenaspekten hinsichtlich der Darstellung und der Art und Weise wie argumentiert wurde, sehr geähnelt.

In dieser Forschungsarbeit wurde demnach die Berichterstattung vor dem EU-Beitritt untersucht. In weiteren Forschungen könnte man mit einem gewissen zeitigen Abstand eine vergleichende Untersuchung der Berichterstattung in Bezug zur EU durchführen. Dabei wäre es spannend zu sehen, inwiefern sich die Berichterstattung vor dem Beitritt von jener nach dem Beitritt unterscheidet. Vor allem die Berücksichtigung des Faktors Euroskeptizismus wäre dabei interessant. In diesem Zusammenhang könnte untersucht werden, ob dieser innerhalb der kroatischen Bevölkerung noch immer vorzufinden ist und wie er vermittelt wird.

9. Quellenverzeichnis

9.1 Literaturverzeichnis

Atteslander, Peter (2010): Methoden der empirischen Sozialforschung. 13. neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Erich Schmidt. Berlin.

Beischl, Martin (2012): Euroskeptizismus vor und nach dem EU-Beitritt: Mittelost- und südosteuropäische Parteien im Vergleich. In: Südosteuropa. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, 60 (2), S. 167-192.

Blaseck, Julia (2007): Vom Euroskeptizismus zum Integrationswiderstand. Eine empirische Analyse der französischen Bevölkerungseinstellungen zum Prozess der europäischen Integration. Region - Nation - Europa, 45. Lit Verlag. Berlin.

Bonfadelli, Heinz/ Friemel, Thomas N. (2011): Medienwirkungsforschung. 4. völlig überarbeitete Auflage. UVK-Verl.-Ges.. Konstanz.

Brosius, Hans-Bernd/ Koschel, Friederike/ Haas, Alexander (2012): Methoden der empirischen Kommunikationsforschung. Eine Einführung. 6. durchges. Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.

Buchfelder, Angela (2012): Pressefreiheit in Kroatien. Universitätsverlag der TU Berlin. Berlin.

Bulkow, Kristin/ Schweiger, Wolfgang (2013): Agenda Setting – zwischen gesellschaftlichem Phänomen und individuellem Prozess. In: Schweiger, Wolfgang/ Fahr, Andreas: Handbuch Medienwirkungsforschung. Springer Fachmedien Wiesbaden. Wiesbaden. S. 171-190.

Burkhardt, Steffen (2005): Boulevard-Journalismus. In: Weischenberg, S./Kleinstauber, H. J./Pörksen, B. (Ed.): Handbuch Journalismus und Medien. UVK-Verl.-Ges.. Konstanz. S. 31-35

Burkart, Roland (2002): Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. Umrisse einer interdisziplinären Sozialwissenschaft. 4. Auflage. Böhlau/UTB. Wien/Köln/Weimar.

Džihić, Vedran/ Nadjivan, Silvia/ Paić, Hrvoje/ Stachokowitsch, Saskia (Hg.) (2006): Europa – verflucht begehrt. Europavorstellungen in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien. Braumüller. Wien.

Eilders, Christiane/ Voltmer, Katrin (2003): Zwischen Deutschland und Europa. Eine empirische Untersuchung zum Grad von Europäisierung und Europa-Unterstützung der meinungsführenden deutschen Tageszeitungen. In: Medien & Kommunikationswissenschaft. 51. Jg. Heft 2. S. 250-270.

Fidler, Harald (2004): Im Vorhof der Schlacht: Österreichs alte Medienmonopole und neue Zeitungskriege. Falter-Verlag. Wien.

Haas, Hannes (2008): Medienkunde. Grundlagen, Strukturen, Perspektiven. 2. überarbeitete und erweiterte Auflage. WUV. Wien.

Hak, Željka/ Wolf, Edda/ Overhoff, Christian/ Mindach, Christel/ Gojačić, Žana/ Lorenz, Roland (2004): Wirtschaftsführer Kroatien und Bosnien-Herzegowina. 1. Auflage. bfai. Köln.

Huber, Edith (1999): Der Jugoslawienkrieg, ein Medienkrieg? Inhaltsanalytischer Vergleich der Kriegsberichterstattung vom Jugoslawienkrieg der Tageszeitungen „Večernji List“, „Borba“ und „Neue Kronen Zeitung“ unter dem Blickwinkel des Konstruktivismus und des Agenda-Setting-Ansatzes. DA. Wien.

Hüffel, Clemens (2004): Print, Radio, Fernsehen - 50 Jahre Mediengeschichte. In: Hüffel, Clemens/Reiter, Anton (Hg.): Medienpioniere erzählen. 50 Jahre österreichische Mediengeschichte - von den alten zu den neuen Medien. Braumüller. Wien. S. 7-17.

Jäckel, Michael (2012): Medienwirkungen kompakt: Einführung in ein dynamisches Forschungsfeld. Springer Fachmedien Wiesbaden. Wiesbaden.

Lamnek, Siegfried (2008): Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch. 4. vollständig überarbeitete Auflage. Beltz, PVU. Weinheim.

Lang, Simon (2010): Kein Integrationsfortschritt ohne Kritik: Die Funktion Europakritischer Positionen für die Weiterentwicklung der Europäischen Integration. In: Wassenberg, Birte/Clavert, Frédéric/ Hamman, Philippe (Hrsg.): Contre l'Europe? Anti-européisme, euroscepticisme et alter-européisme dans la construction européenne de 1945 à nos jours (Volume I): les concepts (Studien zur Geschichte der Europäischen Integration, Band 11), Franz-Steiner-Verlag. Stuttgart. S. 61-92.

Luft, Stefan (2010): Politik und Kommunikation. Akteure, Wege, Trends. In: Klee, Andreas: Politische Kommunikation im städtischen Raum am Beispiel von Graffiti. VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH. Wiesbaden. S. 46-66.

Luhmann, Niklas (2004): Die Realität der Massenmedien. 3. Auflage. VS Verlag. Wiesbaden.

Madunić, Josip (2009): Euroskeptizismus in Kroatien: Gesellschaft und Politik in Widerspruch? In: Südosteuropa Mitteilungen, 49 (5), S. 18-33.

Maurer, Marcus (2010): Agenda-Setting. 1. Auflage. Nomos-Verlag. Baden-Baden.

Mayring, Philipp (2003): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 8. Auflage. Beltz. Weinheim.

Muzik, Peter (1989): Die Medienmultis. Der Kampf um Europa. Die Strategie der Giganten. Die spektakulärsten Coups. Die mächtigsten Druckimperien. Der Umbruch am Werbemarkt. Orac. Wien.

Neissl, Julia/ Siegert, Gabriele/ Renger (Hg.) (2001): Cash und Content. Populärer Journalismus und mediale Selbstthematization als Phänomene eines ökonomisierten Mediensystems. Eine Standortbestimmung am Beispiel ausgewählter österreichischer Medien. R. Fischer. Wien.

Pürer, Heinz/ Raabe, Johannes (1996): Medien in Deutschland. 1. Presse. 2., korr. Auflage. Ölschläger. München.

Salamurović, Aleksandra (2012): Der politische und mediale Diskurs in Serbien und Kroatien zwischen Euroskeptizismus und Populismus. In: Südosteuropa. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, 60 (2), S. 239-263.

Sarcinelli, Ulrich (2011): Politische Kommunikation in Deutschland. Medien und Politikvermittlung im demokratischen System. 3. erweiterte und überarbeitete Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.

Schenk, Michael (2007): Medienwirkungsforschung. 3. vollständig überarbeitete Auflage. Mohr Siebeck. Tübingen.

Stark, Birgit/ Magin, Melanie (Hg.) (2009): Die österreichische Medienlandschaft im Umbruch. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaft. Wien.

Stegherr, Marc/ Liesem, Kerstin (2010): Die Medien in Osteuropa: Mediensysteme im Transformationsprozess. VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH. Wiesbaden.

Taggart, Paul (1998): A touchstone of Dissent: Euroscepticism in Contemporary Western European Party Systems. In: European Journal of Political Research, 33 (3), S. 363-368.

Weidenfeld, Werner/ Wessels, Wolfgang (2006): Jahrbuch der Europäischen Integration 2006. Nomos-Verl.-Ges./ Europa-Union-Verl.. Baden-Baden/Bonn.

Wichmann, Nina (2007): Democratisation without societal participation? The EU as an external actor in the democratization processes of Serbia and Croatia. Lit-Verl. . Berlin [u.a.].

Wilke, Jürgen/Reinemann, Carsten (2005): Auch in der Presse immer eine Nebenwahl? Die Berichterstattung über die Europawahlen 1979-2004 und die Bundestagswahlen 1980-2002 im Vergleich. In: Holtz-Bacha, Christina (Hrsg.): Europawahl 2004. Die Massenmedien im Europawahlkampf. VS Verlag. Köln, S.153-173.

9.2 Internetquellen

AHK. Deutsch-Kroatische Industrie- und Handelskammer (1): Über Kroatien. Verfügbar unter: <http://kroatien.ahk.de/laenderinfo/ueber-kroatien/> (28.12.2013).

AHK. Deutsch-Kroatische Industrie- und Handelskammer (2): Die kroatische Wirtschaft. Verfügbar unter: <http://kroatien.ahk.de/laenderinfo/wirtschaft/> (31.12.2013).

ATV. In: http://atv.at/binaries/asset/download_assets/110329/file (27.11.2013).

Aussenministerium Österreich: Wirtschaft. 16.07.2013. Verfügbar unter: : <http://www.bmeia.gv.at/botschaft/agram/bilaterale-beziehungen/wirtschaft.html> (31.12.2013).

Austria Presse Agentur. Verfügbar unter: http://www.apa.at/Site/Nachrichtenagentur/The_value_of_Information.de.html (25.11.2013).

Auswärtiges Amt Deutschland (2013a): Kroatien. Verfügbar unter: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Erweiterung/Kroatien_node.html (09.10.2013).

Auswärtiges Amt Deutschland (2013b): Wirtschaftspolitik. Verfügbar unter: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Kroatien/Wirtschaft_node.html (31.12.2013).

Auswärtiges Amt Deutschland (2013c): Innenpolitik. Verfügbar unter: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Kroatien/Innenpolitik_node.html (31.12.2013).

Bpb. Bundeszentrale für politische Bildung (2011): 20 Jahre Unabhängigkeitserklärung von Kroatien und Slowenien. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/68781/unabhaengigkeit-von-kroatien-und-slowenien-24-06-2011> (28.12.2013).

Calic, Marie-Janine (2013): Kroatien und seine Nachbarn. Verfügbar unter: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2013/17/Beilage/004.html> (09.10.2013).

Christova, Christiana/ Förger, Dirk (2009): Medien in Kroatien: Zwischen nationaler Vergangenheit und europäischer Zukunft. Verfügbar unter: <http://www.kas.de/wf/de/33.18346/> (11.11.2013).

Croatian Bureau of Statistics. Verfügbar unter: http://www.dzs.hr/default_e.htm (21.11.2013).

Der Standard: Geschichte des STANDARD. Verfügbar unter: <http://derstandarddigital.at/1113535/Geschichte-des-STANDARD> (16.01.2014).

Der Standard: Blattlinie. Verfügbar unter: <http://derstandarddigital.at/1113512/Blattlinie> (16.01.2014).

Eichhorn, Wolfgang (2005): Agenda-Setting-Prozesse. Eine theoretische Analyse individueller und gesellschaftlicher Themenstrukturierung. 2. Auflage. München. Verfügbar unter: <http://epub.ub.uni-muenchen.de/archive/00000734/> (23.12.2013).

Europäische Union (2007): Das Programm Phare. Verfügbar unter: http://europa.eu/legislation_summaries/enlargement/2004_and_2007_enlargement/e50004_de.htm (05.01.2014).

Europäische Union (2013a): Kroatien. Verfügbar unter: http://europa.eu/about-eu/countries/member-countries/croatia/index_de.htm (28.12.2013).

Europäische Union (2013b): Kroatien tritt der EU bei. Verfügbar unter: http://europa.eu/newsroom/highlights/croatia-joins-eu/index_de.htm (28.12.2013).

Europäische Union (2013c): Kroatien wird 28. Mitgliedstaat der Europäischen Union. Verfügbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-625_de.htm (28.12.2013).

Europäische Union (2013d): Screening. Verfügbar unter: http://europa.eu/legislation_summaries/glossary/screening_de.htm (14.11.2013).

Flottau, Renate (2002): Komischer Kochtopf. In: Der Spiegel, Nr.33/2002. Verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-23786310.html> (17.10.2013).

GfK Austria/IFES (2011): Perzeption politischer Themen in den Medien. Zentrale Ergebnisse. Verfügbar unter: https://www.rtr.at/en/komp/Perzeption/Zentrale_Ergebnisse.pdf (07.01.2014).

Hrvatska agencija za poštu i elektroničke komunikacije: O nama. Verfügbar unter: <http://www.hakom.hr/default.aspx?id=43> (15.10.2013).

Hrvatska izvještajna novinska agencija. Verfügbar unter: <http://www.hina.hr/> (14.11.2013).

Hrvatsko novinarsko društvo. Verfügbar unter: <http://www.hnd.hr/hr/dokumenti/> (25.10.2013).

Hrvatski Sabor (1990): Ustav Republike Hrvatske. 22.12.1990. In: Narodne Novine, Nr.56. Verfügbar unter: http://narodne-novine.nn.hr/clanci/sluzbeni/1990_12_56_1092.html (14.10.2013).

Hrvatski Sabor (2003): Zakon o pravu na pristup informacijama. 21.10.2003. In Narodne Novine, Nr.172. Verfügbar unter: <http://narodne-novine.nn.hr/clanci/sluzbeni/307079.html> (16.10.2013).

Hrvatski Sabor (2004): Zakon o medijima. 05.05.2004. In: Narodne Novine, Nr.59. Verfügbar unter: <http://narodne-novine.nn.hr/clanci/sluzbeni/311969.html> (15.10.2013).

Hrvatski Sabor (2009): Zakon o elektroničkim medijima. 17.12.2009. In: Narodne Novine, Nr.153. Verfügbar unter: http://narodne-novine.nn.hr/clanci/sluzbeni/2009_12_153_3740.html (16.10.2013).

HURIN. Verfügbar unter: http://www.hurin.hr/index.php?option=com_content&view=article&id=49&Itemid=62 (11.11.2013).

Katholische Presseagentur Österreich. Verfügbar unter: <http://www.kathpress.co.at/site/redaktion> (25.11.2013).

Klarić, Jasmin: Albert Faggian većinski vlasnik Novog lista. In: novilist.hr, 25.11.2011. Verfügbar unter: <http://www.novilist.hr/Vijesti/Hrvatska/Albert-Faggian-vecinski-vlasnik-Novog-lista?articlesrclink=related> (21.10.2013).

Kronen Zeitung: Die Geschichte der Kronen Zeitung. 19.05.2011. Verfügbar unter: http://www.krone.at/Kronen-Zeitung/Die_Geschichte_der_Kronen_Zeitung-Damals_und_heute-Story-263526 (08.01.2014).

Kušić, Siniša (2013): Kroatiens Weg in die EU. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/apuz/158164/kroatiens-weg-in-die-eu?p=all> (08.10.2013).

Oberkirch, Thomas/Schild, Joachim (2010): Wachsender Euroskeptizismus – Anatomie eines Phänomens. Verfügbar unter: http://www.uni-trier.de/fileadmin/fb3/POL/LehrstuhlAussenpolitik/Oberkirch_Schild_2010_Euroskeptizismus_AEI_nr6.pdf (02.11.2013).

Medienforschung ORF (2012a). TV- Marktanteile 2012. Verfügbar unter: http://mediaresearch.orf.at/index2.htm?fernsehen/fernsehen_ma.htm (27.11.2013).

Medienforschung ORF (2012b). Radiolandschaft in Österreich. Verfügbar unter: <http://mediaresearch.orf.at/radio.htm> (28.11.2013).

Mutschlechner Martin (2013): Der Doppeladler: Habsburgs allgegenwärtiges Zeichen. Verfügbar unter: <http://www.habsburger.net/de/kapitel/der-doppeladler-habsburgs-allgegenwaertiges-zeichen?language=de> (29.12.2013)

Peruško, Zrinjka (2011): Assessment of Media Development in Croatia. Based on UNESCO's Media Development Indicators. Verfügbar unter: http://www.unesco.org/new/fileadmin/MULTIMEDIA/HQ/CI/CI/pdf/IPDC/croatia_report_final.pdf (16.10.2013).

Peruško, Zrinjka (2013): Rediscovering the Mediterranean Characteristics of the Croatian Media System. In: East European Politics and Societies, Nr. 27, S. 709-726. Verfügbar unter: <http://eep.sagepub.com/content/27/4/709.full.pdf+html> (21.11.2013).

Republik Kroatien, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Europäische Integration (2009): Kroatien auf dem Weg in die Europäische Union. Verfügbar unter: http://www.mvep.hr/files/file/publikacije/Kroatien_auf_dem_Weg_in_die_Europ%C3%A4ische_Union.pdf (09.10.2013).

Republik Österreich, Parlament (2011): Kärnten bekommt 164 zweisprachige Ortstafeln.
06.07.2011. Verfügbar unter:

http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2011/PK0693/ (13.01.2014).

Rossmann, Andreas (2013): Was wird aus der WAZ? In: faz.net, 02.04.2013. Verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/waz-mediengruppe-was-wird-aus-der-waz-12135046.html> (17.10.2013).

Sch lindwein, Simone (2007): Zwischen Propaganda und Kommerz – Medien(un)freiheit in Südost-, Mittelost- und Osteuropa. Verfügbar unter: https://cms.n-ost.org/files/uploads/nr_studie_pressefreiheit.pdf (25.10.2013).

Seethaler, Josef (2005): Österreichische Tageszeitungen-über 100 Jahre alt. In: Arbeitsberichte der Kommission für historische Pressedokumentation. Nr. 2, 2. Überarbeitete Version. Wien. Verfügbar unter: http://www.oeaw.ac.at/cmc/epubs/KMK_Arbeitsbericht_No_2.pdf (08.01.2014).

Statistik Austria (2013): Hörfunk und Fernsehen. Verfügbar unter: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/kultur/hoerfunk_und_fernsehen/index.html (26.11.2013).

Steinmaurer, Thomas (2012): Medien und Medienpolitik in Österreich- ein Überblick. Verfügbar unter: <http://www.politischebildung.com/pdfs/35steinmaurer.pdf> (26.11.2013).

Styria Media Group AG: 24sata. Im Rekordtempo zur Nummer eins. Verfügbar unter: <http://www.styria.com/de/konzernunternehmen/firma.php?pcat=1&cat=30&tochter=63&lng=de> (20.10.2013).

Styria Media Group AG: Večernji List. Medialer Motor des modernen Kroatien. In: <http://www.styria.com/de/konzernunternehmen/firma.php?pcat=1&cat=30&tochter=3&lng=de> (22.01.2014).

Styria Multi Media. Verfügbar unter: <http://www.styria-multi-media.com/das-unternehmen/eigentuemer/> (18.10.2013).

Taggart, Paul/ Szczerbiak, Aleks (2001): Parties, Positions and Europe: Euroscepticism in the EU Candidate States of Central and Eastern Europe. Herausgegeben von Sussex European Institute. University of Sussex. SEI Working Paper Nr. 46. Verfügbar unter: <https://www.sussex.ac.uk/webteam/gateway/file.php?name=epern-working-paper-2.pdf&site=266> (03.11.2013).

Taggart, Paul/ Szczerbiak, Aleks (2003): Theorising Party-Based Euroscepticism: Problems of Definition, Measurement and Causality. Herausgegeben von Sussex European Institute. University of Sussex. SEI Working Paper Nr. 69. Verfügbar unter: <https://www.sussex.ac.uk/webteam/gateway/file.php?name=epern-working-paper-12.pdf&site=266> (04.11.2013).

Tisak. Verfügbar unter: <http://www.tisak.hr/hr-HR/O-Tisku.html> (20.10.2013).

Vitouch, Peter/ Mayer, Markus (2004): Quantitative Inhaltsanalyse: Erhebung und Analyse von Beiträgen der „Kronen Zeitung“, die EU-Skepsis vermitteln. In: Krejci, Herbert: Grundlagen des Skeptizismus gegenüber der Europäischen Union und dem Euro. ARGE Informations- und Medienforschung. Wien. S. 11-18. Verfügbar unter: http://www.esiweb.org/pdf/esi_turkey_austriadebate_20.pdf (10.01.2014).

Večernji List. History. Verfügbar unter: http://www.vecernji.net/en/content/pages/static_view.php?id=11 (15.01.2014).

VÖP. Verfügbar unter: <http://www.voep.at/marktdaten/377-radiotest-1-hj-2013.html> (29.11.2013).

Wirtschaftskammer Österreich (2013): Die Rot-Weiß-Rot-Karte: Anwendungsbereich. Verfügbar unter: <https://www.wko.at/Content.Node/Service/Arbeitsrecht-und->

[Sozialrecht/Arbeitsrecht/Auslaenderbeschaeftigung/Die_Rot-Weiss-Rot-Karte_Anwendungsbereich.html](#) (01.02.2014).

o.A.: Fixiert: ProSiebenSat.1 hat Puls TV gekauft. In: DiePresse.com, 24.08.2007.
Verfügbar unter: http://diepresse.com/home/kultur/medien/325329/Fixiert_ProSiebenSat1-hat-Puls-TV-gekauft- (27.11.2013).

o.A.: UNO-Tribunal: Prozess gegen kroatische Ex-Generäle. In: Die Presse, 30.08.2010.
Verfügbar unter: http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/591018/UNOTribunal_Prozess-gegen-kroatische-ExGeneraele (02.01.2014).

o.A.: Kroatien: Aus für staatliche Zeitung „Vjesnik“. In: Der Standard, 22.04.2012.
Verfügbar unter: <http://derstandard.at/1334795889617/Verlust-Blatt-Kroatien-Aus-fuer-staatliche-Zeitung-Vjesnik> (18.10.2013)

o.A.: Österreichs größte Medienunternehmen. In: Der Standard, 31.05.2013. Verfügbar unter: <http://derstandard.at/1369362250034/STANDARD-Ranking-Oesterreichs-groesste-Medienunternehmen> (03.12.2013).

o.A.: „24sata“: Zeitungskonzept reüssiert in Kroatien. In: Der Standard, 12.07.2005.
Verfügbar unter: <http://derstandard.at/2086059> (15.01.2014).

o.A.: Bronner übernimmt den STANDARD wieder ganz. In: Der Standard, 13.08.2008.
Verfügbar unter: <http://derstandard.at/1218533947954> (16.01.2014).

o.A.: Österreichs „Servus TV“. Anders privatfernsehen. In: FAZ, 05.08.2010. Verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/2.1756/oesterreichs-servus-tv-anders-privatfernsehen-11028374.html> (28.11.2013).

o.A. (2010): MA 09/10: Kronen Zeitung ist nach wie vor die klare Nr. 1 in Österreich. In: ots.at, 06.10.2010. Verfügbar unter:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101006_OTS0237/ma-0910-kronen-zeitung-ist-nach-wie-vor-die-klare-nr-1-in-oesterreich-bild (30.11.2013).

o.A. (2012): Referendum: Kroaten stimmen für EU-Beitritt. In: Spiegel Online, 22.01.2012. Verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/referendum-kroaten-stimmen-fuer-eu-beitritt-a-810680.html> (10.10.2013)

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Allgemeine Informationen zu Kroatien	40
---	----

Abkürzungsverzeichnis

APA	Austria Presse Agentur
BBC	British Broadcasting Corporation
CEFTA	Central European Free Trade Agreement
CEM	Council for Electronic Media
DSN	Društvo slobodnih novinara (Vereinigung freiberuflicher Journalisten)
EANA	European Alliance of News Agencies
EPH	Europapress Holding
EU	Europäische Union
HAKOM	Hrvatska agencija za poštu i elektroničke komunikacije
HDZ	Hrvatska demokratska zajednica (Kroatische demokratische Gemeinschaft)
HINA	Hrvatska izvještajna novinska agencija (Kroatische Nachrichtenagentur)
HND	Hrvatsko novinarsko društvo (Kroatische Journalistengesellschaft)
HRT	Hrvatska Radiotelevizija (Kroatischer Rundfunk)
HURIN	Hrvatska udruga radija i novina
IJF	Internationale Journalisten-Föderation
IKA	Informativna katolička agencija (Katholische Nachrichtenagentur)
IStGHJ	Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien
IWF	Internationaler Währungsfonds
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikpakt Organisation)
ORF	Österreichischer Rundfunk
PHARE	Poland and Hungary: Aid for Restructuring of the Economies

RTL	Radio Télévision Luxembourg
SAA	Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen
SDP	Socijaldemokratska Partija Hrvatske (Sozialdemokratische Partei Kroatiens)
SFRJ	Sozialistische Föderative Republik Jugoslawiens
SNH	Sindikatski savez novinara Hrvatske (Kroatische Journalistengewerkschaft)
WAZ	Westdeutsche Allgemeine Zeitung
WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)

Anhang

Untersuchungsmaterial

Hierbei werden nur jene Artikel angeführt, die in der Auswertung verwendet wurden.

Der Standard: 04.01.2013; 05.01.2013; 07.01.2013; 23.01.2013; 05.02.2013;
20.02.2013; 08.03.2013; 23.03.2013; 16.03.2013; 19.03.2013;
27.03.2013; 12.04.2013; 15.04.2013; 30.04.2013; 02.05.2013;
07.05.2013; 12.06.2013; 17.06.2013;
22.06.2013; 25.06.2013; 27.06.2013; 28.06.2013; 29.06.2013

Kronen Zeitung: 04.01.2013; 26.01.2013; 04.02.2013; 24.04.2013; 07.05.2013;
16.06.2013; 22.06.2013; 23.06.2013; 26.06.2013; 29.06.2013;
30.06.2013; 01.07.2013

Večernji List: 01.01.2013; 09.01.2013; 25.01.2013; 02.02.2013; 27.02.2013;
07.03.2013; 15.03.2013; 08.04.2013; 24.04.2013; 02.05.2013;
27.05.2013; 20.06.2013

24sata: 23.05.2013; 31.05.2013; 07.06.2013; 21.06.2013;
30.06.2013; 01.07.2013

Abstract

Kroatien ist am 1. Juli 2013 der Europäischen Union beigetreten. Für das Land und die kroatische Bevölkerung war dies ein bedeutendes Ereignis. Diese Arbeit beschäftigt sich mit der Berichterstattung zu diesem Ereignis. Im Rahmen dieser Magisterarbeit soll erforscht werden, wie in den letzten sechs Monaten vor dem Beitritt in kroatischen und österreichischen Tageszeitungen darüber berichtet wurde. Die kroatischen Beiträge wurden dabei aus der *24sata* und dem *Večernji List* erhoben und die österreichischen Artikel aus *Der Standard* und der *Kronen Zeitung*.

Der erste Teil der Arbeit umfasst den theoretischen Hintergrund. Es wird der Agenda-Setting-Ansatz, sowie der Begriff Euroskeptizismus genauer dargelegt. Darüber hinaus wird im theoretischen Teil der Arbeit das Beitrittsland Kroatien näher beschrieben. Dabei werden alle wichtigen Stationen bis zum Beitrittsprozess zur Europäischen Union dargestellt. Außerdem wird die kroatische Medienlandschaft analysiert.

Der zweite Teil dieser Arbeit umfasst die Empirie. Im empirischen Teil erfolgt die Beantwortung der forschungsleitenden Fragen. Weiters wurde folgenden Fragestellungen nachgegangen: Wie äußert sich eine euroskeptische Haltung in der Berichterstattung? Wie wird in den österreichischen Medien ein Bezug zum Thema hergestellt? Wie werden welche Konflikte dargestellt und wie wird die Beitrittsreife Kroatiens erläutert?

Diese Fragestellungen wurden beantwortet, indem die österreichischen und kroatischen Artikel analysiert und mittels der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring ausgewertet wurden.

Abstract English

On July 1st 2013 Croatia became an official member of the European Union. This was a major event for the country and their citizens. The main focus of this master thesis will lay on the coverage on this special event. To research how different Austrian and Croatians daily newspapers reported, 6 months before the event about it, is the goal of this master thesis. Croatian articles were collected from *24sata* and *Večernji*, Austrians articles from *Der Standard* and *Kronen Zeitung*.

First chapter of this paper involves the theoretical background. Agenda Setting Approach as well as Euroscepticism will be explained. Beyond that, the accession country Croatia will be described in more detail in the theoretical part of this paper. Till accession to the EU, all the important segments will be characterized. In addition, Croatians media environment will be analyzed.

The second chapter of this master thesis covers empirical evidence, where all research questions will be answered. Furthermore, following questions were discussed: How does the media coverage comments on a eurosceptic approach? How does the Austrian media create a reference to this topic? Why and how are those conflicts illustrated, as well as if Croatia is mature to join the EU.

Those questions were answered by analyzing Austrian and Croatian articles via qualitative content analysis after Mayring.

Curriculum Vitae

Angaben zur Person

Name: Filipović
Vorname: Nikol Stefanie
Geburtsort: Darmstadt, Deutschland
Familienstand: ledig
Staatsangehörigkeit: Kroatien

Ausbildung

Seit März 2011	Magisterstudium Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien
Februar 2013- Juli 2013	Auslandssemester an der Universidad de Sevilla, Spanien
Oktober 2007- Juni 2011	Bakkalaureatsstudium Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien
Oktober 2006 – Juli 2007	Auslandsaufenthalt in Rom, Italien
1997 – 2006	Gymnasium Viktoriaschule, Darmstadt in Deutschland Abschluss: Abitur
1993 – 1997	Grundschule Heinrich-Heine-Schule, Darmstadt in Deutschland

Sprachkenntnisse In Wort und Schrift: Deutsch, Kroatisch, Englisch, Italienisch
Grundkenntnisse: Französisch und Spanisch